

Determinanten von Reautokratisierungen: eine statistische Analyse von 1996-2013

Eichhorn, Kristin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eichhorn, K. (2016). *Determinanten von Reautokratisierungen: eine statistische Analyse von 1996-2013*. (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 81). Berlin: Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut Abt. Politik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47679-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kristin Eichhorn

Determinanten von Reautokratisierungen.
Eine statistische Analyse von 1996 – 2013.

81 (2016)

Kristin Eichhorn

**Determinanten von
Reautokratisierungen. Eine
statistische Analyse von 1996 – 2013.**

81 /2016

Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin

ARBEITSSCHWERPUNKT POLITIK

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität beschäftigt sich als multidisziplinäres regionalwissenschaftliches Zentralinstitut in Forschung und Lehre mit dem Wandel in den Räumen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas.

Mit der Reihe „**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts: Arbeitsschwerpunkt Politik**“ stellt der Arbeitsschwerpunkt Politik aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge. Einzelne Papiere können gegen eine Schutzgebühr bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin

Garystr. 55

14195 Berlin

<http://www.oei.fu-berlin.de/politik>

Tel.: +49 30 838 54058
52075

Fax: +49 30 838 53616

Kristin Eichhorn

**Determinanten von
Reautokratisierungen. Eine statistische
Analyse von 1996 – 2013.**

©2016 by Kristin Eichhorn

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin

Arbeitsschwerpunkt Politik

Herausgeber: Klaus Segbers

Redaktion: Kristin Eichhorn

ISSN 1434 – 419X

Abstract

Während sich die politikwissenschaftliche Forschung im Rahmen des Transitionsparadigmas lange Zeit auf die Erforschung der Herstellung und Konsolidierung von Demokratien fokussierte, zeigte sich in den vergangenen Jahren eine wachsende Debatte um den Zusammenbruch demokratischer Regime. In der vorliegenden Masterarbeit werden diese Zusammenbrüche als Reautokratisierungen konzeptualisiert und der Effekt sozio-ökonomischer und politisch-institutioneller Bedingungsfaktoren untersucht. Hierfür wird auf Basis einer minimalistischen Demokratiekonzeption eine Operationalisierung von Reautokratisierungen vorgenommen. Diese werden für den Zeitraum 1996 bis 2013 in einer logistischen Regressionsanalyse untersucht. Hierbei zeigen sich signifikante Effekte für die wirtschaftlichen Wachstumsraten sowie die Governanceleistung.

Abstract

In the framework of the transition paradigm, research in the political sciences during the past two decades focused mainly on democratization and consolidation. However, in recent years a growing debate concerning the decline of democracy has emerged. In this thesis, the collapse of democratic regimes will be considered reautocratizations and the impact of socio-economic and politic-institutional conditions investigated. Applying a minimalist conception of democracy, reautocratizations will be operationalized and analyzed in the timeframe from 1996 to 2013 using logistic regression. Significant effects for economical growth rates and governance performance are found. .I

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
Abbildungsverzeichnis.....	4
Tabellenverzeichnis	5
Verzeichnis der Anhänge.....	5
1. Einleitung.....	6
2. Konzeptspezifikation von Reautokratisierungen	10
2.1 Die Trias der Regimetypen	11
2.2 Unterscheidung von Demokratie und Autokratie	12
2.2.1 Dichotomie.....	12
2.2.2 Kontinuum	14
2.2.3 Alternative Ansätze	17
2.3 Aktueller Forschungsstand.....	18
2.3.1 Analysen von Regimewechseln.....	19
2.3.2 Zunahme und Verlust demokratischer Qualität.....	20
2.3.3 Kritik	21
2.4 Reautokratisierung	23
3. Konditionen für Systemwechsel	26
3.1 Transformations- und Diffusionstheorien	26
3.2 Im Forschungsvorhaben eingesetzte Theorien.....	29
3.2.1 Modernisierung und Machtdispersion	30
3.2.2 Institutionelle Grundvoraussetzungen.....	33
4. Methodische Konzeptualisierung.....	36
4.1 Abhängige Variable: Reautokratisierung	36
4.2 Unabhängige Variablen.....	37
4.2.1 Sozio-ökonomische Dimension	37
4.2.2 Stabilitätsdimension	39
4.3 Untersuchungsmethode	43

4.3.1	Binär-logistische Regressionsanalyse	43
4.3.2	Population, Fälle und Untersuchungszeitraum	46
4.3.3	Logistische Regressionen für seltene Ereignisse	47
5.	Empirische Untersuchung	49
5.1	Voraussetzungsprüfung	49
5.2	Regressionsmodelle	50
5.2.1	Sozio-ökonomisches Modell	51
5.2.2	Politisch-institutionelles Modell	52
5.2.3	Endmodell.....	53
5.3	Untersuchung von Sonderfällen	55
5.3.1	Ausreißer und einflussreiche Fälle	55
5.3.2	Wiederholte Reautokratisierungen im Untersuchungszeitraum	58
5.4	Problembetrachtung und offene Fragen.....	59
5.4.1	Zentrierung und Betrag der Wachstumsraten	60
5.4.2	Insignifikanz der Einkommensverteilung	62
5.4.3	Insignifikanz des Regierungstyps	65
5.4.4	Kontrollvariablen: Regionen und Zeitpunkt der ersten Demokratisierung ..	65
6.	Fazit	68
7.	Anhang	70
8.	Quellenverzeichnis	81
8.1	Literaturverzeichnis.....	81
8.2	Statistische Daten	88

Abkürzungsverzeichnis

AV	Abhängige Variable
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DD	Democracy-Dictatorship
FWI	Freedom in the World Index
H	Hypothese
HDI	Human Development Index
LED	List of electoral democracies
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PI	Polity Index
QCA	Qualitative Comparative Analysis
UNDP	United Nations Development Programme
UNSTATS	United Nations Statistical Division
UV	Unabhängige Variable
WGI	World Governance Indicator

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Trajektorien der Transformationen mit dem Fokus der Reautokratisierung	25
Abbildung 2: Wahldemokratien von 1989 bis 2014	36
Abbildung 3: Residuen-versus-Leverage Plot für das Endmodell	56
Abbildung 4: Verteilung der zentrierten Wachstumsraten im globalen Vergleich	60
Abbildung 5: Länder und Anzahl der Länderjahre der hohen Konzentration des Einkommens .	64

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht der Operationalisierung der Unabhängigen Variablen	42
Tabelle 2: Beispiele der Konstante a und der transformierten Chancen	44
Tabelle 3: Beispiele des Zusammenhangs der Korrelationskoeffizienten und der Effektkoeffizienten	45
Tabelle 4: Korrelationsmatrix der unabhängigen Variablen	50
Tabelle 5: Ergebnisse der Logistischen Regressionsanalyse (N=1382).....	51
Tabelle 6: Standardisierte Korrelationskoeffizienten und Effektkoeffizienten des Endmodells ..	54
Tabelle 7: Residuen und Leverage der Ausreißer.....	57
Tabelle 8: Gruppenbetrachtung der Mittelwerte der signifikanten metrischen Variablen	58
Tabelle 9: Kategorisierung der Wachstumsraten und Häufigkeitsverteilung von Reautokratisierungen	62
Tabelle 10: Gruppierung der Einkommensverteilung und Reautokratisierungen.....	63
Tabelle 11: Verteilung der Reautokratisierungen auf Regierungssysteme	65
Tabelle 12: Häufigkeit von Reautokratisierungen in regionalen Gruppen	66
Tabelle 13: Zeitpunkt der ersten Demokratisierung.....	67

Verzeichnis der Anhänge

Anhang 1: Übersicht der aufgestellten Hypothesen	70
Anhang 2: Korrelationsmatrix der ausgewählten Governance-Dimensionen.....	71
Anhang 3: Übersicht der berücksichtigten Länder in der Population	72
Anhang 4: Übersicht der berücksichtigten Länderjahre.....	73
Anhang 5: Grafische und Darstellung der Varianz der metrischen unabhängigen Variablen	76
Anhang 6: Varianz der Variablen Modernisierungsgrad, Governanaceleistung und Abweichung von durchschnittlichen Wachstumsraten in den Ländergruppen.....	78
Anhang 7: Ländermediane der Fünfjahres-Wachstumsraten der pro-Kopf BIP	80

1. Einleitung

In der vergleichenden Politikwissenschaft werden unter dem Oberbegriff *Transformation* Regimewechsel von autokratischen zu demokratischen Herrschaftsformen als *Transition* bezeichnet.¹ Ein entsprechender Begriff zur Beschreibung von gegenläufigen Entwicklungen, also Regimewechseln mit dem Ergebnis Autokratie, fehlt.

Grundlage dieser terminologischen Aussparung ist der nach 1989 einsetzende Demokratieoptimismus.² Die seit 1974 anhaltende dritte Welle der Demokratisierungen erreichte ihren Höhepunkt mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime Osteuropas. Infolgedessen trat durch die Aufhebung des weltpolitischen Systemkonfliktes das vermeintliche Ende der Geschichte ein. Das nun anbrechende Zeitalter sollte ein liberal-demokratisches werden.³ Betont wurde dieses Verständnis von Regimewechseln im *Transitionsparadigma*. Während zunächst in der Forschung der Ausgang einer Transformation offen gesehen wurde, verlagerte sich nach 1989 der Fokus zunehmend auf die Erforschung von Regimewechseln mit dem Ergebnis Demokratie sowie die Voraussetzungen demokratischer Konsolidierungen.⁴ Dass der Zusammenbruch eines autokratischen Regimes eine Transition zur Folge habe, wurde zur umfassenden Grundannahme des Transitionsparadigma:

“Five core assumptions define the transition paradigm. The first, which is an umbrella for all the others, is that any country moving *away* from dictatorial rule can be considered a country in transition *toward* democracy.”⁵

Bedenkt man aber, dass nicht-demokratische Herrschaftsformen in den vergangenen Jahrhunderten die eigentliche Norm waren, so ist diese deterministische Grundannahme verwunderlich.⁶ Gerade im Entstehen begriffene Demokratien sind destabilisierenden Gefahren ausgesetzt. Zu diesen Gefahren zählen unter anderem Wahlgewinne anti-demokratischer Parteien, ethnische Heterogenität, instabile Parteiensysteme oder geringe Effizienz der Regierung. Besonders im Zusammenhang des Zusammenbruchs des Ostblocks wurde außerdem eine Rückkehr kommunistischer Regime befürchtet.⁷

Inzwischen erfuhr das Transitionsparadigma Kritik. Auf der theoretischen Ebene sei zu berücksichtigen, dass die Art eines Systems nicht ausschlaggebend für dessen Stabilität sei.⁸ Aus empi-

1 Vgl. Merkel und Thiery 2010: 358.

2 Verweise auf diesen Demokratieoptimismus finden sich in einer Vielzahl von Quellen. Dieser wird beispielsweise beschrieben als „excessive optimism“ (Levitsky und Way 2015: 48) oder „tide of euphoria“ (Huntington 1996: 3).

3 Vgl. Fukuyama 1992: 84f.

4 Vgl. Ambrosio 2010: 375f.; Erdmann 2011: 7; Albrecht und Frankenberger 2010: 45.

5 Carothers 2002: 6. Hervorhebungen im Original.

6 Vgl. Köllner und Kailitz 2013: 1.

7 Vgl. Merkel 2010b: 20; Puddington 2008: 2; Huntington 1996: 7f.

8 Vgl. Huntington 1993; Lauth und Wagner 2006: 29.

rischer Sicht blieben die rückläufigen Entwicklungen nach den ersten beiden Wellen der Demokratisierung unberücksichtigt:

„History unfolds in a dialectic fashion. Any substantial movement in one direction tends eventually to lose its momentum and to generate countervailing forces. Each of the first two waves of democratization was followed by a reverse wave in which some but not all of the new democracies reverted to authoritarianism. There are indications that a new reverse wave may be gathering which could lead to the erosion of some third-wave gains.”⁹

Ob eine Gegenwelle zur dritten Welle der Demokratisierung eingetreten, oder gar bereits eine vierte angebrochen ist, bleibt weiterhin umstritten. Auf der einen Seite wird argumentiert, dass es bisher keine statistisch haltbaren Daten für diese Gegenwelle gäbe¹⁰ oder es sich um eine Stabilisierung der bisherigen Lage handle¹¹.

Andererseits wird eine Rückkehr der Geschichte diagnostiziert. Wegweisend hierfür sind die Veröffentlichungen von *Robert Kagan*. In seinem Buch „Die Demokratie und ihre Feinde“ erörterte er bereits 2008 das Erstarken der autokratischen Großmächte an den Beispielen China und Russland:

“Die Macht und Robustheit dieser Autokratien werden das internationale System tief prägen. Zwar steht der Welt keine neue ideologische Auseinandersetzung der Art bevor, wie sie den Kalten Krieg beherrschte, doch wird die neue Ära auch keine Epoche universeller Werte sein, sondern eine Zeit wachsender Spannungen [...]”¹²

Ferner werden der Verlust demokratischer Qualität, Hybridisierungen¹³ und zunehmende Tendenzen kompletter Systemwechsel¹⁴ wahrgenommen. Obwohl autokratische Regime und Diktaturen im Rahmen der Autoritarismusforschung während der 1970er Jahre untersucht wurden, rückten sie aufgrund des Demokratieoptimismus in den Hintergrund. Der Fokus lag insbesondere auf den Bedingungen für die Herstellung und Konsolidierung neuer Demokratien. Erst durch die unerwartete Stabilität autokratischer Regime, den Eintritt der sogenannten Farbrevolutionen und die Entstehung sogenannter Grauzonenregime wird ein leichter Aufschwung der Autoritarismusforschung verzeichnet.¹⁵

9 Huntington 1996: 5.

10 Vgl. Deudney und Ikenberry 2009; Merkel 2010a.

11 Vgl. Merkel 2010b :23; Schmitter 2015; Levitsky und Way 2015; Kailitz 2009: 438.

12 Kagan 2008: 64.

13 Vgl. Puddington 2008; Erdmann 2011; Ambrosio 2010.

14 Vgl. Gat 2007; Maeda 2010; Ambrosio 2010; Diamond 2015, 2008; Albrecht und Frankenberg 2010: 39.

15 Vgl. Merkel und Thiery 2010: 177; Timm 2010: 96; Albrecht und Frankenberg 2010: 40.

Ausgangspunkt der Betrachtung der autokratischen Regime bleiben trotzdem Demokratien als Referenzkategorie. Eigene autokratische Funktionscharakteristika und Institutionen sind kaum etabliert, sondern werden in Abgrenzung zu Demokratie beschrieben.¹⁶ Geradezu symptomatisch für diesen Demokratieoptimismus ist die 2013 erschienene Sonderausgabe der Zeitschrift *Democratization*. Unter dem Titel „Comparing autocracies: Theoretical issues and empirical analyses“ wurde versucht, die neue Autoritarismusforschung darzustellen. Bezeichnend ist, dass Schwerpunkte der Betrachtung auf der Klassifikation der Regierungssysteme in autokratischen Regimen, Institutionen sowie dem Zusammenbruch autokratischer Regime lagen.¹⁷ Die Entstehung von Autokratien blieb weitgehend unbeachtet.

Jedoch sind sowohl in neu entstehenden als auch in bestehenden Demokratien Regimewechsel mit dem Ergebnis Autokratie aufgetreten. Obwohl eine Anzahl von Ländern in einem abgesteckten Zeitraum der Demokratisierungswelle gemeinsame Impulse zur Demokratisierung erhielten, bleibt nur ein Teil dieser Länder auch langfristig demokratisch. Die Gegenwellen sind zwar im Umfang kleiner als die Wellen der Demokratisierung, aber empirisch nachweisbar.¹⁸ Im Rahmen der Annahme des Transitionsparadigmas, bleiben die unterschiedliche Lebenszeit der Demokratien und die Bedingungsfaktoren für Systemwechsel von demokratischen zu autokratischen Systemen häufig ungeklärt oder werden als Ausnahme betrachtet. Dies ist im Hinblick auf die dargestellte Kritik am Transitionsparadigma zu hinterfragen.

In der vorliegenden Masterarbeit werden die Transformationen von demokratischen zu autokratischen Herrschaftsformen als *Reautokratisierungen* definiert und deren Bedingungsfaktoren untersucht. Warum kommt es in einigen Ländern zu Reautokratisierungen und in anderen nicht?

Das Transitionsparadigma war wegweisend in der Gestaltung der externen Demokratieförderung.¹⁹ Die Relevanz der Fragestellung erschließt sich somit aus der erläuterten Kritik des Transitionsparadigmas. Ein einseitiger Fokus auf das Ergebnis Demokratie birgt die Gefahr, dass solchermaßen informierte politische Maßnahmen nur auf die Schaffung von Demokratie abzielen, nicht aber deren dauerhafte Stabilität. Als Zusammenführung der Frage nach einer möglichen Gegenwelle sowie der Relevanz der Untersuchung von Reautokratisierungen argumentieren Levitsky und Way wie folgt:

16 Diese einseitige und teilweise normativ begründete Neigung wird in der Wissenschaft als *democracy bias* beschrieben. Vgl. u.a. Kailitz 2009; Bank 2010.

17 Vgl. Köllner und Kailitz 2013.

18 Vgl. Huntington 1996: 5; Kopecky 2008: 702.

19 Vgl. Kapstein und Converse 2008b: 66; Carothers 2002: 18.

“Arguably, then, the real story of the last decade is not democracy’s ‘meltdown,’ but rather its resilience in the face of a darkening geopolitical landscape. This resilience merits further study. Understanding its sources may help democracy advocates to prepare for the day when the wolf of authoritarian resurgence does, in fact, arrive.”²⁰

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird zunächst eine theoriegeleitete Konzeptspezifikation von Reautokratisierungen vorgenommen (Kapitel 2) und der aktuelle Forschungsstand beleuchtet (Kapitel 2.3). Daraufhin werden Theorien zur Erklärung von Systemwechseln vorgestellt (Kapitel 3). Hierbei liegt der Fokus auf sozio-ökonomischen und politisch-institutionellen Erklärungsansätzen. Auf Basis dieser theoriegeleiteten Vorüberlegungen werden in einem quantitativ-empirischen Forschungsdesign Hypothesen zur Beantwortung der Frage formuliert (Kapitel 4). Getestet werden diese Hypothesen anhand einer logistischen Regressionsanalyse für den Zeitraum 1996 bis 2013 in 1.382 Länderjahren (102 Ländern). Ausgenommen werden Länder, in denen Reautokratisierungen nicht eintreten können. Hinzukommend können aufgrund unzureichender Daten Länder mit weniger als einer Million Einwohner nicht berücksichtigt werden. Grundlage der statistischen Untersuchung ist ein eigens hierfür erstellter Datensatz mit 1.382 Länderjahren, von denen 32 als Reautokratisierung gewertet werden.²¹ In Kapitel 4.3 wird eine deskriptive Betrachtung des Datensatzes vorgenommen sowie die anzuwendende Methode der logistischen Regression vorgestellt. Darauf aufbauend werden die Regressionsmodelle und deren Ergebnisse schrittweise betrachtet (Kapitel 5). Ferner werden Sonderfälle herausgefiltert und analysiert und offene Frage adressiert.

20 Levitsky und Way 2015: 57.

21 Die Länderjahre des Datensatzes entstammen aus 102 Ländern, wobei hier nicht ein Land als Fall gewertet wird, sondern das entsprechende Länderjahr.

2. Konzeptspezifikation von Reautokratisierungen

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Messung von Reautokratisierungen. Diese werden als Transformation von demokratischen zu autokratischen Regimen²² verstanden. Diese Kurzdefinition ist der Operationalisierung allerdings nicht dienlich. Sie legt nicht offen, wann eine Demokratie endet, beziehungsweise eine Autokratie (wieder) hergestellt wurde. Die Operationalisierung von Reautokratisierungen erfordert daher zunächst eine klare Konzeptspezifikation dessen, was unter den jeweiligen Regimetypen verstanden wird. Erst darauf aufbauend können Indikatoren festgelegt und eine Messung vorgenommen werden. Die Kurzdefinition öffnet somit das Spektrum einer fundamentalen politikwissenschaftlichen Debatte zur Reichweite von Demokratiekonzepten, der Grenzziehung zwischen Demokratie und Autokratie sowie der adäquaten Messung dieser.

Regimetypen als Untersuchungsobjekt sind sozial konstruiert.²³ Die Hervorhebung oder Vernachlässigung charakteristischer, messbarer Merkmale hängt also davon ab, welche der subjektiven Vorstellung der Untersuchende vom Untersuchungsobjekte hat. Sie stellt gleichzeitig eine Gratwanderung zwischen ausreichender Reduktion der Komplexität der Realität und übermäßigen Vereinfachungen dar.²⁴ Im Folgenden werden zunächst Theorien zur Unterscheidung der Regimetypen und deren Messung vorgestellt. Darauf aufbauend wird eine Definition von Reautokratisierungen vorgenommen.

An die Konzeptspezifikation und die daraus geschlossene Operationalisierung werden drei grundlegende Anforderungen gestellt. Erstens sollen sie objektiv sein. Die Ergebnisse sollen unabhängig von der messenden Person sein. Insbesondere im Falle sozial konstruierter Untersuchungseinheiten stellt dies eine Schwierigkeit dar, da die subjektive Vorstellung der relevanten Eigenschaften des Untersuchungsobjektes eine große Rolle spielt. Zweitens, soll der Indikator reliabel sein. Eine wiederholte Messung eines unveränderten Untersuchungsobjekts soll gleichbleibende Ergebnisse erzeugen. Drittens, sollen die Ergebnisse valide sein, also wirklich das Untersuchungsobjekt Reautokratisierung messen und nicht nur Teile davon oder eventuelle Randerscheinungen.²⁵

22 In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff Regime synonym mit dem Begriff Herrschaftsform verwendet und meint die Struktur des Herrschaftszuganges in ein politisches System. Regimetypen, wie Demokratien und Autokratien, verweisen auf eine systematische Unterscheidung dieser. Vgl. Lauth und Wagner 2006: 25.

23 Vgl. Albrecht und Frankenberger 2010: 49; Casper und Tufis 2003: 196.

24 Vgl. Köhler und Warkotsch 2010: 71.

25 Vgl. Diekmann 2009:249–261.

2.1 Die Trias der Regimetypen

Die Typologie der Regime geht auf die doppelte Trias von Aristoteles zurück. Anhand eines moralischen und eines numerischen Kriteriums unterschied er bereits in der Antike sechs typische Formen der Herrschaft. Hierbei wurden Demokratien als entartete Herrschaftsform klassifiziert.²⁶

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich als Schwerpunkt die Unterscheidung von Demokratie und Autokratie herausgebildet, wobei nun Demokratien als gemeinwohlorientierte Herrschaftsformen galten. Hierbei wurden alle nicht-demokratischen Regime als autokratisch definiert.²⁷ Durch die Entstehung faschistischer und stalinistischer Regime schien diese Unterteilung zunehmend unzureichend. Um den speziellen Charakter dieser neuartigen Regime gerecht zu werden, wurde die Typologie um die Kategorie Totalitarismus erweitert.²⁸ Die Konzeptspezifizierung der totalitären Regime wurde anhand einer Vielzahl von detaillierten Kriterienkatalogen vorgenommen. Gemeinsam ist ihnen die zentrale Bedeutung der ideologischen Untermauerung der Herrschaft.²⁹ Gegenüber dieser engen Definition des Totalitarismus ist die Kategorie der Autokratien sehr weit gefasst. Es wird eine Vielzahl verschiedener Ausprägungen der Herrschaftsformen in einer Kategorie verbunden. Hierdurch kommt es zu einem Ungleichgewicht zwischen autokratischen und totalitären Systemen.³⁰

Indessen zeigt sich, dass die Dreiteilung aus empirischer Sicht unzweckmäßig ist. Die Kategorie der totalitären Staaten stellt empirisch eine Ausnahme dar. Historisch wurden hierzu Hitlerdeutschland und die Sowjetunion unter Stalin gezählt. Aktuell betrifft es allenfalls Nordkorea. Diskutiert wird die Berücksichtigung Kambodschas unter den Roten Khmer und Irans unter Khomeini.³¹ Die absolute Mehrheit der Fälle gilt also als autokratisches oder demokratisches Regime.

Mit Blick auf diese Kritikpunkte sowie das Forschungsinteresse erscheint die Dreiteilung der Regime zur Untersuchung von Reautokratisierungen nicht zielführend. Dementsprechend wird in Anlehnung an Merkel Totalitarismus als Subtyp autokratischer Systeme verstanden³² und fließt im Folgenden nicht gesondert in die Betrachtung ein.

26 Vgl. Aristoteles 1989: 168; Schmidt 2010: 27; Lauth und Wagner 2006: 26; Gandhi 2004: 1; Merkel 2010c: 21.

27 Vgl. Kelsen in Merkel 2010c: 40.

28 Vgl. Croissant 2007: 106.

29 Vgl. Kailitz 2009: 442.

30 Vgl. Kailitz 2009: 443; Albrecht und Frankenberger 2010: 47; Hadenius und Teorell 2006: 1; Lauth 2010: 106.

31 Vgl. Lauth 2010: 104; Hartmann 2015: 111.

32 Vgl. Merkel 2010c: 40.

2.2 Unterscheidung von Demokratie und Autokratie

In der Unterscheidung von Demokratien und Autokratien werden zwei grundlegende Sichtweisen unterschieden: das Verständnis eines Kontinuums sowie das Verständnis als Dichotomie.

2.2.1 Dichotomie

Die Grundannahme der dichotomen Unterscheidung von Demokratie und Autokratie lautet, dass eine klare Trennlinie zwischen den Regimetypen gezogen werden kann. Das Vorhandensein einer Demokratie oder Autokratie wird als Entscheidungsfrage gestellt. Die hierauf aufbauenden Messinstrumente sind somit üblicherweise dem niedrigsten Skalenniveau der Nominalskala zuzuordnen.³³

Eine Abstufung zwischen den Typen ist in dieser Konzeption nicht möglich. Unabhängig davon können aber innerhalb der Regimetypen Subtypen gebildet werden.³⁴ Beispiel hierfür wäre eine Spezifikation in Bezug auf die Funktionsweise des demokratischen Regierungssystems als parlamentarische oder präsidentielle Demokratie. Diese Attribute stellen kein Ranking innerhalb des Typus Demokratie dar und sind auch keine Veränderung des grundlegenden Konzeptes des Regimetyps.³⁵

Basis der dichotomen Unterscheidungsweise ist ein minimalistisches Verständnis der Demokratie, welche durch die Methode der Auswahl der Machthaber definiert wird.³⁶ In den klassischen Theorien wurde Demokratie in Verbindung mit dem Erreichen des Gemeinwohls betrachtet. Schumpeter, als grundlegender Theoretiker des minimalistischen Demokratieverständnisses, sieht im Gemeinwohl eine Problematik, da unklar bleibt wer Gemeinwohl definiert und wie dieses gemessen werden kann.³⁷ Ferner ist Gemeinwohl ein Ergebnis. Dieses sei nicht mit dem institutionellen Arrangement des Regimetypen gleichzusetzen:

“Democracy is a political *method*, that is to say, a certain type of institutional arrangement for arriving at political – legislative and administrative – decisions and hence incapable of being an end in itself, irrespective of what decisions it will produce under given historical conditions.”³⁸

33 Vgl. Collier und Adcock 1999: 538.

34 Vgl. Cheibub et al. 2010b: 79

35 Vgl. Albrecht und Frankenberger 2010: 41.

36 Vgl. Schmidt 2010: 184.

37 Vgl. Schumpeter 1950: 250.

38 Schumpeter 1950:242. Hervorhebung im Original.

Zentral für das minimalistische Demokratieverständnis ist Schumpeters vielfach rezipierte Definition der Demokratie als Methode:

„The democratic method is that institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people's vote.“³⁹

Die Durchführung von Wahlen ist die definierende Eigenschaft von Demokratien. Macht wird durch einen kompetitiven Kampf um Wählerstimmen, der mit einem wirtschaftlichen Wettbewerb vergleichbar ist, erlangt.⁴⁰ Weiterführende definierende Ansprüche an demokratische Wahlen werden unter dem Begriff *contestation*⁴¹ zusammengefasst:

“We define democracy as a regime in which governmental offices are filled as a consequence of contested elections. Only if the opposition is allowed to compete, win, and assume office is a regime democratic. [...] Contestation, in turn, entails three features: 1) ex ante uncertainty, 2) ex post irreversibility, and 3) repeatability.“⁴²

Sofern Wahlen abgehalten werden, die nicht den Kriterien der Ergebnisoffenheit, Verbindlichkeit und Wiederholbarkeit gerecht werden, gelten diese Regime als autokratisch.⁴³ Aufgrund des Fokus auf die Institution der Wahl werden die so konzeptualisierten Demokratien auch als Wahlde-mokratie bezeichnet.⁴⁴

Reizvoll an der Definition ist die klare Grenzziehung zwischen Demokratien und Autokratien.⁴⁵ In der Operationalisierung werden nur wenige Indikatoren herangezogen. Hervorzuheben ist die Reproduzierbarkeit und Objektivität in dieser Messart. Wahlen finden stets unter großer Beobachtung statt und werden durch internationale Organisationen, wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, überprüft. Die Berichte zu Wahlen sind offen zugänglich und in großer Zahl vorhanden.⁴⁶

Als Nachteil dieser Konzeptspezifikation wird die zu starke Reduktion der Realität gewertet. Die Konzeptualisierung sei zu schemenhaft und vermag nicht die politische Realität abseits von Wah-

39 Schumpeter 1950: 269. Vgl. u. a. Schmidt 2010: 184; Munck 2014; Huntington 1993: 6.

40 Vgl. Schumpeter 1950: 271.

41 Englisch für Anfechtung. Mangels einer treffenden Übersetzung werden im deutschen Diskurs die Ansprüche als Attribute formuliert: Es geht um freie, kompetitive und faire Wahlen. Mit unterschiedlichen Schwerpunkten finden sich diese Ansprüche an demokratische Wahlen beispielsweise bei Gandhi (2004: 10), Heller (2000: 487) und Morlino (2008: 42).

42 Cheibub et al. 1996: 49.

43 Vgl. Kailitz 2013: 450; Armony und Schamis 2005: 114; Diamond 2008: 38.

44 Vgl. Kopecky 2008: 700.

45 Vgl. Collier und Adcock 1999: 560.

46 Vgl. Cheibub et al. 2010b: 71; Calaminus 2007: 93.

len ausreichend einzubeziehen. Zudem ist der Anspruch dieser theoretischen Einteilung von Regimen, alle empirischen Fälle eindeutig zuordnen zu können. Allerdings können in der Realität auch Fälle auftreten, welche nicht klar zugeordnet werden können. Dies zeigt sich insbesondere in der Debatte um Grauzonenregime und sogenannte *hybride Regime*.⁴⁷ Der Grund hierfür sei, dass Demokratie selbst ein kontinuierliches Konzept ist, welches in der dichotomen Messung Abweichungen verursacht.⁴⁸ Aus Sicht der Kritiker wird somit der Anspruch der Validität verletzt.

Verwendet wird eine dichotome Unterscheidung beispielsweise in der Messung des *Democracy-Dictatorship Index* (DD). Ein Regime wird als demokratisch gewertet, sofern es folgende Minimalkriterien erfüllt: Sowohl der Regierungschef als auch die Legislative werden durch das Volk in Wahlen mit mehr als einer Partei gewählt. Hinzukommend liegt mindestens ein Regierungswechsel unter gleichbleibenden Wahlmechanismen vor. Dieses letzte Minimalkriterium erzeugt Schwierigkeiten in der klaren Zuordnung. Zwei Szenarien sind vorstellbar, die eine Bestätigung des Kriteriums und somit die Zuordnung zur Demokratie verhindern. Einerseits wäre es möglich, dass ein demokratischer Machthaber aufgrund hoher Popularität wiederholt gewählt wird und es zu keinem Machtwechsel kommt. Ob der Machthaber zurücktreten würde im Falle eines anderen Wahlausganges bleibt somit offen. Andererseits ist es möglich, dass ein populärer Machthaber in einer elektoralen Autokratie nur Wahlen durchführt, da er sich des Ausganges sicher ist. Während beide Fälle grundverschieden sind, können sie anhand des Messinstrumentes nicht abgegrenzt werden. Neben der Unterscheidung von Demokratie und Diktatur wird daher ein sogenannter *Type II* konzipiert. Hierbei handelt es sich um die Grauzonenregime.⁴⁹ Der Anspruch einer trennscharfen Unterscheidung wird durch die Schaffung einer schwer interpretierbaren Kategorie aufgeweicht. Von den 9159 erhobenen Länderjahren werden knapp 13 % als *Type II* klassifiziert.⁵⁰

2.2.2 Kontinuum

Während in der dichotomen Sichtweise ein Regime entweder demokratisch oder autokratisch ist, kann im Kontinuum auch zwischen weniger demokratischen von mehr demokratischen Regimen unterschieden werden.⁵¹ Basierend auf der Annahme, dass Abstufungen zwischen Demokratie und Autokratie natürlich sind und dementsprechend auch messbar sein müssen, wird eine mehrstufige Skala zwischen den Polen Demokratie und Autokratie gespannt. Die Regimetypen werden hier als Idealtypus konstruiert. Die Annäherung an den Idealtypus kann graduell auf einer Skala sichtbar gemacht werden.⁵² Dementsprechend wird ein höheres Skalenniveau angewendet,

47 Vgl. Lauth 2010: 105; Kailitz 2009: 456.

48 Vgl. Bollen 1990: 18.

49 Vgl. Cheibub et al. 2010b: 69f.

50 Eigene Berechnungen auf Basis des DD-Datensatzes von Cheibub et al. (2010a). Vgl. Cheibub et al. 2009: 4.

51 Vgl. Collier und Adcock 1999: 552; Heller 2000: 486; Bollen 1990.

52 Vgl. Dahl 1971: 2.

welches auch Abstufungen zulässt.

Die Kriterien der Wahldemokratie werden hierbei häufig als Ausgangspunkt verwendet. Ferner wird aber angenommen, dass für die Klassifikation als vollständige Demokratie die Institution der Wahl nicht ausreichend ist.⁵³ Daher werden in der Definition und Messung weitere Dimensionen berücksichtigt. Diese sind beispielsweise das Ausmaß politischer Freiheiten⁵⁴ oder die Ergebnisse des politischen Prozesses⁵⁵.

Als Basis dieses weitreichenden Verständnis von Demokratie gilt das Dahl'sche Polyarchie-Konzept. Dahl definiert Demokratie wie folgt:

„In this book I should like to reserve the term, 'democracy' for a political system one of the characteristics of which is the quality of being completely or almost completely responsive to all its citizens. Whether such a system actually exists, has existed, or can exist need not concern us for the moment.“⁵⁶

Die Responsivität auf die Präferenzen der Bürger wird in den Dimensionen der Freiheit der Formulierung von Präferenzen, der Freiheit der Signalisierung dieser Präferenzen, sowie der Gewichtung aller Präferenzen gleichermaßen in der Machtausübung gemessen.⁵⁷ Neben der Berücksichtigung der Institution der Wahl werden hier also auch die Ergebnisse des politischen Prozesses einbezogen. In den hieraus entstehenden Messinstrumenten werden beispielsweise Assoziationsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung oder Informationsfreiheit berücksichtigt⁵⁸:

„Folgt man dieser Betrachtungsweise, brechen die Indizes die starre Analyse eingefasster Wahlindikatoren durch eine Betonung des Freiheits- und Rechtsgedanken auf. Sie berücksichtigen neben partizipativen Elementen die Verantwortlichkeit der Regierung, Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit und die Selbstbestimmungsrechte von Minderheiten.“⁵⁹

Die Berücksichtigung bestimmter Dimensionen und Indikatoren beruht auf der Operationalisierung und Grundannahmen bezüglich der Reichweite des Demokratiekonzeptes. Ein fester Kriterienkatalog liegt dafür nicht vor.⁶⁰

53 Vgl. Cheibub et al. 2010b: 72; Munck 2014: 1; Mainwaring et al. 2001: 38, Hartmann 2015: 1.

54 Vgl. Bollen 1980: 372.

55 Vgl. Lauth 2010: 99.

56 Dahl 1971: 2.

57 Vgl. Dahl 1971: 3.

58 Vgl. Schmidt 2010: 212f.

59 Calaminus 2007: 94.

60 Vgl. Munck 2014: 5; Vreeland 2003: 8.

Die Bestimmung von Grenzwerten zur Abgrenzung der Regimetypen wird als willkürlich kritisiert.⁶¹ Ferner wird argumentiert, dass die Zwischenkategorien kaum erklärenden Mehrwert aufweisen, da die Verteilung der Regimetypen bimodal an den jeweiligen Enden der Skalen sei.⁶² Doch gerade jene Regime, die in der dichotomen Sichtweise nur unbefriedigend zugeteilt werden konnten oder einer schwer interpretierbaren Sonderkategorie zugewiesen wurden, können hier abgebildet und charakterisiert werden.

Zum Teil wird versucht, die unterschiedlichen Eigenschaften und institutionellen Arrangements der Regime der Mittelkategorien durch die Voranstellung qualifizierender Attribute darzustellen.⁶³ Dies ist insoweit kritisch, da die Beifügung einer Vielzahl verschiedener Attribute auf Kosten der Reduktion der Komplexität der Realität stattfindet und die Vergleichbarkeit der Regimetypen eingeschränkt wird. Hierdurch entstehen außerdem Unklarheiten bezüglich des Basiskonzepts: So könnte gefragt werden, ob eine defekte Demokratie als Demokratie bezeichnet werden sollte, oder dies den real-autoritären Charakter des Regimes verschleiert.⁶⁴ Unklar bleibt außerdem, ob eine Hierarchie oder Gewichtung zwischen den verschiedenen definitorischen Eigenschaften besteht, beziehungsweise welche Eigenschaften entscheidend sind.⁶⁵

Durch die Berücksichtigung weiterer Dimensionen in der Bestimmung demokratischer Regime soll eine Steigerung der Reliabilität und Validität der Messinstrumente erreicht werden.⁶⁶ Allerdings geschieht dies auf Kosten der Objektivität. Die hinzugezogenen Merkmale gelten als sozial konstruiert und sind mehrheitlich nicht in unmittelbaren Messungen erfassbar. Daher können sich die Ergebnisse in Abhängigkeit der messenden Person unterscheiden.⁶⁷

Angewendet wird die kontinuierliche Konzeptspezifikation von der US-amerikanischen Denkfabrik *Freedom House* im seit 1973 jährlich erscheinenden *Freedom in the World*-Index (FWI). Hierbei steht Liberalismus im Vordergrund. Obwohl Freiheit gemessen wird, werden die Ergebnisse häufig mit der Qualität eines Regimes gleichgesetzt und für Regimeklassifikationen verwendet.⁶⁸ Grundlage der Messung sind die Dimensionen politische Rechte (10 Indikatoren) und zivile Freiheiten (15 Indikatoren). Zur Vergabe einer Punktzahl wird für jeden Indikator eine fünfstufigestufige *Likert-Skala*⁶⁹ verwendet. Die Punktvergabe erfolgt durch ein Team aus Analysten und regionalen Experten auf Basis von empirischen Beobachtungen und Medienberichten. Aus diesen Punktzahlen wird eine siebenstufige Bewertung in den beiden Dimensionen generiert. Der Mittelwert der

61 Vgl. Lauth 2010: 113, Diamond 2015: 143.

62 Vgl. Cheibub et al. 2010b: 68.

63 Vgl. Cheibub et al. 2010b: 73.

64 Vgl. Lauth 2010: 107; Armony und Schamis 2005: 114.

65 Vgl. Cheibub et al. 2010b: 73.

66 Vgl. Bollen 1990: 19.

67 Vgl. Lauth 2010: 109; Bollen 1990: 18.

68 Vgl. Calaminus 2007: 94; Hartmann 2015: 143.

69 Vgl. Als Likert-Skalen werden Messinstrumente zur Messung von bezeichnet. Diekmann 2009: 240f.

Bewertungen ist für die Statuszuweisung „frei“, „teilweise frei“ und „unfrei“ bestimmend.⁷⁰ Problematisch ist die fehlende Transparenz der Bewertungen. Offengelegt werden nur die aggregierten Bewertungen in den beiden Dimensionen. Die Punktzahlen der einzelnen Indikatoren sind nicht zugänglich.⁷¹ Ferner liegt ein hohes Maß der Subjektivität vor, da nicht das Regime selbst gemessen wird, sondern die Wahrnehmung davon.⁷²

Ein weiteres Beispiel einer kontinuierlichen Messart ist der *Polity-Index* (PI). Hierbei werden Demokratie und Autokratie gesondert gemessen. Als Indikatoren dienen Kompetitivität der politischen Partizipation, Regulierung der politischen Teilhabe, Kompetitivität und Offenheit in der Besetzung der Exekutiven und Begrenzungen der Macht des Machthabers⁷³. Sowohl Demokratie als auch Autokratie erhalten eine Punktzahl von 0 bis 10 wodurch eine Skala von -10 (maximal autokratisch) bis 10 (maximal demokratisch) entsteht. Alle Regime, die eine Punktzahl höher als 6 erreichen werden als Demokratie eingestuft. Attraktiv an diesem Index sind der Umfang der Daten, die teilweise bis 1800 zurückreichen sowie die stetige Aktualisierung. Hinzukommend wird die Punktvergabe in den einzelnen Indikatoren offengelegt, wodurch eine höhere Transparenz als im FWI erreicht wird.⁷⁴

Neben den Messungen anhand umfangreicher Itembatterien wurde der Versuch unternommen, kontinuierliche Messungen mit einer kleinen Zahl objektiver und reproduzierbarer Indikatoren vorzunehmen. Diese leiden allerdings wie die dichotomen Messungen an einer verminderten Validität der Daten. Beispiel hierfür ist die von Vanhanen vorgeschlagene Messung von Demokratien anhand der Stimmverteilung für Parteien welche allerdings eine systematische Verzerrung entsprechend verschiedener Wahl- und Parteiensysteme aufweist.⁷⁵

2.2.3 Alternative Ansätze

Mit Blick auf die Vor- und Nachteile der jeweiligen Konzeptspezifikation und Messart gibt es verschiedene Ansätze, die versuchen, einen Mittelweg zu begehen. Diese Herangehensweisen produzieren allerdings nach aktuellem Forschungsstand keine befriedigenden Ergebnisse.

Beispielhaft hierfür ist die Generierung metrischer Variablen auf Basis eines minimalistischen Demokratieverständnisses. Hierdurch soll die binäre Ausgangsvariable weiteren statistischen Methoden zugänglich gemacht werden. Vreeland unternimmt den Versuch der Schaffung eines

⁷⁰ Vgl. Freedom House 2014.

⁷¹ Vgl. Lauth 2010: 111.

⁷² Vgl. Freedom House 2014: 1.

⁷³ Vgl. Jagers und Gurr 1995: 472.

⁷⁴ Vgl. Vreeland 2003; Marshall et al. 2012; Jagers und Gurr 1995.

⁷⁵ Vgl. Mainwaring et al. 2001: 59.

kontinuierlichen Indikators auf Basis der Grundannahmen des minimalistischen Konzeptes des DD-Indexes. Aus der dichotomen Variable wird die Wahrscheinlichkeit des Vorliegens einer Demokratie berechnet. Nachteil hierbei ist, dass Wahrscheinlichkeiten nicht gemessen werden können und die Werte somit auf Schätzungen basieren.⁷⁶

Zur Steigerung der Validität des minimalistischen Demokratiekonzeptes und ausreichenden Erfassung der Grauzonenregime wurde außerdem versucht, die Dichotomie um eine Kategorie zu erweitern in einer sogenannten Trichotomie. Mainwaring et al. erstellen eine trichotome Unterscheidung von demokratischen, semi-demokratischen und autokratischen Regimen für 19 lateinamerikanische Staaten zwischen 1945 und 1999⁷⁷. Diese vorgeschlagene Messung erfordert aber weiterhin subjektive Einstufungen der Regime bezüglich der Stärke der Verletzung bestimmter Bedingungen. Somit liegt hier eine Verletzung der Objektivität bei weiterhin zweifelhafter Validität vor. Des Weiteren wurden für beide Alternativen bisher keine verwertbaren offen zugänglichen globalen Datensätze erstellt.

2.3 Aktueller Forschungsstand

Die Fragestellung nach den Bedingungsfaktoren von Reautokratisierungen ist nicht gänzlich neu. Unter unterschiedlichen Bezeichnungen und im Rahmen unterschiedlicher theoretischer und methodischer Konzeptualisierung wurden diese untersucht.⁷⁸ Wegweisend hierfür ist die Untersuchung des Zusammenbruchs demokratischer Staaten von Juan Linz.⁷⁹ Bedingt durch das Transitionsparadigma verschob sich das Forschungsinteresse in den 1990er Jahren. Seit dem Jahrtausendwechsel zeigt sich aber ein wieder zunehmendes Interesse am Zusammenbruch demokratischer Staaten. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über den aktuellen Forschungsstand und die statistischen Möglichkeiten der Untersuchungen gegeben.⁸⁰ Hierbei liegt der Fokus auf der Konzeptualisierung der abhängigen Variable sowie der Darstellung des statistischen Methodenspektrums.

⁷⁶ Vgl. Vreeland 2003: 1.

⁷⁷ Vgl. Mainwaring et al. 2001.

⁷⁸ Beispiele für die unterschiedliche Bezeichnungen sind insbesondere in englischen Publikationen vorzufinden: *authoritarian diffusion* (vgl. Ambrosio 2010), *democratic rollback* (vgl. Diamond 2008, Gat 2007), *democratic breakdown* (vgl. Maeda 2010), *backsliding* (vgl. Ulfelder und Lustik 2007) oder *democratic collapse* (vgl. Kapstein und Converse 2008b).

⁷⁹ Vgl. Linz 1978.

⁸⁰ Vorgestellt wird nur eine ausgewählte Anzahl aktueller Ergebnisse von *large-N*-Forschungsdesigns. In Anbetracht des begrenzten Umfangs der vorliegenden Arbeit können *small-N* und Einzelfallstudien nicht berücksichtigt werden.

2.3.1 Analysen von Regimewechseln

Ulfelder und Lustik untersuchen in einer Verweildaueranalyse auf Basis einer dichotomen Unterscheidung von Autokratie und Demokratie die Bedingungen von Systemwechseln. Berücksichtigt werden sowohl Demokratisierungen als auch Autokratisierungen zwischen 1955 und 2003. Grundlage der Untersuchung ist eine aus dem PI modellierte dichotome Variable. Hierbei werden aus konzeptionellen Gründen nur ein Teil der im PI erhobenen Variablen berücksichtigt.⁸¹ Die Ergebnisse bestätigen, dass wohlhabende Demokratien stabiler sind. Im Gegensatz zu Kapstein und Converse kann aber keine signifikante Korrelation zwischen dem Typen des demokratischen Regierungssystems und Autokratisierungen nachgewiesen werden.⁸²

Ko Maeda unterscheidet in der Untersuchung der Zusammenbrüche von Demokratien endogene und exogene Auslöser. Diese werden im Zeitraum 1950 bis 2004 in einer Verweildaueranalyse untersucht. Gemessen wird ein Zusammenbruch einer Demokratie, wenn der PI unter 6 fällt. Ergebnis der Forschung ist, dass endogene Zusammenbrüche nicht mit der wirtschaftlichen Lage korrelieren, während exogen ausgelöste Zusammenbrüche unwahrscheinlicher werden, je besser die wirtschaftliche Lage ist.⁸³

Diese Studien stützen die Operationalisierung auf kontinuierliche Datensätze und somit ein substantielles Verständnis von Demokratie. Für die Messung der Systemwechsel werden Intervalle oder Grenzwerte bestimmt. Im Gegensatz dazu wählt Svolik ein minimalistisches Demokratiekonzept, wodurch kein Grenzwert bestimmt werden muss. In seiner Betrachtung unterteilt er die Grundgesamtheit der Demokratien in konsolidierte und in Transition befindliche Demokratien. Bestimmt wird die Wahrscheinlichkeit für die Autokratisierung in diesen Regimen anhand der Überlebensdauer von Demokratien.⁸⁴

Auch Sing stützt seine Untersuchung der Überlebensdauer auf ein minimalistisches Demokratiekonzept unter Verwendung des DD-Datensatzes. In einer Regressionsanalyse untersucht er die Korrelation zwischen dem Zusammenbruch von Demokratien mit der Regierungsform und der effektiven Parteienzahl. Seine Ergebnisse stellen unter Anderem die Annahmen der relativen Instabilität präsidentieller Systeme und dem Vermächtnis von Militärdiktaturen in Frage.⁸⁵

81 Berücksichtigt werden die Variable zur Messung des Machtzuganges *executive recruitment* und die Variable *Competitiveness of Political Participation*. Um als Demokratie gemessen zu werden, werden verschiedene Grenzwerte eingesetzt: So müssen in der ersten Variable mindestens sechs Punkte erreicht werden, in der zweiten nur drei.

82 Vgl. Ulfelder und Lustik 2007.

83 Vgl. Maeda 2010.

84 Vgl. Svolik 2008.

85 Vgl. Sing 2010.

2.3.2 Zunahme und Verlust demokratischer Qualität

Regimewechsel zeigen einen Verlust demokratischer Qualität an. Im Gegensatz dazu hat der Verlust demokratischer Qualität nicht zwingend einen Regimewechsel zur Folge, sondern kann innerhalb des Lagers der Demokratien stattfinden. Der Verlust demokratischer Qualität erfordert ein Verständnis von Demokratie, welches über die Betrachtung von Wahlen hinaus geht und graduelle Abstufungen zulässt.

In der Untersuchung missglückter Demokratisierungen zwischen 1960 und 2004 nehmen Kapstein und Converse eine dichotome Einteilung von Demokratisierungen und deren Umkehrungen vor. Gemessen wird eine Demokratisierung, wenn der PI eines Staates im Verlauf von drei Jahren um sechs Punkte steigt. Autokratisierungen werden synchron gemessen, wenn der PI um sechs Punkte sinkt. So wurden für den Untersuchungszeitraum 123 Demokratisierungen gemessen, von denen 56 umgekehrt wurden. Der Fokus hierbei liegt auf der quantitativen Betrachtung der Autokratisierungen. Qualitative Unterscheidungen bezüglich des Ergebnisses der Transformation werden nicht vorgenommen. So werden beispielsweise in Pakistan (1962) oder in Kambodscha (1993) durch den Anstieg um sechs Punkte trotzdem nur ein PI von 1 erreicht, welcher noch nicht als demokratisch gelten kann. Insgesamt haben von den 123 Demokratisierungen 40 Fälle trotz des Anstiegs des PI um sechs Punkte nicht den Level einer Demokratie erreicht.⁸⁶ Als Ergebnis wurde festgehalten, dass Autokratisierungen demokratischer Regime in parlamentarischen Demokratien unwahrscheinlicher ist als in präsidentiellen.⁸⁷

Erdmann untersucht auf Basis einer qualitativ vergleichenden Analyse (QCA) den Verlust demokratischer Qualität zwischen 1974 und 2008. Gemessen wird dieser anhand der Veränderungen der Punktwerte in beiden Dimensionen des FWI. Hierbei werden die Wertungen mit verschiedenen Regimetypen gleichgesetzt, freie Länder werden als liberale Demokratie, teilweise freie Länder als hybride Regime und unfreie Länder als Diktaturen betrachtet. Statusveränderungen von „frei“ zu „teilweise frei“ werden als Hybridisierung betrachtet, Veränderungen mit dem Ergebnis „nicht frei“ als Zusammenbruch der Demokratie.⁸⁸

Aleman und Yang untersuchen Liberalisierungen und rückläufige Entwicklungen zwischen 1970 und 1999. Als Liberalisierung wird eine positive Veränderung des aggregierten PI⁸⁹ um drei Punkte betrachtet, eine rückläufige Entwicklung ist markiert durch eine negative Veränderung des PI um drei Punkte.⁹⁰ Obwohl der Anspruch besteht, Qualitätsverluste nachzuzeichnen, markiert eine

⁸⁶ Vgl. Kapstein und Converse 2008a: 2f.

⁸⁷ Vgl. Kapstein und Converse 2008b.

⁸⁸ Vgl. Erdmann 2011.

⁸⁹ Dieser entsteht durch den Abzug des Autokratiewertes vom Demokratiewert, wodurch eine Skala von 0 bis 10 entsteht.

⁹⁰ Vgl. Aleman und Yang 2011.

Veränderung um des PI um drei Punkte im verwendeten Untersuchungsdesign in den meisten Fällen einem Systemwechsel.⁹¹

Shirah untersucht den Verlust demokratischer Qualität in einer Verweildauersanalyse und verwendet hierfür den FWI. Getrennt untersucht werden rückläufige Entwicklungen in den Dimensionen politischer Rechte und ziviler Freiheiten. Hierbei werden alle negativen Entwicklungen als *backsliding* betrachtet, unabhängig von der Stärke oder dem Ergebnis der Veränderung. Die Untersuchung beschränkt sich auf Länder, die ab 1974 demokratisiert wurden.⁹²

2.3.3 Kritik

Die kurze Darstellung der theoretischen Konzeptionen von Demokratien und Autokratien sowie des Forschungsstandes bezüglich der Systemwechsel verweist auf die hohe methodische und theoretische Vielfalt des Forschungsfeldes. Es wird deutlich, dass teilweise die Wahl des Messinstruments die Ergebnisse beeinflusst, beispielsweise mit Blick auf die Untersuchung der Korrelationen zwischen Typen demokratischer Regierungssystemen und die Wahrscheinlichkeit von demokratischen Zusammenbrüchen. Obwohl die Messinstrumente für Regime stark untereinander korrelieren, sind sie nicht beliebig auswechselbar.⁹³ In der Auswahl sollten die jeweiligen Stärken und Schwächen adressiert werden, da diese relevant für die Interpretation der Ergebnisse sind.

In den vorgestellten Studien werden mehrheitlich ordinal oder metrisch skalierte abhängige Variablen verwendet. Aus diesen Daten werden anhand von Veränderungsintervallen oder Grenzwerten binär codierte Variablen zur Messung des Ereignisses von Regimewechseln generiert. Die Bestimmung unterschiedlicher Grenzwerte und Intervalle in der Anwendung des PI beispielsweise verweist auf die Willkürlichkeit in der Abgrenzung verschiedener Regime auf Basis eines weitreichenden Demokratieverständnisses. Zudem ist die Definition eines Veränderungsintervalls zur Untersuchung von Demokratisierungen oder Autokratisierungen⁹⁴ aus methodischer Sicht zu hinterfragen. Sowohl am FWI als auch am PI wird kritisiert, dass nur quasimetrische Daten vorliegen. In der Realität sei das Skalenniveau maximal kategorial und die Kategorien nicht präzise.⁹⁵ Diese Unterscheidung ist mit Blick auf die statistische Verwertung der Daten relevant. In einer metrischen Variable sind die Abstände zwischen den Punktwerten gleich groß, vergleichbar mit einer Entfernungsangabe. Diese Bedingung kann in der Messung des FWI und PI angezweifelt werden und hat somit zur Folge, dass eine Veränderung um n Punkte innerhalb des demokratischen Spektrums eine andere Bedeutung hat, als eine Änderung um n Punkte innerhalb des autokratischen Spektrums.

91 Vgl. Shirah 2012: 6.

92 Vgl. Shirah 2012.

93 Vgl. Casper und Tufis 2003: 196.

94 Vgl. Ulfelder und Lustik 2007; Kapstein und Converse 2008b.

95 Vgl. Vreeland 2003: 7.

Grundsätzliche Kritik entsteht auch mit Blick auf die Orientierung der Messinstrumente. Diese unterlägen einer kulturellen Perspektivenverengung mit Blick auf westliche Demokratien als anzustrebende Herrschaftsform weltweit.⁹⁶ Die Operationalisierung der zu messenden Objekte basiere auf der westlichen Vorstellung von Demokratie. Daher analysiert Hartmann den Nutzen der Demokratieindizes nüchtern wie folgt:

„Jedes Urteil über die Güte eines politischen Systems ist ungeachtet der Beschlagenheit seiner Urheber eine Einschätzung. Ein Experte, nehmen wir an, über einen Staat in der Sahelzone oder in Mittelasien, mag noch mitgehen, wenn Freedom House die Freiheitsplakette verweigert oder sie allenfalls in Blech oder Plastik verleiht. Vermutlich wird sie oder er sich allerdings, weil mit den historischen und kulturellen Hypothese der betreffenden Gesellschaft vertraut, schwer damit tun, sie am Standardformat einer westlichen Demokratie zu messen, die in der historischen Konkretion ja auf Wohlstand, Marktwirtschaft und individualistischer Kultur fußt.“⁹⁷

Diese Kritik führt zurück auf die einleitend erwähnte Gratwanderung zwischen Reduktion der Realität und zu starker Vereinfachung. Grundsätzlich ist eine Reduktion der Realität notwendig, um vergleichbare Daten zu erhalten. Wird diese allerdings nur durch die Schablone westlicher Demokratien vorgenommen ist dies bedenklich. Sowohl das Kontinuum als auch die Dichotomie basieren auf Demokratie als Referenzkategorie zur Messung von Regimetypen. Es werden also klare Kriterien für die Qualifizierung als Demokratie festgelegt. Autokratien werden als Nicht-Demokratien ohne qualifizierende Eigenmerkmale zusammengefasst.⁹⁸ Obwohl es definitorische Annäherungen an Autokratien mit der Festlegung eigener charakteristischer Merkmale gibt⁹⁹, liegen hierfür keine eigenständigen Messinstrumente und umfangreichen Datensätze vor. Des Weiteren werden regionale und historische Besonderheiten ausgeblendet. Auf Basis der Definition eines Regimetypen (westliche Demokratie) wird dann versucht, das gesamte Spektrum der Regimetypen abzubilden und Unterscheidungen oder Abstufungen vorzunehmen.

In der vorliegenden Arbeit besteht nicht der Anspruch der Schaffung eines neuen Demokratieindikators. Allerdings müssen diese Kritikpunkte bei der Interpretation und Verwendung der Daten berücksichtigt werden. Die Daten geben zwar eine grobe Orientierung in der Einstufung von Herrschaftstypen und erlauben quantitative Untersuchungen und Vergleiche. Allerdings können sie historische, kulturelle und regionalspezifische Besonderheiten kaum abbilden, wofür qualitative

96 Vgl. Calaminus 2007: 93.

97 Vgl. Hartmann 2015: 142.

98 Vgl. Albrecht und Frankenberger 2010: 38; Timm 2010: 98; Köhler und Warkotsch 2010: 63; Svolik 2012: 20. Kailitz kritisiert die Definition von Autokratien als Nicht-Demokratien als unbefriedigend. Vgl. Kailitz 2013: 456.

99 Eine kumulative Übersicht des Forschungsstandes zu Autokratien bieten Kailitz (2009) und Hartmann (2015: 107-136).

Untersuchungen und Fallstudien notwendig und zielführender wären.

2.4 Reautokratisierung

Auf Basis der vorgestellten Konzeptionen der Abgrenzung von Demokratie und Autokratie als entweder Dichotomie oder Kontinuum werden im Folgenden Reautokratisierungen konzeptualisiert.

Zugunsten der Reproduzierbarkeit und Robustheit der empirischen Überprüfung von Hypothesen wird hier eine dichotome Messung von Reautokratisierungen auf Basis eines minimalistischen Demokratiekonzeptes bevorzugt. Während ein weitreichendes Demokratiekonzept detailliertere Daten liefert, welche ein breites Spektrum statistischer Methoden in der Auswertung zulässt, wurden hier sowohl methodische als auch konzeptionelle Bedenken aufgezeigt. Diese betreffen die Verteilung der Daten. Während beispielsweise lineare Regressionsanalysen normalverteilte Daten erfordern, sind die Daten bimodal verteilt. Ferner bestehen Zweifel an der Objektivität der Messung und Reliabilität des Skalenniveaus.

Infolgedessen werden Reautokratisierung als ein Systemwechsel von einer Wahldemokratie zu einer Autokratie definiert. Die liberale Qualität des Ausgangsregimes wird hierbei nicht berücksichtigt. Grundvoraussetzung für das Eintreten einer Reautokratisierung ist, dass vor dem Systemwechsel eine Demokratie vorlag. Zur Identifikation dieser Grundvoraussetzungen und eventuell eintretender Reautokratisierungen wird der Schwerpunkt auf die Institution der Wahl gelegt.

Während diese Bestimmung klar Demokratien von Autokratien abzugrenzen vermag, liegen aus der Sichtweite weitreichender Demokratiekonzeptionen Zweifel am Konzept der Wahldemokratie vor. So werden diese beispielsweise als „Discount-Ausgabe der Demokratie“¹⁰⁰ bezeichnet. Diese Kritik ist insoweit begründet, da eine Wahldemokratie nicht immer eine substantielle Qualitätsdemokratie bedingt:

„Minimal or electoral democracies can overcome some of the deficiencies that frequently plague them, and may eventually develop into fully-fledged liberal democracies. But it is, of course, equally possible that no progress from an electoral towards a liberal democracy is made or, worse, that an electoral democracy sinks back into some form of authoritarianism“.¹⁰¹

Daher wird zusätzlich eine zeitliche Mindestanforderung eingesetzt. Reautokratisierungen werden gemessen, wenn die Wahldemokratie mindestens drei Jahre bestand. Wiederholte Transfor-

¹⁰⁰ Vgl. Hartmann 2015: 143.

¹⁰¹ Kopecky 2008: 700.

mationen über einen kurzen Zeitraum werden als Anzeichen einer inhärenten Regimeinstabilität gewertet. Durch das zeitliche Kriterium werden Regime ausgeschlossen, welche sich in einem andauernden Transformationszustand befinden. Diese Fälle würden ansonsten häufig wiederholte Reautokratisierungen in den Daten erzeugen und somit übermäßige Gewichtung erhalten. Durch die zeitliche Mindestanforderung ist außerdem sichergestellt, dass mindestens die Hälfte einer Legislaturperiode als Wahldemokratie galt.¹⁰² Es entspricht dem Kriterium vom Brownlee zur Messung einer Demokratisierung wonach drei aus vier Jahren nach einer Transition als demokratisch gekennzeichnet sein müssen, um als Demokratisierung zu gelten¹⁰³ und ist weitreichender als die Minimalanforderung von zwei Jahren bei Erdmann¹⁰⁴. Durch die zeitliche Mindestanforderung wird das Konzept von Reautokratisierungen außerdem um den sogenannten Flitterwocheneffekt bereinigt:

“Honeymoons are commonly understood as periods directly following the foundation of democracies when they are less likely to break down. There are a number of possible explanations for why this is so. It could be because citizens are prepared to give a new political system a period to establish and prove itself before evaluating its performance critically. Or it may be because democracy has replaced a form of highly unpopular authoritarianism.”¹⁰⁵

Die Annahme des Flitterwocheneffekts besagt, dass nach einer Demokratisierung zunächst auch in Krisenzeiten die Demokratie stabil bleibt. Grund hierfür ist unter anderem die Erinnerung an die Unzufriedenheit mit dem vorhergehenden Regime. Das Bestehen eines Flitterwocheneffektes wurde statistisch nachgewiesen, dieser hält aber im Regelfall nur zwei Jahre an.¹⁰⁶

Zusammengefasst sind also Reautokratisierungen eine Systemtransformation und das Gegenstück zur demokratischen Konsolidierung. Die Demokratisierung ist mit der Verabschiedung einer demokratischen Verfassung abgeschlossen. Die Konsolidierung hingegen zielt auf die Stabilisierung des politischen Systems:

102 Bisher ist keine globale Betrachtung durchschnittlicher demokratischer Legislaturperioden bekannt. Grundlage der hier gemachten Grenzziehung ist Markwardts (2008) Betrachtung der durchschnittlichen realen und verfassungsmäßig erlaubten maximalen Legislaturperioden in sechs konsolidierten Demokratien von 1960 bis 2005. Die durchschnittliche Dauer einer Legislaturperiode lag im Untersuchungszeitraum bei 3,5 Jahren. Die maximale Dauer einer Legislaturperiode wird verfassungsmäßig festgelegt und liegt in der Untersuchung bei 5 Jahren. Vgl. Markwardt 2008: 93.

103 Vgl. Brownlee 2009: 528.

104 Vgl. Erdmann 2011: 11.

105 Bernhard et al. 2003: 406.

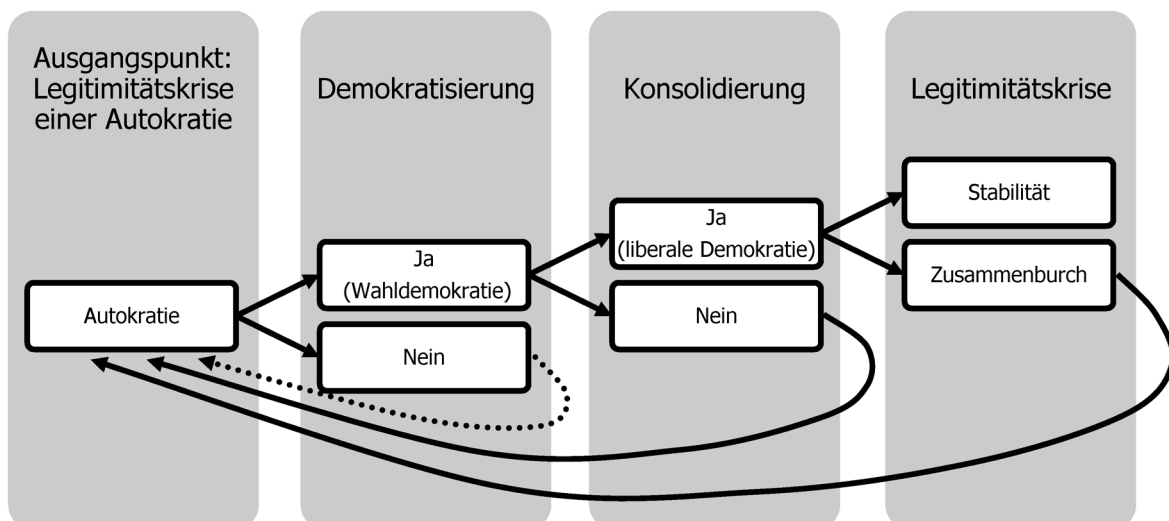
106 Vgl. Bernhard et al. 2003: 426.

“Mit der Verabschiedung der Verfassung endet die Demokratisierungsphase. Damit ist die Demokratie zwar keineswegs gesichert und ihre Regression in autokratische Herrschaftsformen ausgeschlossen. Aber die Zeit der größten Unsicherheit ist nun vorbei. Der nun folgende Konsolidierungsprozess kann sich jetzt auf die relative Sicherheit eines mehrheitlich akzeptierten und sanktionsbewährten Institutionengefüges stützen.”¹⁰⁷

Das Ausbleiben der Demokratisierung selbst wird nicht als Reautokratisierung verstanden (siehe Abbildung 1). In diesem Falle ist das Ergebnis der Systemtransformation zwar eine Autokratie aber das Kriterium der Demokratie als Ausgangspunkt ist nicht erfüllt. Dementsprechend wird in diesem Systemwechsel ein autokratisches System durch ein autokratisches System ersetzt. Auch eine gescheiterte Demokratisierung, also Errichtung einer instabilen Wahldemokratie, welche schnell zusammenbricht, kann durch die zeitliche Mindestanforderung ausgeschlossen werden. Eine gescheiterte Konsolidierung hingegen kann als Reautokratisierung verstanden werden, sofern die Wahldemokratie zuvor mindestens drei Jahre bestand und von einer Autokratie abgelöst wurde.

Hierbei muss beachtet werden, dass Abbildung 1 nur einen schematischen Ausschnitt der vorstellbaren Verläufe aufzeigt. Während hier Linearität zur Demokratie vermittelt wird, kann es auch in konsolidierten Demokratien zu Legitimitätskrisen und Reautokratisierungen kommen. Somit werden Regimewechsel als zyklisch verstanden und nicht als Bewegung zu einem Ergebnis.¹⁰⁸

Abbildung 1: Trajektorien der Transformationen mit dem Fokus der Reautokratisierung



Durchgehende Pfeile mit dem Ergebnis Autokratie zeigen Reautokratisierungen an.
Quelle: Eigene Darstellung.

¹⁰⁷ Merkel und Thiery 2010: 202.

¹⁰⁸ Vgl. Hale 2005.

3. Konditionen für Systemwechsel

Die Untersuchung und Erklärung von Reautokratisierungen ist von verschiedenen theoretischen Standpunkten aus möglich. So können als Ursachen internationale Mitnahmeeffekte und externe Autokratieförderung, oder auf nationaler Ebene demokratiedestabilisierende Faktoren in das Zentrum der Untersuchung gestellt werden. Im Folgenden werden überblicksmäßig Transformations- und Diffusionstheorien vorgestellt. Darauf aufbauend werden die für das Forschungsvorhaben verwendeten Theorien detailliert beleuchtet.

Die Mehrheit der Transformationstheorien adressiert die Konditionen für die Errichtung einer stabilen Demokratie. Dennoch sind sie auch hilfreich in der Betrachtung der Reautokratisierungen, da der Ausgangspunkt dieser eine instabile Wahldemokratie ist. Treffen die generalisierten Theorien bezüglich der Stabilisierung von Demokratien zu, sollte das Ausbleiben der entsprechenden Bedingungen eine instabile Demokratie und möglicherweise Reautokratisierungen zu Folge haben.

3.1 Transformations- und Diffusionstheorien

Die Grundbausteine der Betrachtung von Systemwechseln werden in transformationstheoretischen Ansätzen gelegt. Kollmorgen und Merkel zählen 28 verschiedene Erklärungsansätze der Transformationstheorien¹⁰⁹. In der deutschen Wissenschaft ist eine Einteilung dieser in vier Gruppen üblich. Unterschieden werden System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien.¹¹⁰

Systemtheorien stellen den ältesten Ansatz der modernen Transformationsforschung dar und hatten ihren Höhepunkt in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Basierend auf den systemtheoretischen Arbeiten von Luhmann und Parsons wurde funktionale Differenzierung als eine Voraussetzung der Stabilität politischer Systeme betrachtet:

„Wird die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme blockiert und verhindert, führt dies längerfristig zu Effizienz- und Legitimationskrisen, die die Stabilität solcher Systeme untergraben. Wird die funktionale Differenzierung hingegen von den autokratischen Herrschaftseliten zugelassen oder gar gefördert, ergeben sich daraus aber ebenso systemdestabilisierende Entwicklungen.“¹¹¹

¹⁰⁹ Vgl. Kollmorgen und Merkel 2015: 210.

¹¹⁰ In der englischen Wissenschaft wird diese Unterscheidung eher auf statische und interaktive Theorien reduziert. Die statischen Theorien betrachten die Struktur, beispielsweise die institutionellen Arrangements und formulieren Bedingungen für die Herstellung und den Erhalt der Demokratie und entsprechen so in etwa den Struktur- und Systemtheorien. Demgegenüber beziehen sich die interaktiven Theorieansätze auf Akteure, beispielsweise die Handlungsweisen der Herrschaftseliten und entsprechen so in etwa den Akteurs- und Kulturtheorien. Vgl. Aleman und Yang 2011: 2; Huntington 1996.

¹¹¹ Vgl. Merkel und Thiery 2010: 189.

Hierbei werden sozioökonomische Funktionsvoraussetzungen auf der makrogesellschaftlichen Ebene fokussiert. Vermutet wird ein Zusammenhang zwischen der Stabilität der Demokratie und Marktwirtschaft, Wirtschaftsleistung sowie Zugang zur Bildung und Aufstiegschancen. Als Hauptvertreter gilt Lipset.¹¹²

Auf Basis der Marx'schen Konflikttheorie hat sich in den 1960er und 1970er Jahren ein strukturalistischer Ansatz herausgebildet. Dieser ist auch als Kritik an der deterministischen Sichtweise der Systemtheoretiker zu sehen. Strukturalisten sehen die Bedingungen für Transformationen in der Verteilung der Macht zwischen verschiedenen sozialen Klassen beispielsweise im Zusammenhang mit der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen durch Industrialisierung¹¹³. Kurz gefasst lautet die Grundannahme wie folgt:

„Der Erfolg oder Misserfolg von Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozessen wird als Resultat langfristiger Verschiebungen in den Machtstrukturen einer Gesellschaft angesehen. Entgegen den Annahmen der klassischen soziologischen Modernisierungstheorie wird betont, dass mehrere Pfade zur Modernisierung einer Gesellschaft führen können.“¹¹⁴

Auch die Strukturtheorie ist auf der Makroebene angesiedelt. Allerdings kann durch den erweiterten strukturalistischen Ansatz eine Verbindung zwischen machtpolitischen Veränderungen auf der Mikro- und Mesoebene und demokratieförderlichen oder -schädlichen Auswirkungen auf der Makroebene hergestellt werden.¹¹⁵

In Kulturtheorien liegt der Fokus auf kulturellen und religiösen Bedingungsfaktoren der Stabilität politischer Systeme. Grundlage hierfür sind die Betrachtungen der politischen Kultur von Tocqueville sowie die Sozialkapitalforschung¹¹⁶. Die Grundannahme lautet, dass kulturelle Faktoren beständiger sind als beispielsweise der Grad der Modernisierung oder die Machtverteilung und somit einen stärkeren Einfluss auf Transformationsprozesse haben. Insbesondere in nicht-säkularisierten Gesellschaften wird eine geringere Stabilität der Demokratie erwartet:

„Eine dezidiert nicht säkularisierte religiöse Kultur behindert die Verbreitung demokratiestützender Normen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft. Sie versagt den demokratischen Institutionen die eigenständige Legitimität und belastet deshalb die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.“¹¹⁷

¹¹² Vgl. Kapitel 3.2.1.

¹¹³ Vgl. Brückner 2015: 99.

¹¹⁴ Vgl. Merkel und Thiery 2010: 192.

¹¹⁵ Brückner 2015: 108.

¹¹⁶ Schmidt 2010: 422.

¹¹⁷ Vgl. Merkel und Thiery 2010: 195.

Neben Religion berücksichtigen Kulturtheorien außerdem ethnische Homogenität¹¹⁸ sowie in neueren Ansätzen die Zufriedenheit mit und Unterstützung der Demokratie¹¹⁹. Der Fokus auf demokratieförderliche Werte ist bereits Bestandteil der Systemtheorien. So sieht Lipset eine Verbindung zwischen Grad der Modernisierung und der Entwicklung demokratieförderlicher Werte und Normen. Beispielhaft für kulturtheoretische Argumentationen in der Transformations- und Demokratieforschung ist die Debatte um die Verträglichkeit von Islam und Demokratie.

Während System-, Struktur- und Kulturtheorien vornehmlich auf der makrogesellschaftlichen Ebene angesiedelt sind, suchen Akteurstheorien nach Erklärungsansätzen auf der Mikroebene. Die situationsgebundenen Präferenzen und Handlungsspielräume der politischen Akteure werden für die Stabilität eines politischen Systems als entscheidend angesehen. Der Fokus liegt hierbei auf den politischen Eliten. Zwar wird angenommen, dass Massenbewegungen zu einem bedeutenden politischen Akteur avancieren können, diese bestehen allerdings in den meisten Fällen nur über einen begrenzten Zeitraum.¹²⁰

Diese vier Transformationstheorien beziehen sich überwiegend auf Bedingungsfaktoren auf nationalstaatlicher Ebene. Daneben können entsprechend diffusionstheoretischer Annahmen Auslöser der Transformation auf zwischenstaatlicher und internationaler Ebene vermutet werden. So beschreibt Huntington beispielsweise für die dritte Welle der Demokratisierungen einen Schneeballeffekt in Lateinamerika und in Osteuropa.¹²¹ Diffusion in diesem Sinne meint einen indirekten und eher passiven Prozess, in dem Ideen und Praktiken über Landesgrenzen hinweg Einfluss gewinnen und durch aktiven externen Regimeeinfluss verstärkt werden können:

„Diffusion does not refer to an outcome, but rather to a process by which policy choices are inherently interdependent – that is, a political entity’s choices are influenced by others, and these choices, in turn, influence others.”¹²²

Zu den zu berücksichtigenden Faktoren zählen unter Anderem die Mitgliedschaft und Abhängigkeit von internationalen Organisationen oder geographische Nähe zu demokratischen oder autokratischen Staaten.¹²³ Somit würde beispielsweise die Demokratisierung und Entwicklung demokratischer Werte in einem Land die Chance der Demokratisierung in Nachbarländern steigern. Hierdurch kann ein an Geschwindigkeit zunehmender Prozess einsetzen, wie er von Ash für die Transformationen Mittelosteuropas beschrieben wurde:

¹¹⁸ Schmidt 2010: 421.

¹¹⁹ Schmidt 2010: 423.

¹²⁰ Vgl. Merkel und Thiery 2010: 196.

¹²¹ Vgl. Huntington 1993b: 46.

¹²² Ambrosio 2010: 378.

¹²³ Vgl. Ambrosio 2010: 377ff.

„In Poland it took ten years, in Hungary ten months, East Germany ten weeks: perhaps Czechoslovakia will take ten days.“¹²⁴

Dieser Dominoeffekt gilt allerdings nicht nur für die Streuung von Demokratien, sondern spielt auch eine wichtige Rolle in der externen Autokratieförderung.¹²⁵

3.2 Im Forschungsvorhaben eingesetzte Theorien

Keiner dieser Einzelansätze vermag es, Transformationen vollständig zu erklären. Gegen eine klare Trennung der Theorieansätze spricht außerdem die begrenzte Aussagekraft monokausaler Erklärungsansätze¹²⁶:

„Es gibt nicht das eine wahre Paradigma sozialer Wandlungsforschung. Vielmehr repräsentieren die unterschiedlichen Schulen und Ansätze jeweils legitime und gehaltvolle analytische Perspektiven auf den komplexen Gegenstand, die ihre spezifischen Erklärungsstärken und -schwächen besitzen.“¹²⁷

Daher haben sich verschiedene Standardmodelle in der Untersuchung der Konsolidierung von Demokratien herausgebildet, die zentrale Punkte der Theorien kombinieren.¹²⁸ In der vorliegenden Arbeit wird der Fokus auf nationalstaatlicher Ebene auf die system- und strukturtheoretischen Ansätze gelegt. Die Kombination der Ansätze ist nicht nur mit Blick auf die Steigerung der statistischen Aussagekraft der Ergebnisse sinnvoll, sondern auch aus wissenschaftlicher Sicht legitim, da ihnen die Suche nach den Ursachen für den Erfolg und das Scheitern von Demokratisierungen in verschiedenen sozialen Teilsystemen gemeinsam ist.¹²⁹ Sowohl Demokratie als auch Autokratie werden hier als Steuerungsansätze des komplexen modernen Gesellschaftssystems verstanden. Die Stabilität dessen wird durch die Leistungsfähigkeit verschiedener Teilsysteme beeinflusst. Wenn ein Teilsystem seinen Funktionen nur unzureichend nachkommt, stellt dies eine Beeinträchtigung der Stabilität des Herrschaftssystems dar und somit steigen die Chancen für einen Systemwechsel.

Mit Blick auf das quantitative Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit ist eine Berücksichtigung der Mikroebene nicht realisierbar. In Anbetracht des begrenzten Rahmens der Arbeit werden daher Kultur- und Akteurstheorien nicht einbezogen. Diffusionstheorien werden in den Kontrollvariablen

124 Ash 1990.

125 Vgl. Kästner 2015.

126 Vgl. Merkel und Thiery 2010: 192; Erdmann 2011: 18; Merkel 2010c: 107; Vanhanen 1984: 24.

127 Kollmorgen und Merkel 2015: 207.

128 Vgl. Huntington 1996: 4; Schmidt 2010: 426.

129 Vgl. Merkel 2010c: 67, Schmidt 2010: 426; Huntington 1996: 3, Diskin 2005: 291.

im Rahmen der Überprüfung des Einflusses regionaler Zugehörigkeiten sekundär berücksichtigt.

3.2.1 Modernisierung und Machtdispersion

Die Modernisierungstheorie als eine der Systemtheorien gilt in der Transformationsforschung gleichzeitig als wichtigster und umstrittenster Ansatz.¹³⁰ Die von Lipset formulierte Grundannahme lautet, dass wirtschaftliche Entwicklung zur Errichtung und Stabilisierung von Demokratien führt, da Wohlstand informierte politische Teilhabe entsprechend demokratischer Normen ermöglicht.¹³¹

„From Aristotle down to the present, men have argued that only in a wealthy society in which relatively few citizens lived in real poverty could a situation exist in which the mass of the population could intelligently participate in politics and could develop the self-restraint necessary to avoid succumbing to the appeals of irresponsible demagogues.“¹³²

Aus systemtheoretischer Sicht wurde dieser Zusammenhang auch von Parsons formuliert, welcher annimmt, dass wirtschaftliches Wachstum die Differenzierungsprozesse der Gesellschaft beschleunigt und somit die gesellschaftliche Komplexität steigert.¹³³ Lipset begrenzt seine Annahme nicht allein auf ökonomischen Wohlstand sondern betrachtet diesen als Bedingung für erfolgreiche Demokratisierungen zusammen mit Industrialisierung, Urbanisierung und Bildung. Diese Faktoren fasst er unter der Variable Modernisierung zusammen. Hierbei unterstreicht er, wie wichtig eine ausgewogene Entwicklung der Modernisierungsindikatoren ist. Es reicht nicht aus, wenn einer der Indikatoren sehr hoch entwickelt ist, während die verbleibenden Indikatoren niedrige Werte aufweisen. Vorstellbar wäre beispielsweise eine rasante Urbanisierung ohne die entsprechende Zunahme des Wohlstandes. Urbanisierung würde dann zur Entstehung von Slums führen, welche nicht als förderlich für die Demokratisierung gesehen werden.¹³⁴

Insbesondere der Bildung wird der Effekt zugeschrieben, in der Gesellschaft Normen und Werte zu etablieren, welche der Errichtung und Erhaltung der Demokratie zuträglich sind.¹³⁵ Hinzukommend werden aber auch die Veränderungen der Klassenstruktur durch die Modernisierung berücksichtigt. Hierbei wird der Mittelklasse eine zentrale Rolle als vermittelnde gesellschaftliche Gruppe in Konflikten zugeschrieben:

¹³⁰ Vgl. Kollmorgen 2015: 77, Merkel und Thiery 2010: 190; Przeworski und Limongi 1997: 156.

¹³¹ Hier zeigt sich die Überschneidung mit kulturtheoretischen Ansätzen.

¹³² Lipset 1959: 75“.

¹³³ Vgl. Kern 2007: 31.

¹³⁴ Vgl. Lipset 1959: 80-82.

¹³⁵ Merkel und Thiery 2010: 191.

“Increased wealth is not only related causally to the development of democracy by changing the social conditions of the workers, but it also affects the political role of the middle class through changing the shape of the stratification structure, so that it shifts from elongated pyramid, with a large lower-class base, to a diamond with a growing middle-class. A large middle class plays a mitigating role in moderating conflict since it is able to reward moderate and democratic parties and penalize extremist groups.”¹³⁶

Des Weiteren wird im Rahmen modernisierungstheoretischer Diskurse die Bedeutung der Wachstumsgeschwindigkeit kontrovers diskutiert. Lipset sieht in überhöhten ökonomischen Wachstumsraten eine destabilisierende Kraft für die Demokratie. Das ökonomische Wachstum führt zu einer Unterbrechung der traditionellen Lebensweise. Beim Ausbleiben der Ausbildung demokratischer Normen wird die Gesellschaft hierdurch zugänglich für extremistische Positionen:

“We know that development efforts, projects that disrupt the life styles and the social relationships of people and change levels of expectation, as a result, may make people vulnerable to recruitment by extremist movements, religious or secular.”¹³⁷

Diese Annahme wurde von Przeworski infrage gestellt. In einer empirischen Untersuchung hat er nachgewiesen, dass positives Wachstum mit einer längeren Überlebensdauer von Demokratie korreliert. Wirtschaftliche Krisen hingegen stehen im Zusammenhang mit kürzeren Überlebensdauern der Demokratie.¹³⁸ Demgegenüber finden beispielsweise Casper und Tufis eine negative Korrelation zwischen Wachstum und Demokratie in den nicht-OECD Ländern.¹³⁹

Neben den zentralen sozio-ökonomischen Faktoren betrachtet Lipset außerdem die Effektivität und Legitimität des Regimes. Effektivität beschreibt er als die Problemlösungskompetenz des Systems und somit als eine instrumentelle Dimension. Legitimität entsteht durch Bewertung des Systems als gerechtfertigt, beziehungsweise der Glaube der Gesellschaft daran, dass die Institutionen in Ihrer aktuellen Form keiner Änderung bedürfen. In beiden Dimensionen ist zentral, wie diese Kompetenzen von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Hierbei lautet die Annahme, dass Modernisierung notwendig ist für die Herstellung von Demokratien¹⁴⁰ während Effektivität und Legitimität notwendig sind für deren Erhalt.¹⁴¹

136 Lipset 1959: 83.

137 Lipset 1994: 17.

138 Vgl. Przeworski und Limongi 1997: 167f.

139 Vgl. Casper und Tufis 2003: 203.

140 Demgegenüber steht die Annahme, dass Demokratien auf jedem Modernisierungslevel errichtet werden können, deren Stabilität aber vom Grad der Modernisierung abhängt. Vgl. Przeworski und Limongi 1997: 177; Merkel und Thiery 2010: 192.

141 Vgl. Lipset 1959: 86 f.

Der Zusammenhang zwischen Modernisierung und Demokratisierung konnte in einer Vielzahl von Studien nachgewiesen werden¹⁴². Gleichzeitig ist der Ansatz aber auch weitreichender Kritik ausgesetzt. Dieser betrifft in erster Linie den vermeintlichen Determinismus zwischen Wohlstand und Demokratisierung. Während eine Korrelation zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung zweifelsohne vorliegt, sei diese nicht als Kausalität zu interpretieren.¹⁴³

Der Vorwurf des Determinismus ist besonders mit Blick auf den klassischen modernisierungstheoretischen Ansatz von Lipset nicht haltbar, da er lokale abweichende Fälle erkennt und diese auf potenzielle historische Besonderheiten zurückführt.¹⁴⁴

“Even our most obvious generalizations concerning the beneficent effects of economic development need not work in a particular country. [...] Clearly then, we cannot generalize by a formula. The various factors I have reviewed here do shape the probabilities for democracy, but they do not determine the outcomes.”¹⁴⁵

Als strukturalistische Weiterentwicklung der Modernisierungstheorie wird des Weiteren die Verteilung der Ressourcen betrachtet. Hierbei lautet die Annahme, dass Gleichheit Demokratien begünstigt:

“Democracy [...] is a delicate political arrangement that comes into place under a very special set of circumstances. Have too much inequality and asset specificity and a country is almost certain to be perennially under dictatorship. If by chance democracy is introduced in a country whose levels of inequality and/or asset specificity exceed a certain threshold, the country is likely to experience political unrest and revert back to authoritarianism.”¹⁴⁶

Dies bezieht sich nicht allein auf die Einkommensgleichheit, sondern kann auch auf weitere Indikatoren, angewendet werden, die bereits in der Modernisierungstheorie adressiert wurden, beispielsweise Zugang zur Bildung. Ein einflussreicher Ansatz hierbei ist der Machtdispersionsansatz von Vanhanen.¹⁴⁷ Dieser basiert auf der Grundannahme, dass die Verteilung bestimmter Machtressourcen die Natur des Regimes bedingt und knüpft unter Anderem an die Überlegungen zu der Bedeutung der Klassenstruktur in der Modernisierungstheorie an:

142 Vgl. Przeworski und Limongi 1997: 165, Kollmorgen 2015: 116.

143 Schmidt 2010: 418.

144 Vgl. Lipset 1959: 72.

145 Lipset 1994: 17.

146 Aleman und Yang 2011: 6.

147 Merkel und Thiery 2010: 193; Brückner 2015: 108.

„Democracy will emerge under conditions where power resources have become so widely distributed that no group is any longer able to suppress its competitors or to maintain hegemony.“¹⁴⁸

Machtressourcen meinen nicht den Zugang zu politischer Macht. Vielmehr geht es um die Verteilung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ressourcen, welchen eine machtrelevante Bedeutung zugeschrieben wird.¹⁴⁹ Hinter dieser Überlegung steht die Idee, dass in Gesellschaften, in denen die Machtressourcen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen mehr oder weniger gleich verteilt sind, keine Gruppe in der Lage ist, unterlegene Gruppen zu unterdrücken. Hieraus folgt Stabilität des Regimes.¹⁵⁰ Ungleichheit in der Verteilung dieser Ressourcen erhöht die Wahrscheinlichkeit von Revolutionen und ist somit Systemwechseln allgemein zuträglich. Der Erhalt der Demokratie ist wahrscheinlicher, je weniger die Machtressourcen konzentriert sind, während eine zunehmende Konzentrierung der Machtressourcen die Wahrscheinlichkeit von demokratischer Instabilität steigert.¹⁵¹

3.2.2 Institutionelle Grundvoraussetzungen

Neben den sozio-ökonomischen Grundvoraussetzungen des Modernisierungs- und Machtdispersionsansatzes werden im Folgenden Theorien zur Erklärung der demokratischen Konsolidierung mit Bezug auf die institutionelle Ausgestaltung des politischen Systems berücksichtigt. Diese wurden bereits bei Lipset in Form von Effektivität und Legitimität als zentrale Bedingungen eingeführt. Zur Stabilisierung einer Demokratie werden vom politischen System Inklusivität, Effektivität und Effizienz erwartet.¹⁵² Liegen diese nicht vor, wird eine Reautokratisierung wahrscheinlicher.

Die verfassungsmäßige Ausgestaltung des Regierungssystems¹⁵³ spielt in der Betrachtung der institutionellen Bedingungen eine große Rolle. Eine der zentralen Thesen wurde von Juan Linz formuliert: Sowohl für Demokratisierung als auch für Konsolidierung von Demokratien seien parlamentarische Regierungssysteme erfolgversprechender als präsidentielle. Diese Annahme basiert auf der empirischen Beobachtung, dass Demokratien mehrheitlich parlamentarisch organisiert sind. Linz stützt seine Annahme auf eine Analyse der Nachteile präsidentieller Regierungssysteme.¹⁵⁴

148 Vanhanen 1984: 18.

149 Vgl. Schmidt 2010: 415f; Merkel und Thiery 2010: 193.

150 Vgl. Brückner 2015: 109.

151 Vgl. Acemoglu und Robinson 2006: 37.

152 Vgl. Merkel und Thiery 2010: 204.

153 Regierungssystem ist hier klar vom Regimebegriff abzugrenzen. Der Begriff Regime bezieht sich auf den Zugang zur Herrschaft (vgl. Kapitel 2), während Regierungssystem das institutionelle Arrangement der Gewaltenteilung innerhalb der Regierung meint (Vgl. Hartmann 2015: 30).

154 Vgl. Linz 1990: 51.

Als grundlegendes Problem wird hierbei die duale Machtlegitimation betrachtet. Da sowohl Parlament als auch Präsident vom Volk gewählt werden, liegt eine duale demokratische Legitimation vor. Diese ermöglicht eine Machtkonkurrenz zwischen Präsidenten und Parlament. Insbesondere wenn der Präsident und die parlamentarische Mehrheit verschiedenen politischen Lagern angehören, können Systemkrisen eintreten. Diese führen zu Einbußen im Bereich der Effizienz und Effektivität. Außerdem ist die feste Regierungszeit des Präsidenten ein Problem für die Effizienz, da der Wahlzeitpunkt zu einer strategischen politischen Kenngröße wird. Unangenehme politische Entscheidungen werden nicht vor Wahlen getroffen. Somit wird der politische Prozess inflexibel. Durch das exklusive Wahlsystem ist hinzukommend eine Einschränkung der politischen Inklusion systeminhärent. Präsidentschaftswahlen sind üblicherweise ein Nullsummenspiel, in dem der Verlierer der Wahl aus der Politik ausgeschlossen wird.¹⁵⁵

Ähnlich wie in der Modernisierungstheorie sind auch hier abweichende Fälle vorstellbar. So liegt in den Vereinigten Staaten beispielsweise ein präsidentielles System vor. Dennoch ist die Demokratie bisher stabil.¹⁵⁶ Während in der Modernisierungstheorie die abweichenden Fälle auf Grund historischer Besonderheiten erklärt wurden, bezieht sich Linz auf die Charakteristika der politischen Amtsinhaber:

„Heavy reliance on the personal qualities of a political leader-on the virtue of a statesman, if you will – is a risky course, for one never knows if such a man can be found to fill the presidential office. But while no presidential constitution can guarantee a Washington, a Juarez, or a Lincoln, no parliamentary regime can guarantee an Adenauer or a Churchill either.“¹⁵⁷

Hinzukommend ist die verfassungsmäßige Ausgestaltung des Regierungssystems allein nicht aussagekräftig. So bedarf es beispielsweise in einem parlamentarischen System stabiler Parteien und parlamentarischer Fraktionen:

„Eine parlamentarische Regierung, die zum Spielball fragiler parlamentarischer Mehrheiten würde, ginge auf Kosten der politischen Stabilität. Ohne den Rückhalt der parlamentarischen Mehrheit könnte sie nicht mehr effektiv regieren.“¹⁵⁸

Zunächst betrachtet Linz nur parlamentarische und präsidentielle Systeme, während Semipräsidentialismus unbeachtet bleibt. In weiterführenden Untersuchungen wurde argumentiert, dass

¹⁵⁵ Vgl. Linz 1990: 53ff.

¹⁵⁶ Vgl. Linz 1990: 68.

¹⁵⁷ Linz 1990: 69.

¹⁵⁸ Hartmann 2015: 46.

auch semipräsidentielle Systeme Instabilität bedingen.¹⁵⁹

In jüngster Zeit gewinnen sogenannte *Governance*-Ansätze zunehmend Einfluss.¹⁶⁰ Governance meint die Regierungsmethode und bezieht sich beispielsweise auf Rechtsstaatlichkeit und Korruption¹⁶¹. Als *Good Governance* wird eine effiziente und effektive Regierungsmethode verstanden, welche bereits in den modernisierungstheoretischen Ansätzen thematisiert wurden. Nur durch gute Governancелеistung können die Effekte von Modernisierung und Wachstum auch eine positive Wirkung auf Regime haben. Es wird eine Interdependenz von Modernisierung und guter Governancелеistung vermutet:

„Without significant improvements in governance, economic growth will not take off or be sustainable. Without legal and political institutions to control corruption, punish cheating, and ensure a level economic and political playing field, pro-growth policies will be ineffective and their economic benefits will be overshadowed or erased“¹⁶²

Werden zentrale Grundsätze des Rechtsstaates durch politische Akteure verletzt, beispielsweise durch Korruption, sinkt die Effizienz und Effektivität des politischen Systems.¹⁶³ Ausbleibende Verbesserung der Governance in jungen Demokratien führen zu Unzufriedenheit mit dem neuen Regime und steigern somit die Chance der Reautokratisierung.¹⁶⁴

Governance als Regierungsmethode bezeichnet somit ein Ergebnis des Regimes und würde in der liberalen Lesart als Bedingung der Demokratie gelten. Somit läge hier ein Zirkelschluss vor. Betrachtet man allerdings reine Wahldemokratien, ist die Methode der Regierungsführung nicht relevant, solange die entsprechenden Wahlmechanismen eingehalten werden.

159 Vgl. Merkel und Thiery 2010: 204.

160 Vgl. Merkel & Thiery, 2010: 204; Merkel, 1998: 48.

161 Vgl. Hartmann 2015: 143.

162 Diamond 2008:42.

163 Vgl. Lauth und Wagner 2006:28, 36.

164 Vgl. Diamond 2008: 37.

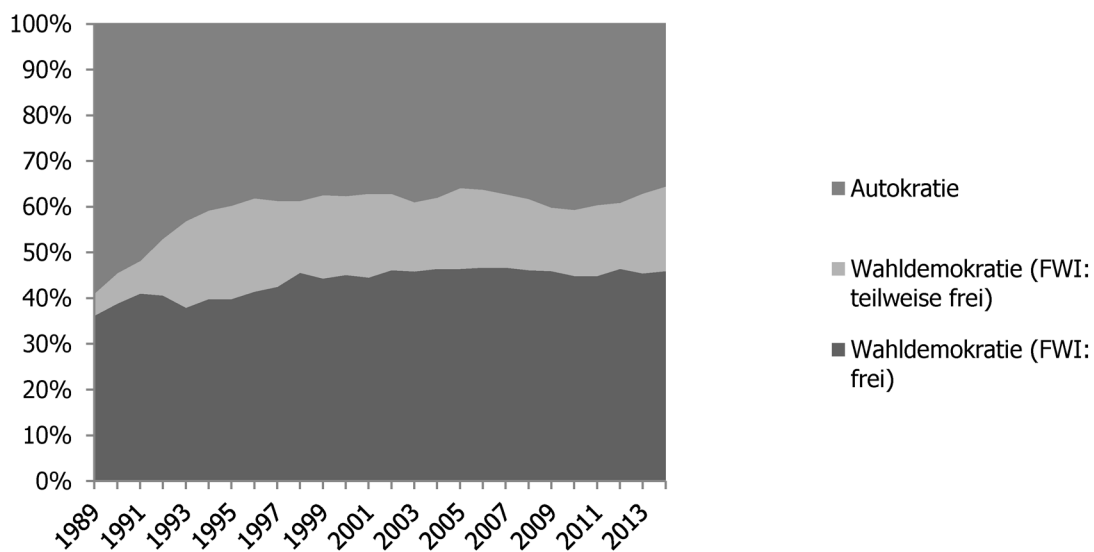
4. Methodische Konzeptualisierung

Auf Basis der Konzeptspezifikation von Reautokratisierungen sowie den theoretischen Vorüberlegungen zu den Bedingungen von Systemwechseln werden im Folgenden die Operationalisierung der Variablen sowie die Untersuchungsmethode vorgestellt.

4.1 Abhängige Variable: Reautokratisierung

In der vorliegenden Arbeit werden Reautokratisierungen als abhängige Variable (AV) anhand der Liste elektoraler Demokratien (LED) von Freedom House gemessen. Diese ist nicht zu verwechseln mit dem FWI, basiert aber auf dem gleichen Datensatz mit einigen Einschränkungen. Die seit 1989 geführte Liste gibt in einer binären Codierung Auskunft darüber, ob ein Staat als Wahldemokratie gilt. Zentral in der Messung ist der elektorale Prozess, welcher als Teil der Dimension der politischen Rechte des FWI gemessen wird. Berücksichtigt wird, ob sowohl die Exekutive als auch die Legislative in freien Wahlen gewählt werden und ob die Wahlmechanismen als fair eingestuft werden.¹⁶⁵

Abbildung 2: Wahldemokratien von 1989 bis 2014



Quelle: Freedom House 2015a; 2015b (eigene Darstellung)

Der Datensatz enthält Informationen für 2.989 Länderjahre¹⁶⁶, wovon etwa 74 % als Wahldemokratie markiert werden. Mit Blick auf die dargestellte Kritik am Konzept der Wahldemokratie muss berücksichtigt werden, dass im Abgleich mit dem FWI zwar die Mehrheit der Wahldemokratien

¹⁶⁵ Eine genaue Aufschlüsselung der messrelevanten Indikatoren bietet der Methodenbericht. Vgl. Freedom House 2014: 3.

¹⁶⁶ Enthalten sind Daten für die Jahre 1989 bis 2014 in bis zu 194 Ländern. Ein Länderjahr meint die Angabe eines Wertes für ein Land in einem Jahr.

gleichzeitig als frei bewertet werden. Etwa 25 % werden aber nur als teilweise frei markiert. Diese können somit nicht als liberale Demokratie gelten (siehe Abbildung 2).

Zur Messung von Reautokratisierungen wird die LED in eine binäre Variable mit der folgenden Codierung transformiert:

0 = keine Reautokratisierung

1 = Reautokratisierung

Hierbei werden die in der Konzeptspezifikation formulierten Bedingungen berücksichtigt. Ausgangspunkt von Reautokratisierungen sind Wahldemokratien, welche mindestens drei Jahre bestanden. Eine Reautokratisierung (AV=1) wird für das erste Länderjahr nach dem Verlust der Wahldemokratie (AV=0) gemessen. Autokratische Länderjahre werden nicht berücksichtigt, da in diesen Jahren Reautokratisierungen nicht möglich sind.¹⁶⁷

4.2 Unabhängige Variablen

Auf Basis der vorgestellten Theorien werden die Zusammenhänge mit fünf unabhängigen Variablen überprüft. Die Variablen werden in zwei Dimensionen unterteilt. Die sozio-ökonomische Dimension beinhaltet den Modernisierungsgrad, Wachstumsraten sowie die Verteilung des Einkommens. Die politisch-institutionelle Dimension bezieht sich auf das Arrangement der politischen Institutionen und deren Effektivität und Effizienz.

4.2.1 Sozio-ökonomische Dimension

In die sozio-ökonomische Dimension fällt als unabhängige Variable der Grad der Modernisierung (UV₁). Dieser wird anhand des *Human Development Indexes* (HDI) gemessen. Der von den Vereinten Nationen erhobene HDI setzt sich aus den Komponenten Lebenserwartung, Bildungsniveau und pro-Kopf Bruttoinlandsprodukt zusammen und kann metrische Werte zwischen 0 und 100 annehmen, wobei 100 einem sehr hohen Entwicklungsgrad entspricht.¹⁶⁸ Es wird eine positive Kor-

¹⁶⁷ Zur Population werden nur Fälle gezählt, in denen tatsächlich eine Reautokratisierung stattfinden könnte. Autokratische Länderjahre werden in der AV als *missing values* codiert. Details diesbezüglich werden in Kapitel 4.3.2. beschrieben.

¹⁶⁸ Üblicherweise wird der HDI im Wertebereich {0;1} mit drei Nachkommastellen angegeben. Da in logistischen Regressionsanalysen allerdings die Veränderung der unabhängigen Variablen um eine Einheit eine zentrale Größe in der Interpretation der Ergebnisse ist (vgl. Kapitel 4.3.1), wird der HDI hier durch die Multiplikation der Werte um 100 auf Wertebereich {0;100} normiert, um so dessen Veränderungsmöglichkeiten feinteiliger abzubilden. Da in den Ausgangsdaten der HDI auf 15 Nachkommastellen genau angegeben wurde, stellt diese Transformation keinen Datenverlust dar.

relation mit Reautokratisierungen vermutet:

Hypothese H₁: Je höher der Grad der Modernisierung, desto niedriger ist die Wahrscheinlichkeit der Reautokratisierung.

Des Weiteren werden die wirtschaftlichen Wachstumsraten (UV₂) berücksichtigt. Die Theorien und empirische Untersuchungsergebnisse bezüglich der Bedeutung von wirtschaftlichen Krisenzeiten und überhöhten Wachstumsraten kommen zu widersprüchlichen Ergebnissen. In der vorliegenden Arbeit wird angenommen, dass sowohl außergewöhnlich hohes Wirtschaftswachstum als auch wirtschaftliche Krisenzeiten Reautokratisierungen begünstigen.

Extremes Wirtschaftswachstum stellt zwar in den meisten Fällen eine Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen dar. Booms führen aber gleichzeitig zu einem abrupten Bruch mit der üblichen Lebensweise. Lipset vermutete eine funktionale Interdependenz der Modernisierungsfaktoren.¹⁶⁹ Dementsprechend sind koordinierte Veränderungen der Modernisierungsfaktoren gemeinsam notwendig. Hier wird also überprüft, ob sich einer der Modernisierungsfaktoren überdurchschnittlich schnell entwickelt und somit im Vergleich zu den verbleibenden Faktoren einen zu großen Vorsprung entwickelt. Ebenso haben wirtschaftliche Krisen ein systemdestabilisierendes Potenzial, da die hierdurch verschlechterten Lebensbedingungen zu einer allgemeinen Unzufriedenheit führen. Krise bezieht sich nicht nur auf negatives Wachstum, sondern auch auf Stagnation beziehungsweise unterdurchschnittliche Wachstumsraten.

Es wird also ein u-förmiger Zusammenhang vermutet. Sowohl Wirtschaftsbooms als auch Krisen begünstigen Reautokratisierungen. Um diesen vermuteten Zusammenhang mathematisch darzustellen, bedarf es einer Transformation der Ausgangsdaten.

Die Ausgangsdaten für die Variable sind das jährliche pro-Kopf Bruttoinlandsprodukt (BIP) angegeben in US-Dollar.¹⁷⁰ Hieraus wird zur Sichtbarmachung der Wachstumsraten die relative Veränderung des BIP über einen Zeitraum von fünf Jahren berechnet. Da die Wahrnehmung von wirtschaftlichen Krisen nicht nur bei negativem Wachstum eintritt, sondern auch bei unterdurchschnittlichem oder sehr niedrigem Wachstum, werden diese Werte zentriert.

Für die Zentrierung wird zunächst für jedes Land der Mittelwert der Wachstumsraten über den Untersuchungszeitraum bestimmt. Im folgenden Schritt wird für jedes Länderjahr der Mittelwert des entsprechenden Landes von der aktuellen Wachstumsrate subtrahiert. Hierdurch wird der ursprüngliche Mittelwert zum neuen Nullpunkt der Variable. Es kann nun für jedes Länderjahr angegeben werden, ob die Wachstumsraten in diesem Jahr über- oder unterdurchschnittlich für die-

¹⁶⁹ Vgl. Lipset 1994: 81ff.

¹⁷⁰ Vgl. World Bank 2014a.

ses Land ausgefallen sind. Um den Einfluss von Ausreißern in den Daten zu minimieren wird der Median zur Berechnung der Mittelwerte herangezogen.

Entsprechend der Annahme, dass starke Ausbrüche der Wachstumsraten in beide Richtungen ein systemdestabilisierendes Potenzial haben, wird der Betrag der zentrierten Variable betrachtet. Hierdurch wird nicht mehr nach Krise oder Hochkonjunktur unterschieden, sondern Abweichung vom durchschnittlichen Wachstum dargestellt. Nun kann der ursprüngliche u-förmige Zusammenhang linear abgebildet werden: Je höher die Variable ausfällt, desto stärker weichen die Wachstumsraten von den durchschnittlichen Wachstumsraten ab und es liegt eine Rezession oder Hochkonjunktur vor.¹⁷¹

Hypothese H₂: Je stärker die wirtschaftlichen Wachstumsraten von den mittleren landesspezifischen Wachstumsraten abweichen, desto wahrscheinlicher sind Reautokratisierungen.

Entsprechend des Machtdispersionsansatzes wird außerdem die Einkommensverteilung (UV₃) berücksichtigt. Hierfür wird der GINI-Koeffizient als Indikator herangezogen. Dieser kann Werte zwischen 0 (absolute Diffusion des Einkommens) und 100 (absolute Konzentration des Einkommens) annehmen. Die Einkommensverteilung bildet allerdings nur einen Teil der von Vanhanen vorgeschlagenen Indikatoren¹⁷² für die Dispersion der Machtressourcen ab, daher kann diese Variable nicht generell als Machtdispersion bezeichnet werden: Berücksichtigt wird nur die Verteilung der Macht auf Basis der Verteilung des Einkommens.

Hypothese H₃: Je höher die Konzentration des Einkommens, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Reautokratisierung.

4.2.2 Stabilitätsdimension

Mit Blick auf die Theorien bezüglich des Zusammenhanges zwischen institutioneller Ausgestaltung des Regierungssystems und Stabilität des Regimes wird hier der Typ des Regierungssystems (UV₄) berücksichtigt. Da es sich hierbei um eine kategoriale Variable handelt, die nicht anhand einer

¹⁷¹ Die volle Bezeichnung der Variable UV₂ lautet Abweichung der Fünfjahreswachstumsraten des BIP pro Kopf von den mittleren landesspezifischen Wachstumsraten. Zu Gunsten der Übersichtlichkeit und des Leseflusses wird in den Tabellen UV₂ als „Wachstumsraten (Betrag, zentriert)“ bezeichnet. In der Problembetrachtung wird zur Überprüfung des u-förmigen Zusammenhangs auf den Betrag verzichtet um den Unterschied zwischen Krisen und Booms darzustellen. Diese Betrachtungen werden durch die Bezeichnung „Wachstumsraten (zentriert)“ kenntlich gemacht.

¹⁷² In der vorliegenden Arbeit der von Vanhanen erstellte Index der Machtressourcen nicht verwendet werden, da dieser nur für das Jahr 2007 vorliegt und im Rahmen dieses Forschungsvorhabens nicht für den gesamten Untersuchungszeitraum berechnet werden kann.

Skala dargestellt werden kann, müssen zur Berücksichtigung Dummy-Variablen¹⁷³ erstellt werden. Einbezogen werden semipräsidentielle und präsidentielle Regierungssysteme. Parlamentarische Regierungssysteme dienen hierbei als Referenzkategorie. Aufgrund des kategorialen Skalenniveaus der Variable muss die Hypothese als Wahrscheinlichkeitsverhältnis für die einzelnen Kategorien formuliert werden:

Hypothese H₄: In parlamentarischen Regierungssystemen ist eine Reautokratisierung unwahrscheinlicher als in präsidentiellen und semi-präsidentiellen Regierungssystemen.

Aufbauend auf dem vorgestellten Governance-Ansatz wird außerdem der *Worldwide Governance Indicator* (WGI) einbezogen. Der WGI misst Komponenten der Governance in den sechs Dimensionen Rechtsstaatlichkeit, Mitspracherecht und Verantwortlichkeit, politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt, Kontrolle der Korruption, Regierungseffektivität und Regierungsqualität. Zur Untersuchung von Reautokratisierungen werden aufgrund konzeptioneller Bedenken allerdings nur drei der Dimensionen berücksichtigt. Sowohl politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt als auch Mitspracherecht der Bevölkerung beziehen sich auf die Auswahl und Überprüfung der Regierenden.¹⁷⁴ Die Berücksichtigung dieser Dimensionen würde eine zirkuläre Argumentation bedingen, da Reautokratisierungen auf Basis der Wahldemokratie operationalisiert werden. Wahldemokratien beziehen sich in Hinblick auf das Prinzip der *Contestation* auf die Auswahl der Regierenden. Außerdem wird auf die Dimension der Rechtsstaatlichkeit verzichtet, da ein Mindestmaß an Einhaltung verfassungsmäßiger Prinzipien entscheidend ist in der Durchführung von Wahlen.

Einbezogen werden also die drei verbleibenden Dimensionen des WGI, Kontrolle der Korruption, Regierungseffektivität und Regierungsqualität. Diese weisen untereinander ein hohes Maß der Korrelation auf, wie in Anhang 2 grafisch dargestellt wird. Um Multikollinearität¹⁷⁵ zu vermeiden, werden daher diese Dimensionen zur Variable wahrgenommene Governance-Leistung (UV₅) aggregiert.¹⁷⁶ Diese wird als der Mittelwert der drei WGI-Dimensionen operationalisiert und kann Werte zwischen -2,5 (schlechte Governance-Leistung) und 2,5 (gute Governance-Leistung) annehmen.

173 Dummy-Variablen (auch Stellvertretervariablen) werden genutzt, um mehrstufig kategoriale Variablen auf mehrere binär codierte Einzelvariablen abzubilden. So kann beispielsweise Geschlecht in statistischen Analysen nicht in einer Variable angezeigt werden, da zwischen den Kategorien männlich und weiblich keine numerische Hierarchie besteht. Daher werden zu Auswertungszwecken zwei Dummy-Variablen erstellen: männlich und weiblich.

174 Vgl. Kaufmann et al. 2011: 3.

175 Multikollinearität tritt auf, wenn die Voraussetzung der Unabhängigkeit der erklärenden Variablen untereinander verletzt wird. Insbesondere in Regressionsanalysen (Details zur Methode werden in Kapitel 4.3 erläutert) stellt dies eine Gefahr dar, da die Modellschätzungen sehr instabil werden und die Koeffizienten im Grunde genommen nicht interpretiert werden können. Vgl. Mayerl und Urban 2010:28.

176 Die neu generierte Variable Governanceleistung weist eine hohe Korrelation (zwischen 0,9623 und 0,9881) mit den Ausgangskoeffizienten auf. Hierdurch wird bestätigt, dass diese Form der Indexbildung legitim ist und der Datenverlust gering sein sollte, während die Fehlerwahrscheinlichkeit in der statistischen Auswertung verringert wurde.

Ähnlich wie die Regimetypen ist auch die Mehrheit der Indikatoren des WGI sozial konstruiert. Daher werden im WGI ausschließlich Daten zur Wahrnehmung dieser Dimensionen genutzt. In vielen Bereichen der Governance ist es abseits der Wahrnehmung nicht möglich, Daten zur Darstellung der politischen Realität zu gewinnen. Zwar kann die rechtliche und institutionelle Ausgestaltung gemessen werden, diese hat aber nur einen begrenzten Realitätsbezug zur Governance. Ferner wird angenommen, dass Wahrnehmungen zwar subjektiv, aber gleichzeitig auch handlungsbestimmend für die Akteure sind.¹⁷⁷ Es wird eine negative Korrelation zwischen Governance-Leistung und Wahrscheinlichkeit des Eintritts einer Reautokratisierung vermutet:

*Hypothese H₅: Je höher die wahrgenommene Governance-Leistung, desto unwahrscheinlicher sind Reautokratisierungen.*¹⁷⁸

¹⁷⁷ Vgl. Kaufmann et al. 2011: 17.

¹⁷⁸ Alle Hypothesen werden in Anhang 1 gesammelt aufgelistet.

Tabelle 1: Übersicht der Operationalisierung der Unabhängigen Variablen

Variable	Indikator (Quelle) ⁱ	Wertebereich	Vermutete Korrelation
<i>Sozio-Ökonomische Dimension</i>			
UV₁: Grad der Modernisierung	HDI (UNDP 2014)	{0;100} ⁱⁱ 0 – keine menschliche Entwicklung 1 – sehr hohe menschliche Entwicklung	negativ
UV₂: Wachstumsraten (Betrag zentriert)	zentrierter Betrag der prozentualen Wachstumsraten (5 Jahre) des BIP pro Kopf (World Bank 2014a, eigene Berechnungen)	{0;251,2}	positiv
UV₃: Einkommensverteilung	GINI (World Bank 2013)	{0;100} ⁱⁱⁱ 0 – maximale Diffusion 100 – maximale Konzentration	positiv
<i>Politisch-Institutionelle Dimension</i>			
UV₄: Typ des Regierungssystem	Präsidentialismus [Dummy] Semipräsidentialismus [Dummy] (Cheibub et al. 2010)	0 – kein Präsidentialismus 1 – Präsidentialismus 0 – kein Semipräsidential. 1 – Semipräsidentialismus Referenz: Parlamentarismus	negativ
Governance-Leistung	Index der WGI-Dimensionen: -Kontrolle der Korruption -Regierungsqualität -Regierungseffektivität (World Bank 2014b)	{-2,5; 2,5} ^{iv} -2,5 – schlecht 2,5 – gut	negativ
ⁱ Angegeben wird jeweils die Hauptquelle. In Einzelfällen mussten gesonderte Quellen verwendet werden. ⁱⁱ Es handelt sich hierbei um den mathematisch möglichen Wertebereich. In der Realität liegt der Wertebereich des HDI für im Untersuchungszeitraum bei {24,30; 94,4}. ⁱⁱⁱ Es handelt sich hierbei um den mathematisch möglichen Wertebereich. In der Realität liegt der Wertebereich des GINI im Untersuchungszeitraum bei {23,1; 69,8}. ^{iv} Ungefähre Angabe des Wertebereichs durch die Herausgeber des Datensatzes. In Realität liegen die Daten im Wertebereich {-1,66; 2,27}.			

4.3 Untersuchungsmethode

Die aufgestellten Hypothesen werden in einer quantitativen Regressionsanalyse für den Zeitraum von 1996 bis 2013 in 1.382 Länderjahren getestet. Im Folgenden werden die Methode der Regressionsanalyse sowie die Untersuchungseinheiten vorgestellt. Die Seltenheit von Reautokratisierungen hat schwerwiegende Implikationen für die Anwendung der Methode. Daher werden Besonderheiten der logistischen Regressionsanalyse für seltene Ereignisse gesondert betrachtet.

4.3.1 Binär-logistische Regressionsanalyse

Die Regressionsanalyse ermöglicht es, den statistischen Zusammenhang zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen mathematisch zu bestimmen. Anhand computergesteuerter Datenanalyseprogramme können so auch umfangreiche quantitative Daten erfasst und Zusammenhänge untersucht werden.

Aufgrund der binären Verteilung der abhängigen Variable muss eine binär-logistische Regression durchgeführt werden. Hierbei handelt es sich um eine besondere Art der linearen Regressionsanalyse. Logistische Regressionen ermöglichen die Schätzung der (logarithmierten) Chance für das Eintreten eines Ereignisses ($AV=1$) auf Basis der Einflussstärke verschiedener Bestimmungsgründe (UVen).¹⁷⁹

Die Interpretation der Parameter einer logistischen Regression stellt sich schwieriger dar als für lineare Regressionsanalysen. Daher werden die jeweiligen Parameter und deren Interpretation hier kurz vorgestellt.

In logistischen Regressionsanalysen wird eine Konstante a berechnet. Diese gibt die logarithmierte Chance für das Eintreten des Ereignisses ($AV=1$) an, wenn alle UVen bei 0 liegen.¹⁸⁰ Da in der vorliegenden Arbeit nicht alle Variablen den Wert null in den empirischen Daten erreichen, wären eine Interpretation dieses Parameters und dessen Transformationen unzweckmäßig. Aus diesem Grund werden für UV_1 und UV_3 die Daten verschoben, sodass der niedrigste beobachtete Wert null ist. Durch diese Verschiebung kommt es zu keiner Veränderung der Verteilung selbst. Hierdurch gibt die Konstante nun die logarithmierte Chance für den Eintritt einer Reautokratisierung für den Fall an, dass UV_2 , UV_4 und UV_5 null sind und UV_1 und UV_3 den niedrigsten beobachteten Wert annehmen (höchste beobachtete Gleichverteilung des Einkommens und niedrigster Modernisierungs-

¹⁷⁹ Vgl. Diekmann 2009: 740. Eine einführenden Betrachtung der Methode der Regressionsanalyse bieten Mayerl und Urban 2010. Weiterführende Informationen zu den zugrundeliegenden Theorien und Formel bieten Tabachnick und Fidell 2007: 195-242. Beide sind hier die Grundlage der Darstellung der Methode.

¹⁸⁰ Vgl. Mayerl und Urban 2010: 10.

grad). Da sich die Interpretation der logarithmierten Chance schwierig gestaltet, wird des Weiteren die Chance *odds* betrachtet. Die Chance gibt den Quotienten der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit für den Eintritt des untersuchten Ereignisses zu dessen Ausbleiben an. Hierbei handelt es sich um den Antilogarithmus der Konstante a .¹⁸¹ Für das Verhältnis der Konstante zur Chance sind in Tabelle 2 drei Beispiele aufgeführt. So zeigt in Beispiel A die Konstante durch das negative Vorzeichen an, dass die Chance für den Eintritt geringer ist als für das Ausbleiben des untersuchten Ereignisses. Bei gleichen Chancen ist die Konstante 0 (Beispiel B).

Tabelle 2: Beispiele der Konstante a und der transformierten Chancen

	Konstante a	Odds e^a	Chance
Beispiel A	-0,69	0,5	1:2
Beispiel B	0,00	1,0	1:1
Beispiel C	0,69	2,0	2:1
Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Mayerl und Urban 2010: 18.			

Für jede UV wird ein Korrelationskoeffizient b bestimmt. Hierbei handelt es sich um einen additiven Einheitseffekt: Mit jeder Veränderung der entsprechenden UV um eine Einheit verändert sich die logarithmierte Chance des Eintritts des Ereignisses um den entsprechenden Koeffizienten. Üblicherweise wird der Korrelationskoeffizient lediglich genutzt, um die Richtung des Zusammenhangs entsprechend des Vorzeichens zu bestimmen. Empirisch besser interpretierbar sind die Effektkoeffizienten *odds ratio* der unabhängigen Variablen. Die Effektkoeffizienten können für jede unabhängige Variable anhand einer Exponenzierung des Korrelationskoeffizienten b bestimmt werden. Hierbei handelt es sich um einen multiplikativen Einheitseffekt: Durch Multiplikation der Chance der abhängigen Variable und der Effektkoeffizienten der entsprechenden unabhängigen Variable kann die Chance errechnet werden, welche vorliegt, wenn die entsprechende unabhängige Variable um eine Einheit vom Ausgangswert steigt.¹⁸² In Tabelle 3 werden beispielhaft der Zusammenhang zwischen den Korrelationskoeffizienten und den Effektkoeffizienten sowie die Berechnung der Odds in Abhängigkeit der entsprechenden unabhängigen Variable dargestellt. Als Beispiel für die Ausgangschancen der abhängigen Variable wurde Beispiel C aus Tabelle 2 eingesetzt.¹⁸³

¹⁸¹ Vgl. Mayerl und Urban 2010: 17f.; Tabachnick und Fidell 2007: 461f.

¹⁸² Vgl. Tabachnick und Fidell 2007: 461f.; Mayerl und Urban 2010: 17.

¹⁸³ Die Chancen können auch für andere Werte der UV berechnet werden, entsprechend der Formel: $Odds = e^a * e^{b \cdot x}$, wobei x der Wert der entsprechenden UV ist.

Tabelle 3: Beispiele des Zusammenhangs der Korrelationskoeffizienten und der Effektkoeffizienten

	Korrelations- koeffizient b	Effekt- koeffizient e^b	Odds $e^a * e^b$
Beispiel D	1,39	4,00	$4,00 * 2,0 = 8,0 = 8:1$
Beispiel E	0,0	1,00	$1,00 * 2,0 = 2,0 = 2:1$
Beispiel F	-1,39	0,25	$0,25 * 2,0 = 0,5 = 1:2$
Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Mayerl und Urban 2010: 18.			

Hier zeigt sich wiederum, dass die Interpretation der logarithmierten Chance nur für die Vorzeichen sinnvoll ist. Leichter interpretierbar ist die Chance. Es wird deutlich, dass die Ausgangschance 2:1 für Beispiel D vervierfacht wird, während sie für Beispiel F sinkt. Beispiel E verändert die Chance nicht.

Neben der Richtung des Zusammenhangs zwischen abhängiger Variable und unabhängiger Variable ist in der Regel von Interesse, welche Variable einen stärkeren Einfluss auf die abhängige Variable hat. Während die Korrelations- und Effektkoeffizienten zwar eine Veränderung in dem Chancenverhältnis angeben, ist dieses noch immer abhängig vom Umfang des Wertebereiches der unabhängigen Variablen. Daher ist es sinnvoll, hinzukommend die standardisierten Korrelationskoeffizienten β zu betrachten.¹⁸⁴

Während für alle Variablen Koeffizienten geschätzt werden können, müssen nicht alle Effekte statistisch signifikant sein. Der sogenannte p -Wert gibt an, wie wahrscheinlich bei zutreffender Nullhypothese¹⁸⁵ die Varianz der abhängigen Variable beobachtet werden kann. Zur Angabe der p -Werte werden Signifikanzniveaus definiert.¹⁸⁶ Hinzukommend wird die Signifikanz der Regressionsmodelle anhand eines Likelihood-Ratio-Test überprüft.¹⁸⁷ Ein weiteres Gütemaß für das Modell sind die $Pseudo-R^2$ -Koeffizienten. Sie geben an, welcher Anteil der Varianz der abhängigen Variable durch die Berücksichtigung der unabhängigen Variablen erklärt werden kann. Als Referenz dient hierbei die Nullhypothese. Üblicherweise gilt ein Modell als gut ab einem Wert von $R^2=0,2$. Dieser markiert eine Erhöhung der Varianzaufklärung im Vergleich zum Nullmodell um 20 %.¹⁸⁸

¹⁸⁴ Vgl. Stoltzfus 2011: 1110.

¹⁸⁵ Als Nullhypothese wird die Annahme bezeichnet, dass die Varianz der AV durch Zufall entsteht und nicht durch die überprüften unabhängigen Variablen erklärt werden kann. Vgl. Tabachnick und Fidell 2007: 34f.

¹⁸⁶ Angegeben werden die Signifikanzniveaus in den Ergebnissen anhand von Asterisken an den Korrelationskoeffizienten. Hierbei wird die p -Werte folgende gängige Zuordnung gewählt: * - signifikant mit bei maximal 0,05; ** - signifikant bei maximal 0,01; und *** - signifikant bei maximal 0,001.

¹⁸⁷ Hierbei handelt es sich um einen ein χ^2 -Test der G-Werte. Vgl. Mayerl und Urban 2010: 22. Es werden die gleichen Signifikanzniveaus wie für die UV verwendet.

¹⁸⁸ Vgl. Mayerl und Urban 2010: 24.

4.3.2 Population, Fälle und Untersuchungszeitraum

Für die Durchführung der Untersuchung wurde auf Basis frei zugänglicher Datensätze ein maschinenlesbarer Datensatz erstellt. Der Datensatz wurde für eine logistische Regressionsanalyse in der Programmiersprache R unter Anwendung der Open-Source Software R-Studio aufgearbeitet.

Als Fall werden in der vorliegenden Masterarbeit Länderjahre betrachtet. Hierbei ist der Anspruch, so viele Daten wie möglich zu verwenden, da so die Zuverlässigkeit der Regressionsanalyse verbessert werden kann. Trotzdem werden aus konzeptionellen Überlegungen heraus nicht alle Länder und Territorien als Teil der Population betrachtet. Die Chance einer Reautokratisierung zu schätzen ist nur sinnvoll, sofern diese tatsächlich eintreten kann.¹⁸⁹ In Ländern, die während des Untersuchungszeitraumes durchgängig autokratisch waren, können keine Reautokratisierungen auftreten. Sie sind daher nicht Teil der Population (Gruppe A, Anhang 3). Des Weiteren müssen aus methodischen Gründen Länder, deren Einwohnerzahl unter einer Million liegt, aus der Untersuchung ausgeschlossen werden (Gruppe B, Anhang 3). Zwar können hier teilweise Reautokratisierungen auftreten, allerdings liegen die Daten der UVen für diese Länder nur im unzureichenden Maße vor. Insbesondere der GINI-Koeffizient und der WGI weisen hohe Fehlquoten auf. In Regressionsanalysen haben *missing values* den Effekt, dass die Parameter nicht geschätzt werden können und die Fälle aus der Untersuchung fallen würden. Daher werden sie in Hinblick auf den Aufwand der Datensammlung hier *a priori* ausgeschlossen.

Einbezogen wurden alle 102 Länder, die im Untersuchungszeitraum mehr als drei Jahre konsekutiv demokratisch waren (Gruppe C & D, Anhang 3). Neben der Eingrenzung der Untersuchungsregion aufgrund fehlender Daten für kleine Länder werden keine weiteren Eingrenzungen vorgenommen. Trotzdem sind aber nicht für alle Länder in Gruppe C und D im gesamten Untersuchungszeitraum von 1996 bis 2013 durchgehend Länderjahre einbezogen. Dies kann einerseits an einer späteren Demokratisierung oder einer autokratischen Phase liegen. Hinzukommend liegen vereinzelt *missing values* vor. Einen detaillierten Überblick der berücksichtigten Länderjahre der Länder aus Gruppe C und D bietet Anhang 4. Für die 102 Länder werden somit im Zeitraum von 1996 bis 2013 ein Umfang von 1.382 Fälle verzeichnet.

Diese Vorgehensweise erlaubt die Vermutung, dass eine Fallauswahl auf Basis der abhängigen Variable vorgenommen wurde, was in den vergleichenden Politikwissenschaften als ein Tabu gilt.¹⁹⁰ Das ist allerdings nicht der Fall. Zunächst wurde die gesamte Population bestimmt. Aus der Population wurden alle Länderjahre berücksichtigt, für die ausreichend Daten vorliegen. Da aufgrund systematisch fehlender Daten in kleineren Ländern diese komplett ausgeschlossen werden muss-

¹⁸⁹ Vgl. Aleman und Yang 2011: 14; Fromm 2005: 20.

¹⁹⁰ Vgl. Geddes 1990: 133.

ten, wird davon Abstand genommen, diese Untersuchung als eine Totalerhebung zu bezeichnen. Alle antizipierten unabhängigen Variablen weisen Varianz auf. Dies wird grafisch Anhand von Box-plots und Tabellen im Anhang 5 dargestellt.

4.3.3 Logistische Regressionen für seltene Ereignisse

Reautokratisierungen sind seltene Ereignisse. In der Untersuchungsregion wurden sie während des Untersuchungszeitraumes in nur 2,32 % der Länderjahre verzeichnet. Diese Seltenheit erfordert besondere Berücksichtigung bei der Anwendung der logistischen Regression und der Gestaltung der Regressionsmodelle.

Üblicherweise gilt die Faustregel, dass pro unabhängiger Variable mindestens zehn Fälle in der kleineren Kategorie der abhängigen Variable vorhanden sein sollten. Wird diese Regel missachtet, besteht die Gefahr der sogenannten Überanpassung¹⁹¹. Dies hat zur Folge, dass durch die Hinzunahme weiterer Variablen die Modellgüte scheinbar erhöht wird, die Variablen selbst aber nicht signifikant sind.¹⁹² Hinzukommend werden durch Überanpassung die Modelle instabil. Im Hinblick auf die Verteilung der Fälle in der abhängigen Variable sollten also hier nicht mehr als drei Variablen gleichzeitig überprüft werden. Da insgesamt fünf Variablen¹⁹³ für den Test vorgesehen sind, wird hier ein schrittweises Verfahren angewendet. Zunächst werden separate Regressionsanalysen für die Modelle durchgeführt. Im jeweils ersten Modell werden alle Variablen berücksichtigt. Durch die Methode der rückläufigen Eliminierung¹⁹⁴ werden dann insignifikante Variablen ausgeschlossen. Im Endmodell werden die signifikanten Variablen des sozio-ökonomischen Modells und des politisch-institutionellen Modells zusammengeführt.

Die Effekte der Seltenheit des Ereignisses für die Parameterschätzung in logistischen Regressionen sind umstritten. King und Zeng argumentieren, dass die Seltenheit zur Folge hat, dass der Eintritt des Ereignisses durch die logistische Regressionsanalyse tendenziell unterschätzt wird.¹⁹⁵ Sie schlagen daher eine auf die Seltenheit der Fälle angepasste Stichprobenziehung vor. Im *undersampling* wird in der Untersuchung eine Fallauswahl abweichend von der Population getroffen: Es werden alle AV=1 berücksichtigt und nur ein Teil der AV=0 wird durch Zufall gezogen. Demgegenüber werden im *oversampling* alle Fälle der Population berücksichtigt. Allerdings wird durch

191 Teilweise wird hierfür auch der englische Begriff *overfitting* verwendet. Bezeichnet werden damit Regressionsmodelle, die durch einen niedrigen Verhältniswert von Fällen der kleineren Kategorie der AV zu der Zahl der im Modell aufgenommenen UVen die Schätzungen auf den Datensatz anpassen. Hierdurch werden die Gütemaße scheinbar verbessert, die Ergebnisse sind aber kaum für die Grundgesamtheit anwendbar. Vgl. Stoltzfus 2011: 1101; Tabachnick und Fidell 2007: 442.

192 Vgl. Stoltzfus 2011: 1102.

193 Betrachtet man die Dummies für Typ des Regierungssystem als Einzelvariablen sind es sechs.

194 *Backwards Elimination*. Vgl. Stoltzfus 2011: 1102.

195 Vgl. King und Zeng 2001: 138.

eine Zufallsziehung aus dem Pool der AV=1 die Zahl der Ereignisse künstlich erhöht.¹⁹⁶ Beide Herangehensweisen haben zur Folge, dass die berechnete Konstante der Regressionsanalyse nicht interpretierbar ist. Da hier bereits alle für die Population vorhandenen Daten gesammelt wurden, ist ein *undersampling* nicht sinnvoll, da trotz der Seltenheit des Ereignisses noch immer gilt, dass umfangreichere Daten bessere Ergebnisse bewirken. Diese Methode ist also dann sinnvoll, wenn die Daten noch nicht vorliegen und somit die Kosten der Erhebung gesenkt werden können. Beide Methoden nehmen eine Stichprobenziehung auf Basis der Streuung der abhängigen Variable vor, was vermieden werden sollte.¹⁹⁷

Für die Auswertung der vorliegenden Arbeit wurden sowohl eine klassische logistische Regressionsanalyse als auch *oversampling*¹⁹⁸ getestet. Die Ergebnisse des *oversamplings* zeigten kaum signifikante Unterschiede zu der klassischen logistischen Regressionsanalyse. Im Hinblick auf die mangelhafte Interpretierbarkeit der Konstanten im *oversampling* und die Bedenken bezüglich der Stichprobenziehung auf Basis der AV wird trotz der Seltenheit des Ereignisses diese Methode nicht weiter verfolgt.

¹⁹⁶ Vgl. King und Zeng 2001: 141.

¹⁹⁷ Vgl. Geddes 1990: 133f.

¹⁹⁸ Die Stichprobenziehung wurde getestet für 60, 96 und 160 Fälle.

5. Empirische Untersuchung

Zum Test der aufgestellten Hypothesen wurde anhand der vorgestellten Variablen eine logistische Regressionsanalyse durchgeführt. Hierfür wird zunächst eine Voraussetzungsprüfung durchgeführt. Daraufhin werden die Ergebnisse der Regressionsanalyse für das sozioökonomische und das politisch-institutionelle sowie das Endmodell vorgestellt. Anhand der Regressionsdiagnostik und empirischen Verteilung von Reautokratisierungen werden Sonderfälle detailliert betrachtet. Abschließend werden im Rahmen einer Problembetrachtung insignifikante Effekte diskutiert und alternative Designs vorgestellt.

5.1 Voraussetzungsprüfung

Zur Vermeidung von Multikollinearität¹⁹⁹ muss die Voraussetzung der Unabhängigkeit der Variablen erfüllt sein.²⁰⁰ Diese sollen sowohl untereinander als auch von der abhängigen Variable unabhängig sein. Tabelle 4 zeigt die Korrelationskoeffizienten der Variablen.

Tabachnick und Fidell definieren 0,90 als kritischen Grenzwert der Korrelation zur Vermeidung von Multikollinearität.²⁰¹ Allerdings muss hierbei beachtet werden, dass sich in der Bestimmung der Grenzwerte je nach Disziplin Unterschiede zeigen. Da es sich hier um sozial konstruierte Untersuchungsobjekte handelt, sollte ein niedriger Korrelationskoeffizient berücksichtigt werden.²⁰²

In der Korrelationsmatrix sticht insbesondere der signifikante Korrelationskoeffizient von 0,81 zwischen Modernisierungsgrad (UV_1) und Governanceleistung (UV_5) hervor. Da es sich hierbei um Variablen verschiedener Dimensionen handelt, sollte dies in den grundlegenden Regressionsmodellen kein Problem darstellen. Sofern durch signifikante Effekte in den grundlegenden Modellen beide Variablen für das Endmodell in Betracht kommen, muss die eventuell eintretenden Multikollinearität berücksichtigt werden.

199 Vgl. Fußnote 175.

200 Vgl. Tabachnick und Fidell 2007: 88.; Stoltzfus 2011: 1101.

201 Vgl. Tabachnick und Fidell 2007: 89.

202 Während keine gesonderten Grenzwerte für politikwissenschaftliche Studien recherchiert werden konnten, zeigt sich in Anwendungsbeispielen, dass bereits niedrigere Korrelationskoeffizienten als bedeutsam interpretiert werden. So betrachtet Sing beispielsweise 0,73 als hoch korreliert. Hadenius und Toerell bezeichnen 0.79 als starke Korrelation. Vgl. Sing 2010: 441; Hadenius und Toerell 2006: 16.

Tabelle 4: Korrelationsmatrix der unabhängigen Variablen

	AV	UV ₁	UV ₂	UV ₃	UV ₄		UV ₅
					Präsidentiell	Semi-präsidentiell	
AV	1,00	-0,19***	0,07**	0,03	0,01	0,06	-0,18***
UV₁		1,00	0,02	-0,46***	-0,24***	-0,07***	0,81***
UV₂			1,00	-0,06**	-0,02	0,02	-0,03
UV₃				1,00	0,53***	-0,26***	-0,46
UV₄ Präsidentiell					1,00	-0,43***	-0,30***
Semi-präsidentiell						1,00	-0,09**
UV₅							1,00

Berechnet wurde der Korrelationskoeffizient nach Pearsons.
 Signifikanzniveaus: *p<=0,05; **p<= 0,01; ***p<= 0,001, insignifikante Korrelationskoeffizienten grau.
 Quelle: eigene Berechnungen.

Des Weiteren liegen signifikante moderate Korrelationen zwischen Modernisierungsgrad (UV₁) und Einkommensverteilung (UV₃), zwischen Einkommensverteilung (UV₃) und präsidentiellen Regierungssystemen (UV₄ – erste Dummy-Variable), und zwischen den Dummy-Variablen des Typs des Regierungssystems vor.

5.2 Regressionsmodelle

In Tabelle 5 werden die Korrelationskoeffizienten, Signifikanzniveaus und grundlegende Maße der Modellgüte dargestellt. Im Folgenden werden zunächst nur die signifikanten Effekte in den Modellen interpretiert. Eine Problemanalyse und Diskussion der insignifikanten Effekte wird in Kapitel 5.4 vorgenommen.

Tabelle 5: Ergebnisse der Logistischen Regressionsanalyse (N=1382)

	Sozio-ökonomisches Modell		Politisch-institutionelles Modell		Endmodell
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	
Modernisierungsgrad	-0,0723*** (-6,477)	-0,0714*** (-6,382)			
Wachstumsraten (Betrag, zentriert)	0,0141*** (3,667)	0,0144*** (3,743)			0,0080 (2,041)*
Einkommensverteilung	-0,0125 (-0,5098)				
Präsidentialismus (Dummy)			-0,4784 (-0,911)		
Semi-Präsidentialismus (Dummy)			0,2198 (0,414)		
Governance-Leistung			-2,6466*** (-5,864)	-2,6240*** (-5,944)	-2,6625*** (-5,994)
Lateinamerika/Karibik (Dummy)					-1,1140* (-2,205)
Konstante	-1,4193* (-2,401)	-1,6992*** (-4,583)	-4,3964*** (-9,350)	-4,5361*** (-12,925)	-4,6398*** (-11,170)
R² (Nagelkerke)	0,1927	0,1914	0,2439	0,2337	0,2685
Likelihood-Ratio Test	53,658***	53,291***	68,279***	65,347***	75,328***
Binär-logistische Regressionsanalyse. AV= Reautokratisierung. Angegeben werden: Korrelationskoeffizienten sowie die z-Wert in Klammern. Signifikanzniveaus: *p<=0,05; **p<= 0,01; ***p<= 0,001, insignifikante Korrelationskoeffizienten grau. Quelle: eigene Berechnungen.					

5.2.1 Sozio-ökonomisches Modell

Im sozioökonomischen Modell weisen der Modernisierungsgrad und die Wachstumsraten hochsignifikante Effekte auf. Die Einkommensverteilung, welche anhand des Gini-Koeffizienten operationalisiert wurde, zeigt allerdings keinen signifikanten Effekt. Durch den Verzicht auf diese Variable in Modell II verschlechtern sich die statistischen Gütemaße kaum, während die Signifikanz der Konstanten a deutlich zunimmt.

Zur weiteren Überprüfung eventueller Abhängigkeiten wurden außerdem Interaktionseffekte einbezogen.²⁰³ Hierdurch konnten keine signifikanten Effekte und keine Verbesserung der Ergebnisse erreicht werden. Somit kann für die vorliegenden Daten ausgeschlossen werden, dass der Effekt der Einkommensverteilung auf Reautokratisierungen beispielsweise nur in Abhängigkeit der Wachstumsraten eintritt.

An den Vorzeichen der *b*-Koeffizienten kann abgelesen werden, dass eine Steigerung der Modernisierung eine Abnahme der Wahrscheinlichkeit von Reautokratisierungen nach sich zieht. Außerdem steigt die Wahrscheinlichkeit von Reautokratisierungen mit zunehmender Abweichung der Wachstumsraten von den mittleren Wachstumsraten. Im sozioökonomischen Modell könnte die Schätzung von Reautokratisierungen im Vergleich zur Nullhypothese um 19 % verbessert werden. Das Modell selbst ist hochsignifikant. Im Rahmen dieses Teilmodells können die Hypothesen H_1 und H_2 bestätigt werden.

5.2.2 Politisch-institutionelles Modell

Im politisch-institutionellen Modell zeigt sich, dass zunächst nur die Governanceleistung einen signifikanten Effekt erzielt. Der Typ des Regierungssystems, welcher durch die Dummy-Variablen Präsidialismus und Semipräsidialismus einbezogen wird, ist insignifikant. Auch hier wird wiederum deutlich, dass der Verzicht auf diese Variablen in Modell 4 kaum eine Verschlechterung der Modellgüte nach sich zieht.

Eventuelle Interaktionseffekte konnten in diesem Modell keine signifikanten Ergebnisse erzielen. Des Weiteren wurde der Tausch der Referenzkategorie in der Variable Typ des Regierungssystems (UV_4) getestet.²⁰⁴ Durch Berücksichtigung von Parlamentarismus als Dummy-Variable und Präsidialismus als Referenzkategorie konnte zwar der z-Wert für semi-präsidentielle Systeme gesteigert werden, allerdings blieb die Irrtumswahrscheinlichkeit weiterhin hoch.

Mit dem Modell konnte die Schätzung der Chance von Reautokratisierungen um 24 % im Vergleich zur Nullhypothese verbessert werden. Hypothese H_4 , die einen negativen Zusammenhang zwischen Governanceleistung und Chance der Reautokratisierungen vermutet, wird im Rahmen dieses Modells bestätigt.

²⁰³ Die Überprüfung einzelner Interaktionseffekte als Zwischenschritt wird zu Gunsten der Übersichtlichkeit in Tabelle 5 nicht angegeben. Dies erscheint auch insoweit legitim, da keine signifikanten Effekte auf Basis von Interaktionen entdeckt wurden.

5.2.3 Endmodell

Aufbauend auf die Ergebnisse des sozio-ökonomischen und politisch-institutionellen Modells wird ein Endmodell generiert. In diesem werden die signifikanten Effekte der grundlegenden Modelle kombiniert. Da sowohl Modernisierungsgrad (UV_1) als auch Governanceleistung (UV_5) in den grundlegenden Modellen hochsignifikante Effekte aufweisen, muss aufgrund der Korrelation zwischen diesen Variablen erneut die Frage der Gefahr der Multikollinearität adressiert werden. In der entsprechenden Literatur werden verschiedene Methoden im Umgang mit korrelierten Variablen vorgeschlagen.²⁰⁴ Eine Möglichkeit bietet eine Indexbildung. Diese erscheint aber aufgrund der schwierigen Interpretierbarkeit hier nicht sinnvoll. Des Weiteren wird eine Kategorisierung einer der Variablen vorgeschlagen. So könnte man beispielsweise die Variable Modernisierungsgrad entsprechend der Kategorien des HDI in drei Entwicklungsstufen einteilen. Allerdings ist diese Herangehensweise aufgrund der begrenzten Zahl der einzubeziehenden Variablen im vorliegenden Modell und der Reduktion der Komplexität nicht empfehlenswert. Aus diesen Gründen wird im vorliegenden Modell auf die Variable Modernisierungsgrad verzichtet.²⁰⁵

Demzufolge besteht das Endmodell zunächst aus den Variablen Wachstumsraten (UV_2) und Governanceleistung (UV_5). Hinzukommend wurde der Effekt regionaler Kontrollvariablen überprüft.²⁰⁶ Hierfür wurde im Datensatz jedes Länderjahr einer Region zugewiesen. Deren Erklärungsstärke wurde in Zwischenmodellen anhand von Dummy-Variablen für Osteuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika/Karibik und den Westen geprüft.²⁰⁷ Lediglich die Region Lateinamerika/Karibik erzielt einen signifikanten Effekt, der außerdem stark zur Steigerung der Modellgüte beiträgt.

Zur Interpretation des Endmodells wurden neben den grundlegenden Angaben der Korrelationskoeffizienten und Gütemaßen in Tabelle 6 weiterführende Informationen zusammengestellt.

²⁰⁴ Vgl. Tabachnick und Fidell 2007: 91.

²⁰⁵ In einem Testmodell wurde die Variable Modernisierungsgrad (UV_1) einbezogen. Allerdings zeigte sich, dass die Verbesserung der Schätzung (R^2) im Vergleich zum vorgestellten Modell kaum eintrat. Außerdem verlor der Grad der Modernisierung unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen deutlich an Signifikanz.

²⁰⁶ Eine detailliertere Analyse der regionalen Kontrollvariablen erfolgt in Kapitel 5.4.4 vorgenommen.

²⁰⁷ Die Zuordnung entspricht der Einteilung der Regionen der Weltbank im All-Ginis-Dataset. Vgl. World Bank 2013.

Tabelle 6: Standardisierte Korrelationskoeffizienten und Effektkoeffizienten des Endmodells

	Koeffizient	Standard- fehler	Beta	Odds Ratio
Wachstumsraten (Betrag, zentriert)	0,0079*	0,0038	0,2646	1,0080
Governanceleistung	-2,6625***	0,4145	-2,4706	0,0698
Lateinamerika/Karibik [Dummy]	-1,1140*	0,5053	-0,4696	0,3282
Konstante	-4,6298***	0,4145		0,0097 ⁱ (97:10.000)
N=1382 ⁱ Odds *signifikant bei 0,05; ** signifikant bei 0,01; *** signifikant bei 0,001 Quelle: eigene Berechnungen				

An den Korrelationskoeffizienten b kann abgelesen werden, dass steigende Governanceleistung und die Zugehörigkeit zur Region Lateinamerika/Karibik für die vorliegenden Daten einen negativen Effekt auf die Chance von Reautokratisierungen haben. Hieraus kann geschlossen werden, dass die Bedingungen, die zu einer Reautokratisierung führen, in dieser Region abweichend sind von der Referenzkategorie²⁰⁸. Die Variable Wachstumsraten (zentrierter Betrag) hat einen positiven Effekt auf die Chance der Reautokratisierung. Dementsprechend steigt die Chance der Reautokratisierungen mit zunehmender Abweichung der Wachstumsraten von den durchschnittlichen Wachstumsraten eines Landes.

Die standardisierten Korrelationskoeffizienten β zeigen an, dass der Einfluss der Governanceleistung auf Reautokratisierungen am stärksten ist, während der Einfluss der Wachstumsraten (UV_2) am niedrigsten ausfällt.

Die Odds der Konstanten a geben an, wie wahrscheinlich der Eintritt einer Reautokratisierung ist, wenn alle einbezogenen unabhängigen Variablen den Wert 0 annehmen. Entsprechend der vorgenommenen Transformationen der Variablen ist dies wie folgt zu interpretieren: Die Chance einer Reautokratisierung liegt bei 97 zu 10.000, wenn in einem Länderjahr die Wachstumsraten (UV_2) durchschnittlich ausfallen, die Governanceleistung 0 beträgt und das Land nicht zur Gruppe Lateinamerika/Karibik gehört. Die Veränderung der Chance aufgrund der Veränderung der unabhängigen Variablen um eine Einheit kann anhand der angegebenen Odds Ratios berechnet werden. Hieraus erschließt sich, dass in einem nicht-lateinamerika-

208 Eine detailliertere Analyse der regionalen Kontrollvariablen erfolgt in Kapitel 5.4.4 vorgenommen.

nischen Land mit durchschnittlichen Wachstumsraten die geschätzte Chance eine Reautokratisierung bei etwa 1 zu 43.419 liegt, wenn die höchste beobachtete Governanceleistung von 2,23²⁰⁹ vorliegt. Betrachtet man demgegenüber den Effekt einer hohen Abweichung des Wachstums von den durchschnittlichen Wachstumsraten, steigt die Chance der Reautokratisierung. Die höchste beobachtete Abweichung liegt bei 251,19 %.²¹⁰ Würde in diesem Fall die Governanceleistung bei 0 liegen und das Land nicht der Region Lateinamerika und der Karibik angehören, läge die im Modell geschätzte Chance einer Reautokratisierung bei 10 zu 139.

Auf Basis des Endmodells können somit zwei der ursprünglichen fünf Hypothesen bestätigt werden. Mit steigender Governanceleistung sinkt die Chance von Reautokratisierungen deutlich (siehe Hypothese H_3). Mit zunehmender Abweichung der Wachstumsraten von den durchschnittlichen Wachstumsraten steigt die Wahrscheinlichkeit von Reautokratisierungen (siehe Hypothese H_2).

5.3 Untersuchung von Sonderfällen

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse haben abstrakten Modellcharakter. Es konnten zwar signifikante Korrelationen identifiziert werden, allerdings haben diese noch wenig Aussagekraft über die Fälle selbst. Daher werden im Folgenden auffällige Kovariatenmuster identifiziert und verglichen. Hierbei geht es insbesondere um Länderjahre, welche einen besonderen Einfluss auf die Schätzung der Regressionsfunktion nehmen und Länder, welche durch empirische Häufigkeit von Reautokratisierungen auffällig sind.

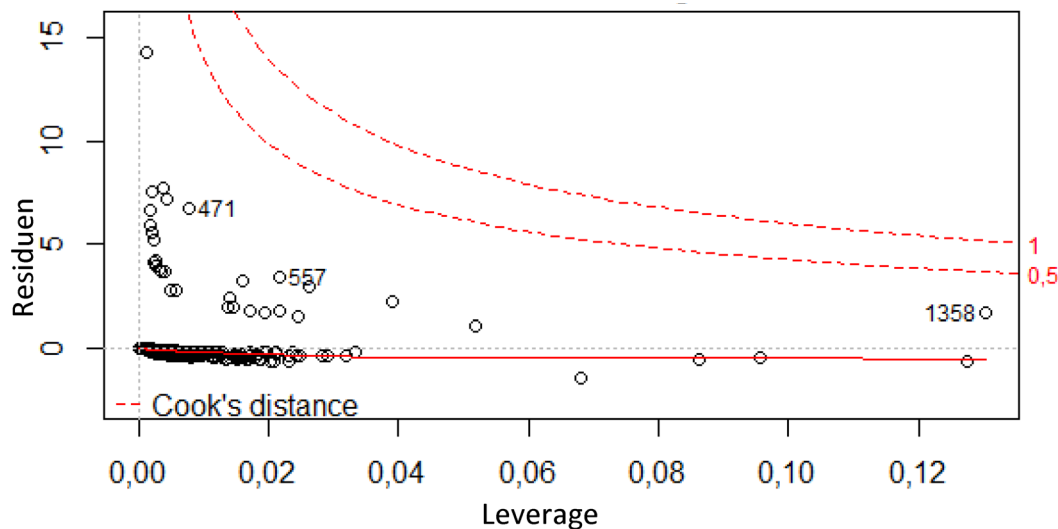
5.3.1 Ausreißer und einflussreiche Fälle

Zunächst ist die Betrachtung von Ausreißern von Interesse. Diese werden anhand der Werte der *Residuen* und des *Leverage* identifiziert. Hohe Residuen treten in Fällen auf, die eine hohe Abweichung des beobachteten Wertes von dem durch das Modell erwarteten Wert aufweisen. Es bezeichnet also die Variabilität des Datensatzes, die nicht durch das Modell erklärt werden kann. Leverage bezeichnet die sogenannte Hebelwirkung einzelner Fälle. Hierbei handelt es sich um Beobachtungen, die eine große Entfernung zu den durchschnittlichen Ausprägungen der Variablen aufweisen.²¹¹

209 Diese Governanceleistung liegt in Dänemark 2007 vor. Hierbei muss aber beachtet werden, dass die berechnete Chance nicht auf Dänemark angewendet werden können, da zu Veranschaulichungszwecken die Abweichung der Wachstumsraten auf 0 gesetzt wurde. Die Berechnung der Chance erfolgt auf Basis der Multiplikation der Odds mit der Odds Ratio der entsprechenden Variable und deren Ausprägung als Potenz der Odds Ratio.

210 Dieser Wert liegt für Serbien im Jahr 2005 vor. Mit einem proKopf BIP von 2.528,12 US\$ wurde eine relative Steigerung um 205,47% im Vergleich zum Wert des Jahres 2000 erreicht. Zentriert auf den Wachstumsmedian Serbiens entspricht dies einer Abweichung von 251,19 %.

211 Vgl. Tabachnick und Fidell 2007: 128.

Abbildung 3: Residuen-versus-Leverage Plot für das Endmodell

Angabe der laufenden Nummer im Datensatz für Länderjahre mit hohem Einfluss.
 Quelle: Eigene Darstellung anhand von R-Studio.

Für die Identifikation einflussreicher Fällen ist nicht allein die Höhe einer der Parameter relevant, sondern auch deren Kombination. Haben Beobachtungen sowohl einen hohen Leverage als auch hohe Residuen nehmen die Kovariatenmuster dieser Länderjahre einen starken Einfluss auf die Regressionsfunktion. Ein Ausschluss dieser Länderjahre würde die Schätzung des Modells deutlich verändern, sollte aber nur vorgenommen werden, sofern begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit der Daten vorliegen, da ansonsten wiederum die Gefahr der Überanpassung des Regressionsmodells besteht. Diese einflussreichen Fälle können grafisch anhand eines *Residuen-versus-Leverage*-Plots identifiziert werden (Abbildung 3). Zur Interpretationshilfe wird hier anhand der roten durchgehenden Linie die geschätzte Regressionsfunktion abgebildet. Hinzukommend ist der Grenzwert der Cooks-Entfernung anhand der gestrichelten Linien angezeigt. Diese gibt die Stärke des Einflusses einer Variable auf die Regressionsfunktion an. Ab einer Überschreitung der markierten Grenzwerte ist diese bedenklich.²¹² In der Grafik wurden drei Datenpunkte mit der laufenden Nummer des Länderjahres markiert, da diese Fälle einen vergleichsweise hohen Einfluss haben.

In Tabelle 7 werden detaillierte Informationen zu Fällen angezeigt, welche besonders hohe Residuen und/oder Leverage haben. Hierbei wird deutlich, dass die Residuen für Fälle hoch sind, in denen Reautokratisierungen eingetreten sind. Bezugnehmend auf die Verteilung der Residuen in Abbildung 3, wird hier oberhalb des Cluster der Mehrheit der Fälle eine weitere Fallansammlung in etwa parallel zu der Cooks-Entfernung deutlich. Durch die Kovariatenmuster der Fälle mit hohen Residuen kann vermutet werden, dass Reautokratisierungen im Modell grundsätzlich als Normabweichung gewertet werden. Dies wird durch die Seltenheit des Ereignisses bedingt.

²¹² Vgl. Tabachnick und Fidell 2007: 75.

Hohen Leverage haben demgegenüber Fälle, in denen die Reautokratisierung ausgeblieben ist, trotz starker Abweichungen vom durchschnittlichen Wachstum. Auffällig hierbei ist insbesondere die Ukraine durch ausbleibende Reautokratisierung bei gleichzeitig sehr stark abweichenden Wachstumsraten von den durchschnittlichen Wachstumsraten in zwei aufeinanderfolgenden Länderjahren. Für die Erklärung der Varianz dieser Fälle sind die berücksichtigten Variablen der Regressionsanalyse nicht ausreichend.

Tabelle 7: Residuen und Leverage der Ausreißer

laufende Nummer	Residuen	Leverage	Land	Jahr	Reauto- kritisierung	Wachstums- raten (Betrag, zentriert)	Governance- leistung	Latein- amerika
<i>Hohe Residuen</i>								
1.256	12,59	0,00	Thailand	2005	Ja	-1,83	0,43	Nein
38	9,43	0,00	Armenien	2003	Ja	-4,48	-0,26	Nein
956	8,69	0,00	Nicaragua	2011	Ja	8,45	-0,89	Ja
539	7,59	0,00	Honduras	2009	Ja	8,53	-0,6	Ja
<i>Hoher Leverage</i>								
1.304	-0,21	0,13	Ukraine	2008	Nein	245,21	-0,71	Nein
1.188	-0,16	0,10	Serbien	2005	Nein	251,19	-0,31	Nein
1.303	0,20	0,09	Ukraine	2007	Nein	223,03	-0,67	Nein
718	0,20	0,07	Liberia	2000	Nein	105,96	-1,84	Nein
<i>Einflussreiche Fälle</i>								
471	5,74	0,01	Georgien	2008	Ja	167,33	0,30	Nein
557	3,35	0,02	Haiti	2000	Ja	3,06	-1,24	Ja
1.358	1,59	0,13	Venezuela	2008	Ja	204,61	-1,11	Ja

Die grafisch identifizierten einflussreichen Fälle werden im dritten Teil der Tabelle aufgeführt. In den drei Fällen ist jeweils eine Reautokratisierung aufgetreten, jedoch unter stark unterschiedlichen Rahmenbedingungen. In Georgien 2008 (Fallnummer 471) trat die Reautokratisierung in einem Länderjahr mit einer Abweichung von 167,33 % von den durchschnittlichen Wachstumsraten ein. Auch in Venezuela 2008 (Fallnummer 1.358) ist eine Reautokratisierung in einem Länderjahr mit starker Abweichung des Wachstums von den mittleren Wachstumsraten eingetreten. Aller-

dings lag hier die Governanceleistung im negativen Bereich. Besonders hervorstechend ist das Kovariatenmuster von Haiti im Jahr 2000 (Fallnummer 557). Es liegt nur eine sehr schwache Abweichung der Wachstumsraten von den mittleren Wachstumsraten vor, die Governanceleistung ist allerdings sehr niedrig.

5.3.2 Wiederholte Reautokratisierungen im Untersuchungszeitraum

Eine weitere Besonderheit sind Länder in denen Reautokratisierungen wiederholt auftraten (siehe Anhang 4). Obwohl Reautokratisierungen ein äußerst seltenes Ereignis sind, treten sie in einigen Ländern während des Untersuchungszeitraumes von 18 Jahren zweimal auf. Dies betrifft Georgien (2003 und 2008), Guinea Bissau (2003²¹³ und 2010), Niger (1996 und 2009), die Zentralafrikanische Republik (2001 und 2008) und Haiti (2000 und 2010).

Tabelle 8: Gruppenbetrachtung der Mittelwerte der signifikanten metrischen Variablen²¹⁴

	keine Reautokratisierung	Reautokratisierung (AV=1)	
	74 Länder	Einmalig 23 Länder	Zweimalig 5 Länder
Modernisierungsgrad	74,80 (76,85)	52,92 (54,15)	41,94 (37,05)
Wachstumsraten (Betrag zentriert)	32,64 % (23,37 %)	33,08 % (23,24 %)	39,64 % (37,21 %)
Governanceleistung	0,57 (0,54)	-0,51 (-0,51)	-0,90 (-1,07)
n=102 Länder (1.382 Länderjahre). Angabegeben werden das arithmetische Mittel und in Klammern der Median. Quelle: Eigene Berechnungen.			

Aufgrund der ohnehin geringen Zahl der Reautokratisierungen (AV=1) wäre eine gesonderte Regressionsanalyse dieser Fälle, beziehungsweise eine weitere Kategorisierung der AV methodisch nicht möglich. Die Identifikation eventueller Gruppenunterschiede erfordert also eine andere methodische Herangehensweise. Hierfür wird im Folgenden nicht mehr nach Land und Zeitpunkt des Eintritts von Reautokratisierungen unterschieden (Länderjahre), sondern die Länder werden gruppiert nach Anzahl der Reautokratisierungen. Der genaue Zeitpunkt der Reautokratisierung im Untersuchungszeitraum bleibt hierbei unberücksichtigt. In 74 Ländern (1.150 Länderjahren) trat keine und in 23 Ländern (202 Länderjahre) trat eine Reautokratisierung auf. In den fünf aufgezählten

²¹³ Das Länderjahr 2003 für Guinea Bissau konnte nicht in die logistische Regressionsanalyse einbezogen werden, da in den UVen nur unzureichende Daten vorlagen.

²¹⁴ Die Varianz der entsprechenden Variablen wird für die Ländergruppen anhand von Boxplots im Anhang 6 grafisch dargestellt.

Ländern (30 Länderjahre) traten zwei Reautokratisierungen auf. Ob zwischen diesen Ländergruppen strukturelle Unterschiede vorliegen, wird in Tabelle 8 anhand der Mittelwerte der signifikanten, metrischen unabhängigen Variablen dargestellt.

Der Modernisierungsgrad (UV_1) wird hier mit Blick auf die signifikanten Ergebnisse im sozio-ökonomischen Modell berücksichtigt. In Ländern, die im Untersuchungszeitraum nicht reautokratisiert wurden, liegt der durchschnittliche Modernisierungsgrad etwa 22 Punkte über den Ländern einmaliger Reautokratisierung und 32 Punkte über den Ländern zweimaliger Reautokratisierung. Berücksichtigt man hinzukommend in der Gruppe der zweimaligen Reautokratisierung den Median des Modernisierungsgrades wird deutlich, dass in dieser Gruppe die Verteilung linksschief ist und einige Ausreißer mit einem vergleichsweise hohen Modernisierungsgrad den Mittelwert nach oben ziehen. Im Datensatz wird ersichtlich, dass es sich hierbei um Georgien handelt. Hier lag der HDI während des Untersuchungszeitraumes zwischen 68,8 und 73,0 und somit deutlich über dem Modernisierungsgrad der verbleibenden Länder der Gruppe.

Der Unterschied der Abweichung der Wachstumsraten vom mittleren Wachstum (UV_2) ist in Ländern ohne Reautokratisierungen und Ländern einmaliger Reautokratisierung gering. Auffällig sind allerdings wiederum die Länder mit zweimaliger Reautokratisierung. Diese haben im Schnitt deutlich höhere Abweichungen von den mittleren Wachstumsraten.

Während die durchschnittliche Governanceleistung in Ländern ohne Reautokratisierung im positiven Bereich liegt ist sie in Ländern mit Reautokratisierungen im negativen Bereich. Hierbei wird auch deutlich, dass in Ländern zweimaliger Reautokratisierungen im Schnitt eine schlechtere Governanceleistung vorliegt, als in Länder mit einmaliger Reautokratisierung.

Unabhängig vom Zeitpunkt des Eintritts einer Reautokratisierung zeigt sich also, dass die Länder in denen Reautokratisierungen ein- oder zweimal auftraten generell schlechtere Governanceleistung erbringen, einen niedrigeren Grad der Modernisierung aufweisen und die Wachstumsraten stärkeren Schwankungen ausgesetzt sind.

5.4 Problembetrachtung und offene Fragen

Im begrenzten Rahmen der vorliegenden Masterarbeit konnte nur ein grober Eindruck über die Tiefe der Fragestellung nach den Determinanten von Reautokratisierungen vermittelt werden. Drei von fünf aufgestellten Hypothesen konnten aufgrund insignifikanter Effekte weder angenommen noch verworfen werden. Somit können die Ergebnisse als Ausgangspunkt einer Vielzahl weiterführender Fragen gewertet werden. Im Folgenden wird eine kritische Betrachtung der Operationalisierung der unabhängigen Variablen vorgenommen und insignifikante Effekte diskutiert.

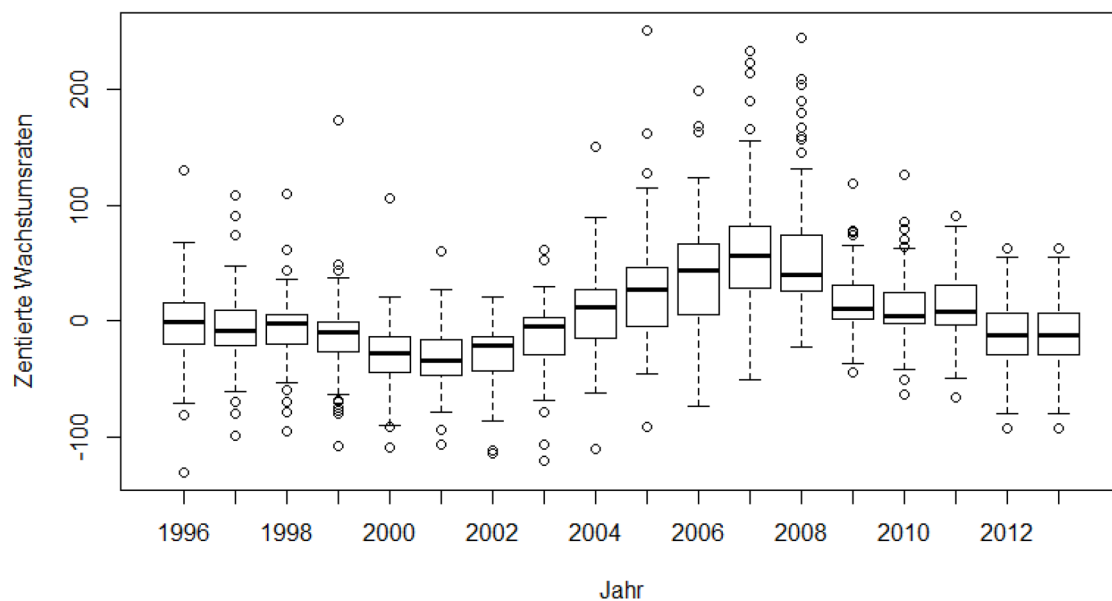
5.4.1 Zentrierung und Betrag der Wachstumsraten

Obwohl für die Abweichung der Wachstumsraten von den mittleren Wachstumsraten innerhalb eines Landes ein signifikanter Effekt gefunden wurde, gilt es, diese Operationalisierung aus methodischer Sicht zu überprüfen. Verwendet werden die auf den Ländermedian zentrierten Fünfjahreswachstumsraten des pro-Kopf Bruttoinlandsproduktes im Betrag. Diese Operationalisierung wurde gewählt, um den Einfluss wirtschaftlicher Krisenzeiten und extremer Wachstumsraten gleichermaßen einzubeziehen. Eine Zentrierung auf den Median aller Daten wurde nicht durchgeführt, da sich die mittleren Wachstumsraten zwischen den Ländern deutlich unterscheiden.

Die Ländermediane der Fünfjahreswachstumsraten des pro-Kopf BIP werden in Anhang 7 tabellarisch aufgelistet. Der Median aller Wachstumsraten liegt bei 32,82 %. Würde dieser Wert generell zur Zentrierung aller Länderjahre genutzt, käme es zu einer Verzerrung der Daten. Länder in der linken Tabellenspalte haben tendenziell niedrigeres Wachstum. Hier würden Wachstumsraten, die für das Land durchschnittlich sind, relativ zum globalen Median als Krise klassifiziert. Demgegenüber haben Länder der rechten Tabellenspalte tendenziell sehr hohe Wachstumsraten. Hochkonjunkturphasen in diesen Ländern (relativ zum Ländermedian) würden durch die Zentrierung auf den globalen Median verstärkt werden. Durch die Zentrierung der Daten der Länderjahre auf den Median des entsprechenden Landes können länderspezifische Besonderheiten der Wachstumsraten berücksichtigt werden.

Nachteil dieser Herangehensweise ist allerdings die Zeitspanne der Zentrierung. Der Median wurde für jedes Land über den Untersuchungszeitraum gebildet. Kritisch hierbei ist, dass zukünftige Werte für die Einordnung der Wachstumsraten genutzt wurden. Idealerweise würde jeweils die Zentrierung auf den Median der Wachstumsraten der vorherigen zehn Jahre vorgenommen werden. Dies hätte aber zur Folge, dass für die Untersuchung bestimmter Länderjahre Daten aus den vorherigen 15 Jahren vorliegen müssen.²¹⁵ Neugegründete Länder würden die ersten 15 Jahre nach ihrer Entstehung aus der Untersuchung ausgeschlossen sein. Länder die als Folge des Zusammenbruches der Sowjetunion entstanden sind, hätten somit beispielsweise erst ab etwa 2005 in die Untersuchung einbezogen werden können. Diese Verzerrung der Untersuchungseinheiten wurde schwerwiegender gewertet als die Bedenken an der vorgenommenen Operationalisierung. Zur Abschwächung der Bedenken an der Operationalisierung wurde des Weiteren der Median zur Zentrierung verwendet. Hierdurch wird der Effekt von äußerst starken oder schwachen Wachstumsphasen abgeschwächt.

²¹⁵ Für die Zentrierung auf den Median würden zehn Wachstumsraten über fünf Jahre benötigt werden, die vor dem ersten Untersuchungsjahr liegen. Für die Berechnung der ersten Wachstumsrate dieser Gruppe würden Daten weitere 5 Jahre benötigt.

Abbildung 4: Verteilung der zentrierten Wachstumsraten im globalen Vergleich

Dargestellt wird die Verteilung der auf den jeweiligen Ländermedian zentrierten Wachstumsraten pro Jahr.
 Quelle: eigene Berechnung. Darstellung anhand von R-Studio.

An diese Art der Operationalisierung schließen potenzielle Nachfolgefragen an. Verwendet wurden hier Fünfjahreswachstumsraten, wodurch für mittelfristige Zeiträume die Hypothese H_3 bestätigt werden konnte. Ob dies auch für lang- oder kurzfristige Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes gilt, kann hier nicht beantwortet werden. Hinzukommend wurde durch die Zentrierung auf den Ländermedian der Fokus auf landesspezifische Besonderheiten gelegt. Weltwirtschaftliche Veränderungen werden nicht berücksichtigt. Abbildung 4 zeigt die Verteilung der zentrierten Wachstumsraten (ohne Betragsbildung) in jedem Jahr des Untersuchungszeitraumes anhand von Boxplots. Es wird deutlich, dass in der Gesamtpopulation in den Jahren 2007 und 2008 tendenziell eher überdurchschnittliches Wachstum vorlag. In den Jahren 2000 bis 2002 lag demgegenüber eher unterdurchschnittliches Wachstum vor. Es müsste also geprüft werden, inwieweit globale Entwicklungen in der Operationalisierung einbezogen werden können. Vorstellbar wäre beispielsweise eine Standardisierung der Daten für die Länder und Zentrierung auf den globalen Median.

Da in der Grafik die Wachstumsraten ohne den Betrag angegeben werden, ist außerdem ersichtlich, dass stark unterdurchschnittliche Wachstumsraten (Krisen) seltener vorkommen als stark überdurchschnittliche Wachstumsraten. Ob Krisen einen stärkeren oder schwächeren Effekt auf die Chance von Reautokratisierungen haben als Wirtschaftbooms kann weder anhand der Ergebnisse der Regressionsanalyse noch anhand der Abbildungen beantwortet werden. Einen ersten Eindruck in dieser Richtung verschafft die Betrachtung der Häufigkeiten der Reautokratisierungen in einer Gruppierung²¹⁶ der Daten (siehe Tabelle 9). Der u-förmige Zusammenhang wird in der Be-

²¹⁶ Die Gruppierung wurde anhand der Quartile vorgenommen. Für das zentrierte Wachstum liegen diese bei: -21,13 %; 0,223 % und 27,38 %.

trachtung der Häufigkeitsverteilung ersichtlich, sollte aber durch eine Erweiterung der Fallzahl validiert werden.

Tabelle 9: Kategorisierung der Wachstumsraten und Häufigkeitsverteilung von Reautokratisierungen

	Krise	unter- durchschnittliches Wachstum	über- durchschnittliches Wachstum	Boom	gesamt
	n=346	n=346	n=345	n=345	N=1382
keine Reautokratisierung (AV=0)	337 97,40 %	341 98,55 %	339 98,44 %	333 96,52 %	1350 97,68 %
Reautokratisierung (AV=1)	9 2,50 %	5 1,45 %	6 1,74 %	12 3,48 %	32 2,32 %
Angegeben werden jeweils die absolute Fallzahl der Kategorie, sowie Spaltenprozent. Quelle: eigene Berechnungen.					

5.4.2 Insignifikanz der Einkommensverteilung

Die Einkommensverteilung (UV_3), welche anhand des Gini-Koeffizienten operationalisiert wurde, erreichte in der logistischen Regressionsanalyse keine signifikanten Ergebnisse. Dementsprechend ist für das vorliegende Modell kein Zusammenhang zwischen der Einkommensverteilung und der Chance von Reautokratisierungen nachweisbar. Bevor aber die Hypothese H_3 gänzlich verworfen wird, sollte die gewählte Operationalisierung sowie der Validität der Daten überprüft werden.

In der logistischen Regressionsanalyse wurde die Einkommensverteilung als metrische Variable aufgenommen und ein linearer Zusammenhang zwischen zunehmender Konzentration des Einkommens und Wahrscheinlichkeit von Reautokratisierungen vermutet. Alternativ kann eine Kategorisierung der metrischen Variable vorgenommen werden.

In Tabelle 10 werden die Häufigkeiten von Reautokratisierungen entsprechend einer Kategorisierung der Einkommensverteilung entlang der Quartilsgrenzen dargestellt.²¹⁷ In den Gruppen der hohen und mittleren Diffusion des Einkommens wurden Reautokratisierungen seltener beobachtet als in den Gruppen der mittleren und höheren Konzentration des Einkommens. Hierbei

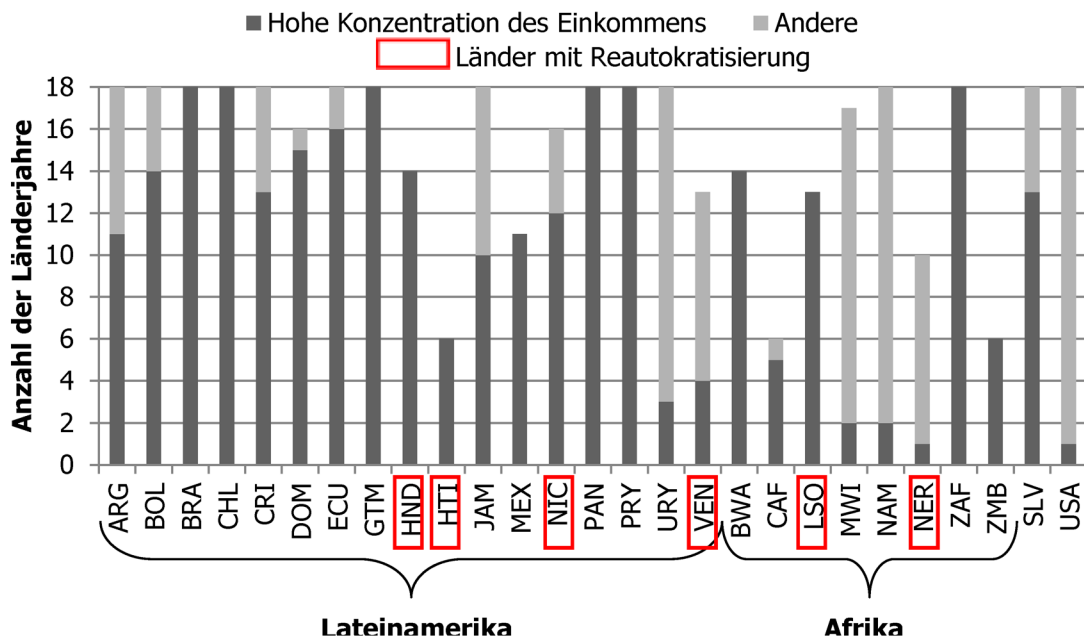
²¹⁷ Anhand von Quartilen können die Daten in gleich große Gruppen (Interquartilsbereiche) geviertelt werden. Für den GiniKoeffizienten liegen die Quartile im Datensatz wie folgt: Das erste Quartil, welches hohe Diffusion von mittlerer Diffusion trennt liegt bei einem GiniKoeffizienten von 31,67. Das zweite Quartil (Median) liegt bei 37,00. Das dritte Quartil liegt bei 47,11.

Tabelle 10: Gruppierung der Einkommensverteilung und Reautokratisierungen

	hohe Diffusion n=346	mittlere Diffusion n=346	mittlere Konzentration n=344	hohe Konzentration n=346	gesamt N=1.382
keine Reautokratisierung (AV=0)	342 98,84 %	340 98,26 %	330 95,38 %	338 97,69 %	1350 97,68 %
Reautokratisierung (AV=1)	4 1,16 %	6 1,73 %	14 4,05 %	8 2,31 %	32 2,32 %
Angegeben werden jeweils die absolute Fallzahl der Kategorie, sowie Spaltenprozent. Quelle: eigene Berechnungen.					

zeigt sich auch, dass die Annahme eines linearen Zusammenhangs fehlgeleitet war, da Reautokratisierungen am häufigsten in der Gruppe der mittleren Einkommenskonzentration waren. In der Überprüfung, um welche Länder es sich hierbei handelt, wird deutlich, dass in der Gruppe der hohen Konzentration insbesondere lateinamerikanische und afrikanische Länderjahre verzeichnet werden (siehe Abbildung 5). Dementsprechend sollten Interaktionseffekte zwischen Einkommensverteilung und der regionalen Zugehörigkeit zu Lateinamerika/Karibik und Afrika überprüft werden. Dieser Umstand gibt auch weitere Anhaltspunkte in der Interpretierbarkeit der Signifikanz der Kontrollvariable Lateinamerika/Karibik. Eine Validierung des nichtlinearen Zusammenhanges könnte durch eine Kategorisierung der Variable in der Regressionsanalyse sowie eine Erweiterung des Untersuchungszeitraumes erwirkt werden.²¹⁸

²¹⁸ In der vorliegenden Arbeit wurden die Einkommensverteilung nicht als kategoriale Variable umcodiert, da zur Berücksichtigung dieser weitere DummyVariablen (für jede Kategorie einer) aufgenommen werden müssten und somit Überanpassung einträte. Daher sollte außerdem eine Ausweitung des Untersuchungszeitraumes und somit Steigerung der Fallzahl durchgeführt werden.

Abbildung 5: Länder und Anzahl der Länderjahre der hohen Konzentration des Einkommens

Eine Aufschlüsselung der Ländercodes findet sich in Anhang 4. Angegeben wird die Anzahl der Länderjahre, welche in die Gruppe hohe Einkommenskonzentration und andere Gruppen fallen. Hierbei wird die Chronologie nicht berücksichtigt.

Quelle: eigene Darstellung.

Diese Ergebnisse sind nicht als grundsätzliche Widerlegung des Machtdispersionsansatzes zu interpretieren. In diesem wird Einkommen nur als eine von mehreren Machtressourcen betrachtet. Das Modell kann daher nur eingeschränkte Aussagen über den Machtdispersionsansatz, der beispielsweise auch Zugang zu Bildung oder Grundeigentum berücksichtigt, machen. Hinzukommend legt *Vanhanen* den Fokus auf die Machtdispersion zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Der Gini-Koeffizient bezieht sich allerdings auf die individuelle Verteilung und berücksichtigt nicht die Einkommensverteilung zwischen gesellschaftlichen Gruppen:

“The Gini index, while very useful in the study of inequality, does have the limitation that the measure is sensitive to individual-based differences and may not be responsive to class-based stratification.”²¹⁹

Neben dieser Unzulänglichkeit des Gini-Koeffizienten selbst, müssen außerdem Bedenken an der Reliabilität der Daten einbezogen werden. Für fehlende Werte wurde ein Trendwert berechnet, sofern ein Anfangs- und Endwert vorlagen. Diese berechneten Trendwerte führen zu einer eventuellen Glättung der Daten, in der die mögliche Volatilität des Gini-Koeffizienten vernachlässigt wird.

²¹⁹ Liao 2006: 222.

5.4.3 Insignifikanz des Regierungstyps

Für den Regierungstyp, welcher anhand von zwei Dummy-Variablen operationalisiert wurde, konnten keine signifikanten Effekte gefunden werden. Auch hier lohnt sich ein Blick auf die Häufigkeitsverteilung. In Tabelle 11 werden die Häufigkeiten von Reautokratisierungen für die einzelnen Regierungstypen gezeigt. Hierbei wird insbesondere deutlich, dass die Fallzahl der Reautokratisierungen in den einzelnen Untergruppen sehr gering ist. Die Insignifikanz könnte eventuell darauf zurückgeführt werden.

In der Tabellenanalyse ist ersichtlich, dass in semipräsidentiellen Regierungssystemen überdurchschnittlich häufig Reautokratisierungen beobachtet wurden. In parlamentarischen Systemen hingegen kamen sie unterdurchschnittlich häufig vor. Dies entspräche somit den Annahmen von Linz.

Tabelle 11: Verteilung der Reautokratisierungen auf Regierungssysteme

	Parlamentarismus	Semi-Präsidentialismus	Präsidentialismus	gesamt
	n=536	n=317	n=326	N=1.382
keine Reautokratisierung (AV=0)	533 98,89 %	304 95,90 %	513 97,54 %	1350 97,68 %
Reautokratisierung (AV=1)	6 1,11 %	13 4,10 %	13 2,46 %	32 2,32 %
Angegeben werden jeweils die absolute Fallzahl der Kategorie, sowie Spaltenprozent. Quelle: eigene Berechnungen.				

5.4.4 Kontrollvariablen: Regionen und Zeitpunkt der ersten Demokratisierung

Im Endmodell der Regressionsanalyse wurde neben den signifikanten Variablen der grundlegenden Modelle als Kontrollvariable ein Dummy für die Region Lateinamerika/Karibik aufgenommen. Nur für diese regionale Einheit konnte ein signifikanter Effekt erzielt werden. Überprüft wurden außerdem die Regionen Asien, Afrika, Osteuropa und Westen. Die Häufigkeitsverteilung von Reautokratisierungen in diesen Regionen wird in Tabelle 12 dargestellt.

Tabelle 12: Häufigkeit von Reautokratisierungen in regionalen Gruppen

	Asien n=157	Afrika n=224	Latein- amerika/ Karibik n=319	Osteuropa n=279	Westen n=403	gesamt N=1.382
keine Reautokratisierung (AV=0)	151 96,18 %	209 93,30 %	314 98,43 %	273 97,84 %	403 100,00 %	1350 97,68 %
Reautokratisierung (AV=1)	6 3,82 %	15 6,70 %	5 1,57 %	6 2,15 %	0 0,00 %	32 2,31 %
Angegeben werden jeweils die absolute Fallzahl der Kategorie, sowie Spaltenprozent. Quelle: eigene Berechnungen.						

Die regionale Gruppenzuweisung wurde auf Basis der Einteilung der Weltbank vorgenommen.²²⁰ Diese Zuweisung hat allerdings Nachteile in der Anwendung in der Untersuchung von Demokratisierungen. Bei der Einteilung wurden südeuropäische Länder, die erst nach 1974 demokratisiert wurden, in die Gruppe Westen gelegt. Insbesondere mit Blick auf die Untersuchungen der Dauer der demokratischen Phase und den Zusammenhang mit der Stabilität von Demokratien erscheint dies unzufriedenstellend.

In einer Vielzahl empirischer Studien wurde ein Zusammenhang zwischen Alter der Demokratie und deren Stabilität gefunden.²²¹ Aus Tabelle 13 wird ersichtlich, dass im vorliegenden Datensatz Reautokratisierungen in Ländern, die erstmals nach 1974 demokratisiert wurden, deutlich häufiger beobachtet wurden als in Ländern, welche vor 1974 erstmals demokratisiert wurden. Daher sollte überprüft werden, ob die regionale Klassifikation in Abhängigkeit des Zeitpunktes der ersten Demokratisierung gesetzt werden kann und hierdurch die Effekte verbessert werden können. Im vorliegenden Datenumfang wären solche Modellschätzungen jedoch unzuverlässig, da für die jeweiligen Kovariatenmuster nur sehr wenige Fälle vorliegen.

²²⁰ Vgl. World Bank 2013.

²²¹ U.a. Svobik 2008; Erdmann 2011; Kapstein und Converse 2008a.

Tabelle 13: Zeitpunkt der ersten Demokratisierung²²²

	vor 1974 n=582	nach 1974 n=800	gesamt N=1.382
keine Reautokratisierung (AV=0)	579 99,48 %	771 96,36 %	1350 97,68 %
Reautokratisierung (AV=1)	3 0,51 %	29 3,63 %	32 2,31 %
Angegeben werden jeweils die absolute Fallzahl der Kategorie, sowie Spaltenprozent. Quelle: eigene Berechnungen.			

²²² Der Zeitpunkt der ersten Demokratisierung wurde anhand der Zuordnung der ersten beiden Demokratisierungswellen von Huntington vorgenommen. Vgl. Huntington 1993: 15f.

6. Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde eine Konzeptspezifikation von Reautokratisierungen vorgenommen und deren Auftreten und Ausbleiben empirisch überprüft. Hierbei wurde die Fragestellung, warum in einigen Ländern Reautokratisierungen eintreten und in anderen nicht, quantitativ untersucht.

Zunächst wurde durch die Generierung von Länderjahren sowohl Zeitpunkt als auch Land einer Reautokratisierung betrachtet. Hierbei konnten signifikante Korrelationen mit der Abweichung der mittelfristigen Wachstumsraten von den mittleren landesspezifischen Wachstumsraten sowie der Governanceleistung gefunden werden. In einer Überprüfung dieser Effekte und Rückführung auf die Länder wurde außerdem festgestellt, dass dies auch auf die Häufigkeit des Auftretens von Reautokratisierungen in Ländern zutrifft.

In der Bewertung der Bedeutung der Ergebnisse der Regressionsanalyse sollten allerdings einige Einschränkungen berücksichtigt werden. Erstens werden anhand der Regressionsanalyse Korrelationen überprüft. Diese mit Kausalitäten gleichzusetzen ist ein Trugschluss, wie insbesondere die Sonderfällen verdeutlichen. Zweitens sind diese Ergebnisse nicht notwendigerweise geeignet, um zukünftige Ereignisse vorherzusagen, da vergangene Korrelationen nicht die gleichen Ergebnisse in der Zukunft bringen müssen. Allerdings können sie in der Einordnung von Zusammenhängen behilflich sein.

Durch die Regressionsanalyse konnte nur für einen Teil der aufgestellten Hypothesen Ergebnisse erzielt werden. Es wurde aber gezeigt, dass die insignifikanten Effekte nicht gänzlich eine Verwerfung der Hypothesen nach sich ziehen sollte, sondern möglicherweise durch die geringe Fallzahl der Reautokratisierungen bedingt wird. Eine Validierung der Ergebnisse wäre durch eine Ausweitung des Untersuchungszeitraumes und die hieraus resultierende Vergrößerung der Fallzahl möglich. Dies war im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit und der Begrenzung der vorliegenden Daten nicht möglich.

Während in dem vorherigen Kapitel bereits offene Fragen bezüglich der unabhängigen Variablen thematisiert wurden, soll hier erneut ein Blick auf die Konzeptspezifikation der Reautokratisierungen geworfen werden. Es wurde als Ausgangspunkt eine minimalistische Konzeption der Demokratie gewählt. Hierdurch können nur Systemwechsel, nicht aber der Verlust demokratischer Qualität nachgezeichnet werden. In der Analyse hat sich gezeigt, dass trotz dieser starken Reduktion der Realität signifikante Effekte bestimmt werden konnten. Hierbei gilt es allerdings zu hinterfragen, ob es sich um genuine Bedingungsfaktoren der Reautokratisierung handelt, oder vielmehr mit ebendiesen Faktoren auch der Zusammenbruch von Autokratien – also Demokratisierungen – erklärt werden könnte. Wäre dies der Fall, dann können die Bedingungsfaktoren als generelle

Indikatoren für Instabilität gewertet werden, nicht aber im Spezifischen für Reautokratisierungen.

Im Rahmen des Forschungsdesigns konnten länderspezifische Besonderheiten kaum berücksichtigt werden. Ausnahmen bilden hierbei die experimentelle Operationalisierung der Wachstumsraten (vgl. Kapitel 5.4.1) sowie die Betrachtungen der länderspezifischen Mittelwerte der unabhängigen Variablen in Kapitel 5.3.2. Jedes Land und jedes Länderjahr besitzt historische, regionale und kulturelle Besonderheiten. Trotz der Vernachlässigung dieser haben die Ergebnisse signifikante Implikationen für das Verständnis von Reautokratisierungen und demokratischer Stabilität.

„Political democracy exists and has existed in a variety of circumstances, even if it is most commonly sustained by a limited cluster of conditions. To understand more fully the various condition under which it has existed may make possible the development of democracy elsewhere.“²²³

Lipset sieht in dem Verständnis dieser Bedingungsfaktoren relevante Informationen für die Herstellung von Demokratien. In der vorliegenden Arbeit wurde Fokus auf den Zusammenbruch von Demokratien gelegt. Diese beinhalten gleichzeitig Informationen über die Bedingungsfaktoren der Konsolidierung und ausbleibender Stabilisierung von Demokratien. Somit sind die Ergebnisse im Weiteren für die Optimierung der externen Demokratieförderung verwertbar.

223 Lipset 1959:103.

7. Anhang

Anhang 1: Übersicht der aufgestellten Hypothesen

Hypothese H_1 : Je höher der Grad der Modernisierung, desto niedriger ist die Wahrscheinlichkeit der Reautokratisierung.

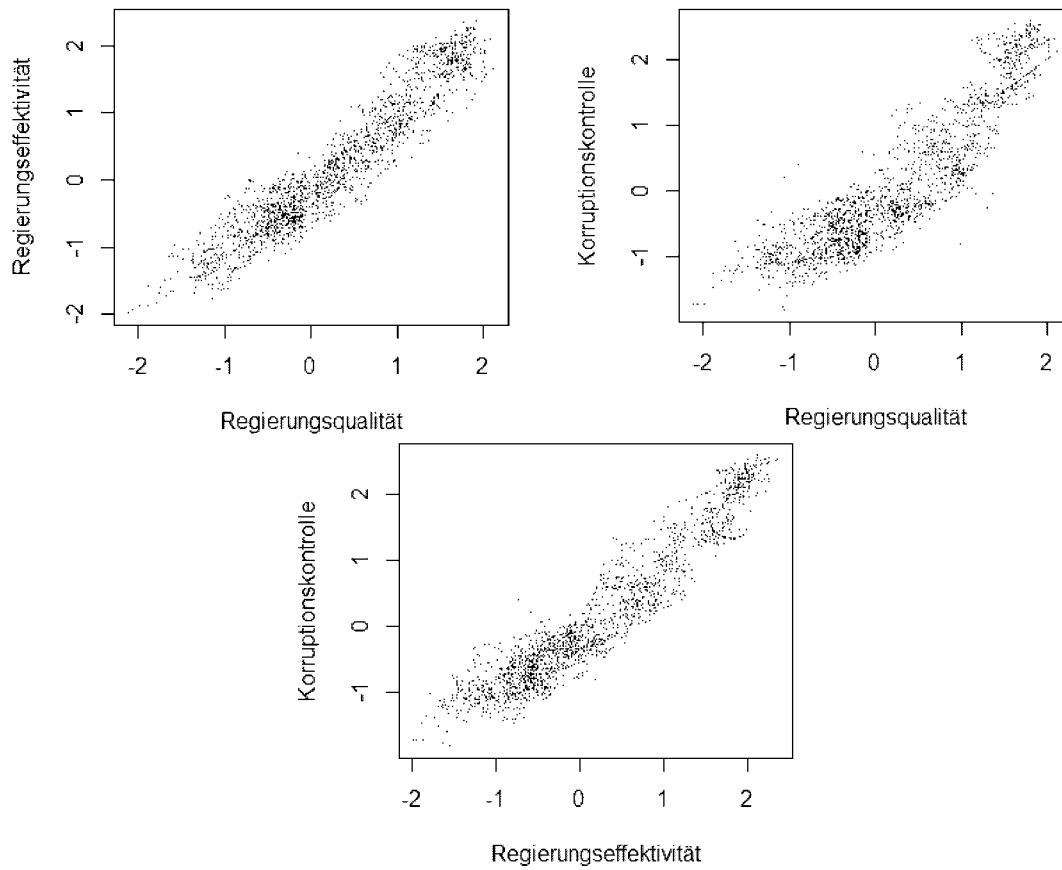
Hypothese H_2 : Je stärker die wirtschaftlichen Wachstumsraten von den durchschnittlichen Wachstumsraten abweichen, desto wahrscheinlicher sind Reautokratisierungen.

Hypothese H_3 : Je höher die Konzentration des Einkommens, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Reautokratisierung.

Hypothese H_4 : In parlamentarischen Regierungssystemen ist eine Reautokratisierung unwahrscheinlicher als in präsidentiellen und semi-präsidentiellen Regierungssystemen.

Hypothese H_5 : Je höher die wahrgenommene Governance-Leistung, desto unwahrscheinlicher sind Reautokratisierungen.

Anhang 2: Korrelationsmatrix der ausgewählten Governance-Dimensionen



Quelle: World-Bank 2014b, eigene Berechnungen und Darstellung

Anhang 3: Übersicht der berücksichtigten Länder in der Population

Ausgeschlossene Länder			Länder der Population			
Gruppe A		Gruppe B	Gruppe C			
Afghanistan Algerien Angola Äquatorial Guinea Äthiopien Aserbaidschan Bahrain Belarus Brunei Bhutan Burkina Faso Burma China Elfenbeinküste Eritrea Gambia Guinea Irak Iran Jemen Jordanien Kambodscha Kamerun Kasachstan Katar Kongo (Kinshasa) Kosovo Kuba Kuweit Laos	Libanon Libyen Malaysia Marokko Mauretanien Nord Korea Oman Ruanda Saudi Arabien Singapur Somalia Sudan Swasiland Syrien Tadschikistan Togo Tschad Tunesien Turkmenistan Uganda Ukraine Usbekistan Vereinten Arabischen Emirate Vietnam Zimbabwe	Andorra Antigua & Barbuda Bahamas Barbados Belize Bhutan Djibouti (2002) Malediven Fidschi Salomonen Dominika Fidschi Grenada Guyana Kiribati Kap Verde Komoren Liechtenstein Luxemburg Malediven (2012) Malta Marshallinseln Mikronesien Monaco Montenegro Nauru Palau Seychellen St. Kitts & Newis St Lucia St. Vincent/Gren. Solomonen (2006) Suriname Tonga Tuvalu Vanuatu	Albanien Argentinien Australien Belgien Benin Bolivien Botswana Brasilien Bulgarien Chile Costa Rica Dänemark Deutschland Dominikanische Republik Ecuador El Salvador Estland Finnland Frankreich Ghana Griechenland Guatemala Indien Indonesien Irland Island Israel	Italien Jamaica Japan Kanada Kolumbien Kroatien Lettland Litauen Makedonien Malawi Mauritius Mexiko Moldau Mongolei Namibia Neuseeland Niederlanden Norwegen Österreich Osttimor Panama Papua Neu Guinea Paraguay Peru Polen Portugal Rumänien Schweden	Schweiz Senegal Serbien Sierra Leone Slowakei Slowenien Spanien Südafrika Südkorea Taiwan Tansania Trinidad und Tobago Tschechien Türkei Ukraine Ungarn Uruguay Vereinigte Staaten Vereintes Königreich Zypern	Armenien (2003) Bangladesh (2007) Bosnien und Herzegovina (1999) Burundi (2010) Georgien (2003, 2008) Guinea-Bissau (2003, 2010) Haiti (2000, 2010) Honduras (2009) Kenia (2007) Kirgistan (2000) Kongo (1997) Lesotho (1998) Liberia (2001) Madagaskar (2009) Mali (2012) Mosambik (2009) Nepal (2002) Nicaragua (2011) Niger (1996, 2009) Nigeria (2006) Pakistan (1999) Philippinen (2007) Russland (2004) Sri Lanka (2010) Thailand (2006) Venezuela (2009) Zambia (1996) Zentralafrikanische Republik (2001, 2008)

Anhang 4: Übersicht der berücksichtigten Länderjahre

Land	Code	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Albanien	ALB																		
Argentinien	ARG																		
Armenien	ARM																		
Australien	AUS																		
Bangladesch	BGD																		
Belgien	BEL																		
Benin	BEN																		
Bolivien	BOL																		
Bosnien u. Herzegowina	BIH																		
Botswana	BWA																		
Brasilien	BRA																		
Bulgarien	BGR																		
Burundi	BDI																		
Kanada	CAN																		
Chile	CHL																		
Costa Rica	CRI																		
Dänemark	DNK																		
Deutschland	DEU																		
Dominikanische Republik	DOM																		
Ecuador	ECU																		
El Salvador	SLV																		
Estland	EST																		
Finnland	FIN																		
Frankreich	FRA																		
Georgien	GEO																		
Ghana	GHA																		
Griechenland	GRC																		
Guatemala	GTM																		
Guinea-Bissau	GNB																		
Haiti	HTI																		
Honduras	HND																		
Indien	IND																		
Indonesien	IDN																		
Irland	IRL																		
Island	ISL																		
Israel	ISR																		
Italien	ITA																		
Jamaica	JAM																		
Japan	JPN																		
Kenia	KEN																		
Land	Code	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013

Tabelle wird auf folgender Seite fortgesetzt.

Land	Code	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Kirgisistan	KGZ																		
Kolumbien	COL																		
Kroatien	HRV																		
Lesotho	LSO																		
Lettland	LVA																		
Liberia	LBR																		
Litauen	LTU																		
Madagaskar	MDG																		
Makedonien (FYROM)	MKD																		
Malawi	MWI																		
Mali	MLI																		
Mauritius	MUS																		
Mexiko	MEX																		
Moldau	MDA																		
Mongolei	MNG																		
Mosambik	MOZ																		
Namibia	NAM																		
Nepal	NPL																		
Neuseeland	NZL																		
Nicaragua	NIC																		
Niederlanden	NLD																		
Niger	NER																		
Nigeria	NGA																		
Norwegen	NOR																		
Österreich	AUT																		
Osttimor	TMP																		
Pakistan	PAK																		
Panama	PAN																		
Papua Neu Guinea	PNG																		
Paraguay	PRY																		
Peru	PER																		
Philippinen	PHL																		
Polen	POL																		
Portugal	PRT																		
Republik Kongo	COG																		
Rumänien	ROM																		
Russland	RUS																		
Schweden	SWE																		
Schweiz	CHE																		
Senegal	SEN																		
Land	Code	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013

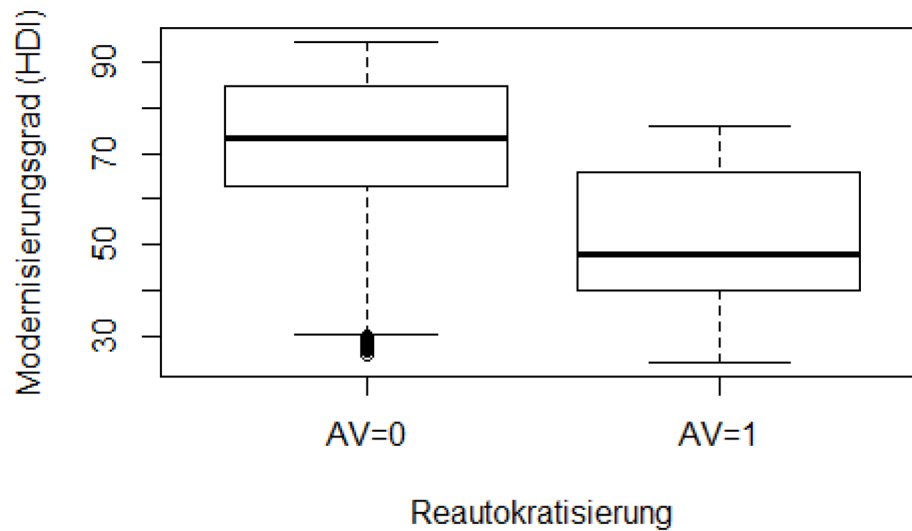
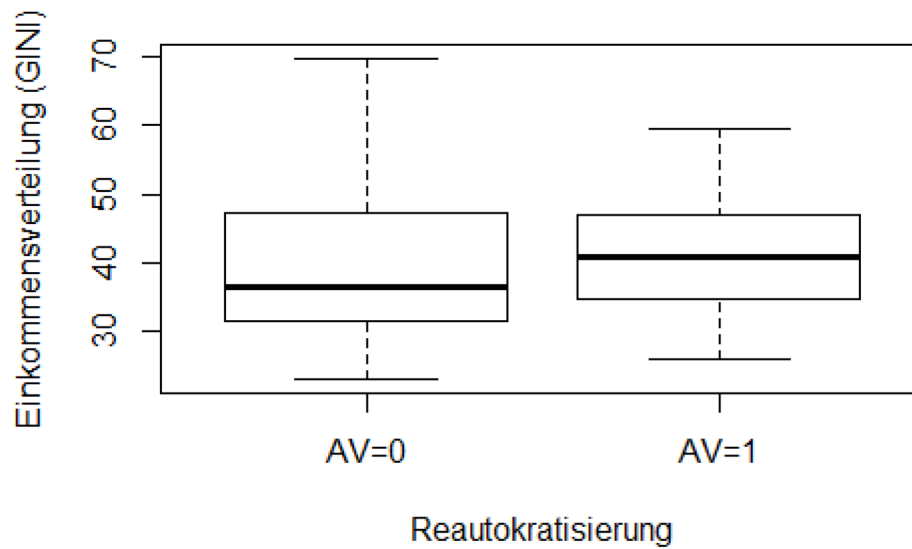
Tabelle wird auf folgender Seite fortgesetzt.

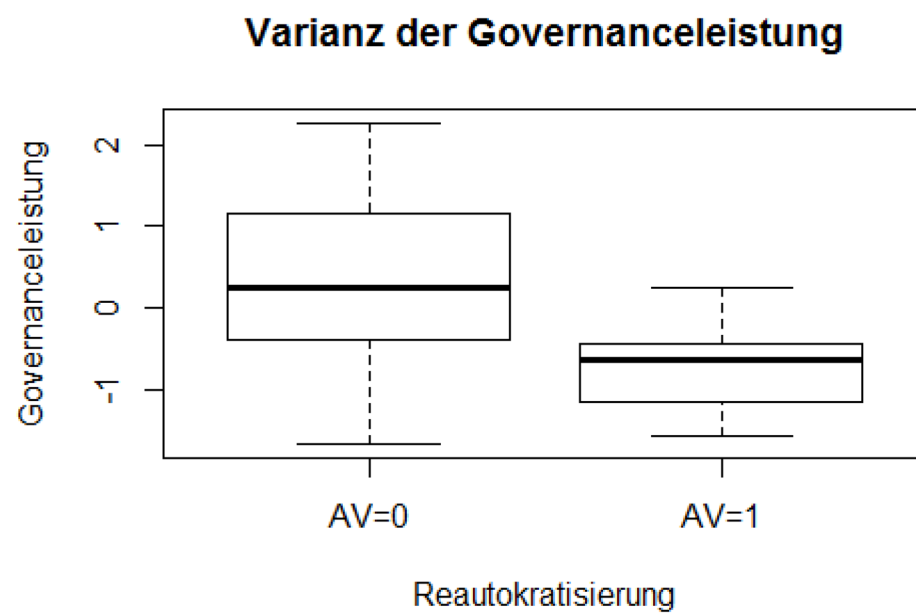
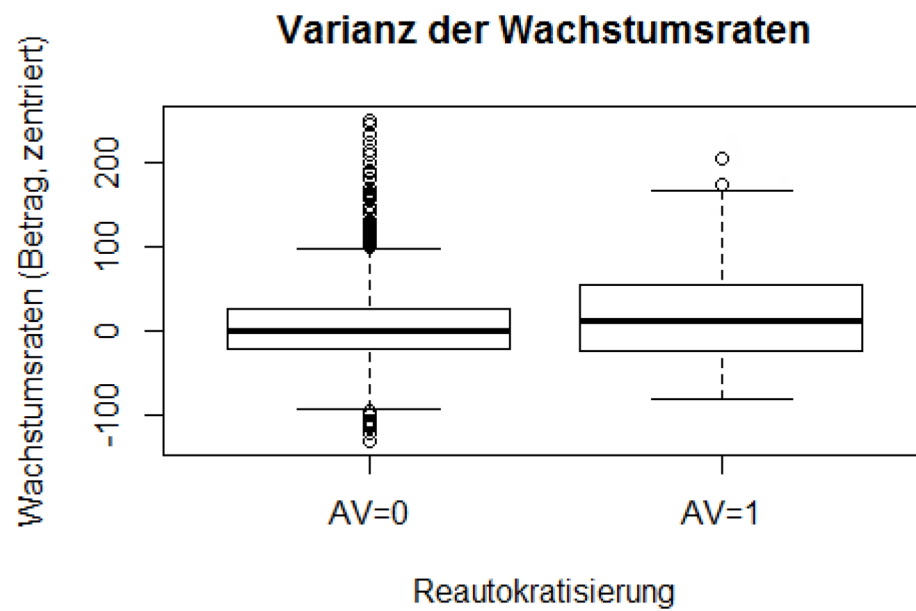
Land	Code	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Serbien	SRB																		
Sierra Leone	SLE																		
Slowakei	SVK																		
Slowenien	SVN																		
Spanien	ESP																		
Sri Lanka	LKA																		
Südafrika	ZAF																		
Südkorea	KOR																		
Taiwan	TWN																		
Tansania	TZA																		
Thailand	THA																		
Trinidad und Tobago	TTO																		
Tschechische Republik	CZE																		
Türkei	TUR																		
Ungarn	HUN																		
Ukraine	UKR																		
Uruguay	URY																		
Venezuela	VEN																		
Vereinigte Staaten	USA																		
Vereintes Königreich	GBR																		
Zambia	ZMB																		
Zentralafrikanische Republik	CAF																		
Zypern	CYP																		

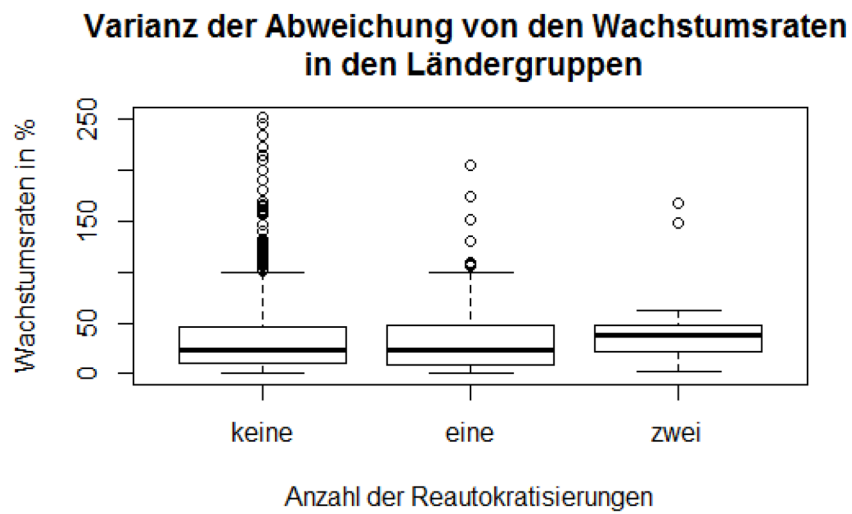
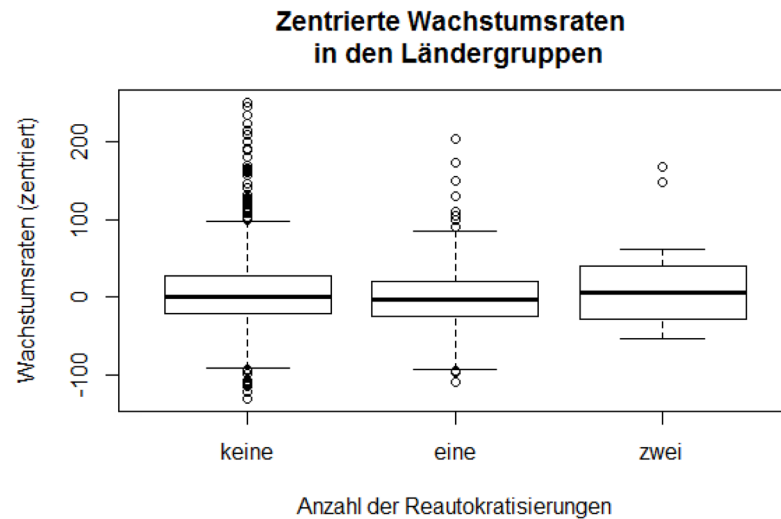
Legende

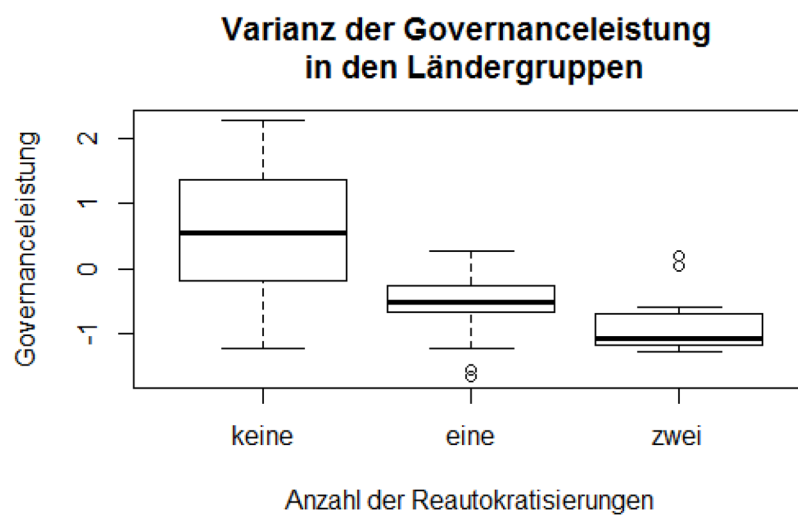
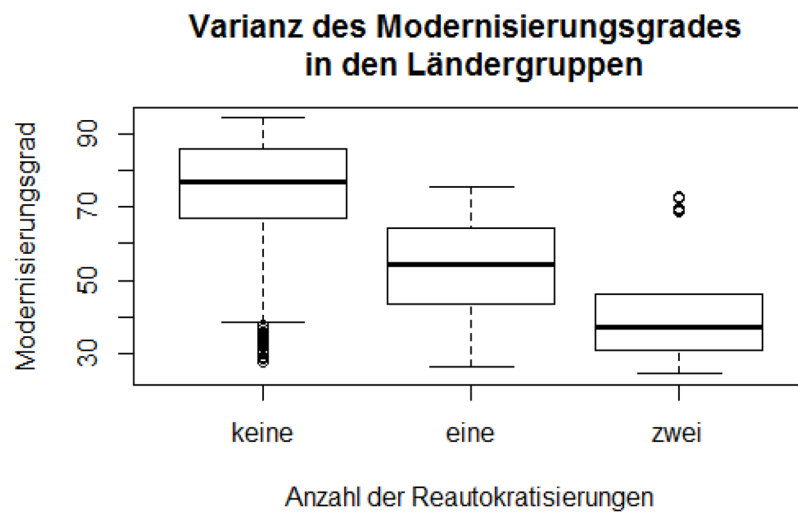
- Demokratisches Länderjahr, AV = 0
- Wahldemokratie liegt vor, aber bisher weniger als drei Jahre. AV= missing value.
- Re-Autokratisierung (erstes Jahr der Autokratie nach mindestens drei konsekutiven Jahren der Wahldemokratie). AV= 1
- Es liegen Daten für die AV vor, allerdings kommt es fehlen Daten auf der Seite der UVen. Daher können diese Länderjahre in der logistischen Regressionsanalyse nicht berücksichtigt werden.
- Autokratische Länderjahre. AV=missing value.

Quelle: Freedom House 2015b, eigene Berechnungen.

Anhang 5: Grafische und Darstellung der Varianz der metrischen unabhängigen Variablen**Varianz des Modernisierungsgrades****Varianz der Einkommensverteilung**



Anhang 6: Varianz der Variablen Modernisierungsgrad, Governanceleistung und Abweichung von durchschnittlichen Wachstumsraten in den Ländergruppen



Anhang 7: Ländermediane der Fünfjahres-Wachstumsraten der pro-Kopf BIP

Land	Median	Land	Median	Land	Median
Burundi	4,47	Portugal	26,41	Honduras	42,01
Mauritius	4,89	Benin	26,64	Makedonien (FYROM)	42,04
Japan	6,03	Bolivien	26,75	Sri Lanka	45,69
Madagaskar	9,28	Botswana	27,15	Irland	45,85
Zentralafrikanische Republik	11,79	Jamaica	27,21	Peru	46,55
Italien	14,30	Haiti	27,28	Kirgisistan	46,97
Taiwan	15,37	Zypern	27,66	Mosambik	47,31
Deutschland	15,73	Nicaragua	28,01	Ecuador	47,48
Island	15,89	El Salvador	28,94	Moldau	49,16
Spanien	16,10	Pakistan	29,98	Georgien	49,32
Frankreich	17,49	Norwegen	30,55	Republik Kongo	49,55
Senegal	18,42	Slowenien	31,09	Tansania	49,55
Mexiko	19,37	Namibia	31,46	Chile	51,23
Argentinien	19,49	Costa Rica	32,22	Rumänien	51,93
Südafrika	19,67	Guatemala	32,36	Bulgarien	53,21
Niger	19,71	Global	32,82	Serbien	54,28
Österreich	19,74	Guinea-Bissau	32,83	Polen	55,42
Dänemark	19,81	Israel	33,50	Litauen	55,54
Schweden	19,81	Nepal	33,61	Slowakei	55,83
Belgien	20,34	Lesotho	34,58	Estland	56,44
Papua Neu Guinea	20,93	Kroatien	35,10	Armenien	56,46
Bangladesch	21,15	Dominikanische Republik	36,26	Kolumbien	57,31
Vereinigte Staaten	21,77	Panama	36,48	Tschechische Republik	57,86
Niederlanden	21,92	Mali	36,72	Russland	58,10
Südkorea	22,80	Ghana	37,83	Lettland	58,63
Vereintes Königreich	23,10	Kenia	37,96	Osttimor	61,79
Canada	23,15	Australien	38,06	Indonesien	67,17
Paraguay	24,19	Thailand	38,48	Uruguay	67,43
Griechenland	24,24	Neuseeland	38,81	Brasilien	67,86
Finnland	24,34	Türkei	40,12	Liberia	76,32
Ungarn	24,87	Zambia	40,47	Mongolei	84,63
Malawi	25,30	Indien	40,78	Bosnien u. Herzegowina	90,01
Ukraine	25,88	Philippinen	41,38	Nigeria	99,70
Schweiz	26,25	Sierra Leone	41,60	Albanien	111,16
		Venezuela	41,62		
Angegeben ist der jeweiligen Median der relativen Fünfjahreswachstumsraten des pro-Kopf BIP. Quelle: World Bank 2014a, eigene Berechnungen.					

8. Quellenverzeichnis

8.1 Literaturverzeichnis

Acemoglu, Daron, und James A. Robinson. 2006. *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. New York: Cambridge University Press.

Albrecht, Holger, und Rolf Frankenberg. 2010. Autoritarismus Reloaded: Konzeptionelle Anmerkungen zur Vergleichenden Analyse politischer Systeme. In *Autoritarismus Reloaded: Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Hrsg. Rolf Frankenberg und Holger Albrecht. S. 37–59. Baden Baden: Nomos.

Aleman, J., und D. D. Yang. 2011. A Duration Analysis of Democratic Transitions and Authoritarian Backslides. *Comparative Political Studies* 44: 1123–1151. <http://cps.sagepub.com/cgi/doi/10.1177/0010414011405460> (Zugegriffen Januar 18, 2015).

Ambrosio, Thomas. 2010. Constructing a Framework of Authoritarian Diffusion: Concepts, Dynamics, and Future Research. *International Studies Perspectives* 11: 375–392. <http://doi.wiley.com/10.1111/j.1528-3585.2010.00411.x> (Zugegriffen Januar 9, 2015).

Aristoteles. 1989. *Werke in deutscher Übersetzung*. 5. Aufl. Berlin: Akademie-Verlag.

Armony, Ariel C., und Hector E. Schamis. 2005. Babel in Democratization Studies. *Journal of Democracy* 16: 113–128.

Ash, Timothy Garton. 1990. The Revolution of the Magic Lantern. *The New York Review*, Januar 18 <http://www.nybooks.com/articles/archives/1990/jan/18/the-revolution-of-the-magic-lantern/>.

Bank, André. 2010. Die neue Autoritarismusforschung: Ansätze, Erkenntnisse und konzeptionelle Fallstricke. In *Autoritarismus Reloaded: Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Hrsg. Holger Albrecht und Rolf Frankenberg. S. 19–37. Baden-Baden: Nomos.

Bernhard, M., C. Reenock, und T. Nordstrom. 2003. Economic Performance And Survival In New Democracies: Is There a Honeymoon Effect? *Comparative Political Studies* 36: 404–431. <http://cps.sagepub.com/cgi/doi/10.1177/0010414003251175> (Zugegriffen Januar 21, 2015).

Bollen, Kenneth A. 1980. Issues in the comparative measurement of political democracy. *American Sociological Review* 45: 370–390.

Bollen, Kenneth A. 1990. Political Democracy: Conceptual Measurement Traps. *Studies in*

Comparative International Development 1 25: 7–24.

Brownlee, Jason. 2009. Portents of Pluralism: How Hybrid Regimes Affect Democratic Transitions. *American Journal of Political Science* 53: 515–532. <http://doi.wiley.com/10.1111/j.1540-5907.2009.00384.x>.

Brückner, Julian. 2015. Strukturalismus. In *Handbuch Transformationsforschung*, „: „99–110. <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-05348-2>.

Calaminus, Emily. 2007. Die Vermessung der Demokratie. Entwicklungen und Beispiele aus Lateinamerika. *KAS Auslandsinformationen* 7: 85–105.

Carothers, Thomas. 2002. The End of the Transition Paradigm. *Journal of Democracy* 13: 5–21. http://muse.jhu.edu/content/crossref/journals/journal_of_democracy/v013/13.1carothers.html.

Casper, Gretchen, und Claudiu Tufis. 2003. Correlation Versus Interchangeability: The Limited Robustness of Empirical Findings on Democracy Using Highly Correlated Data Sets. *Political Analysis* 11: 196 –203. <http://pan.oxfordjournals.org/content/11/2/196.abstract>
<http://pan.oxfordjournals.org/content/11/2/196.short>.

Cheibub, Jose Antonio, Jennifer Gandhi, und James Raymond Vreeland. 2009. Democracy and Dictatorship Revisited Codebook. 2009: 1–10. <https://uofi.box.com/shared/static/e6e312753fbc609fc379.pdf> (Zugegriffen Juni 1, 2015).

Cheibub, José Antonio, Jennifer Gandhi, und James Raymond Vreeland. 2010a. Dataset: Democracy Dictatorship. <https://sites.google.com/site/joseantoniocheibub/datasets/democracy-and-dictatorship-revisited> (Zugegriffen April 22, 2015).

Cheibub, José Antonio, Jennifer Gandhi, und James Raymond Vreeland. 2010b. Democracy and dictatorship revisited. *Public Choice* 143: 67–101. <http://link.springer.com/10.1007/s11127-009-9491-2> (Zugegriffen Oktober 1, 2014).

Cheibub, Jose Antonio, Adam Przeworski, Fernando Papaterra Limongi Neto, und Michael M. Alvarez. 1996. What Makes Democracies Endure? *Journal of Democracy* 7: 39–55.

Collier, David, und Robert Adcock. 1999. Democracy and Dichotomies: A Pragmatic Approach to Choices about Concepts. *Annual Review of Political Science* 2: 537–565.

Croissant, Aurel. 2007. Analyse defekter Demokratien.

Dahl, Robert A. 1971. Dahl- Polyarchy. In *Polyarchy: Participation and Opposition*. Yale University Press.

Deudney, Daniel, und G John Ikenberry. 2009. The Myth of the Autocratic Revival Why

Liberal Democracy Will Prevail. 88: 77–93.

Diamond, Larry. 2015. Facing Up to the Democratic Recession. *Journal of Democracy* 26: 141–155. http://muse.jhu.edu/content/crossref/journals/journal_of_democracy/v026/26.1.diamond.html (Zugegriffen Januar 13, 2015).

Diamond, Larry. 2008. The Democratic Rollback The Resurgence of the Predatory State states. 87: 36–48.

Diekmann, Andreas. 2009. *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 20. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Diskin, a. 2005. Why Democracies Collapse: The Reasons for Democratic Failure and Success. *International Political Science Review/ Revue internationale de science politique* 26: 291–309.

Erdmann, Gero. 2011. Transition from Democracy. Loss of Quality, Hybridisation and Breakdown of Democracy. *GIGA Research Programme: Legitimacy and Efficiency of Political Systems*.

Freedom House. 2014. Freedom in the World 2014 Methodology. *Freedom in the World*. <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2014> (Zugegriffen April 21, 2015).

Fromm, Sabine. 2005. Binäre logistische Regressionsanalyse Eine Einführung für Sozialwissenschaftler mit SPSS für Windows. *Bamberger Beiträge zur empirischen Sozialforschung* 11: 1 – 35.

Fukuyama, Francis. 1992. *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?* Kindler.

Gandhi, Jennifer. 2004. Political Institutions under dictatorship. <http://search.proquest.com/docview/305166953/> (Zugegriffen April 15, 2015).

Gat, Azar. 2007. The Return Great of Authoritarian Powers Azar Gat. *Foreign Affairs* 86: 59–69.

Geddes, Barbara. 1990. How the Cases You Choose Affect the Answers You Get: Selection Bias in Comparative Politics. *Political Analysis* 2: 131–150.

Hadenius, Axel, und Jan Teorell. 2006. Authoritarian Regimes: Stability, Change, and Pathways to democracy, 1972-2003. *The Kellogg Institute* 1–35. http://scholar.googleusercontent.com/scholar?q=cache:DqBB31VNUosJ:scholar.google.com/&hl=en&as_sdt=0,5&as_vis=1.

Hale, Henry E. 2005. Regime Cycles. Democracy, Autocracy, and Revolution in Post-Soviet Eurasia. *World Politics* 58: 133–165.

- Hartmann, Jürgen. 2015. *Demokratie und Autokratie in der vergleichenden Demokratieforschung. Eine Kritik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Heller, Patrick. 2000. Degrees of democracy. Some Comparative Lessons from India. *World Politics* 52: 484–519.
- Huntington, Samuel P. 1996. Democracy for the Long Haul. *Journal of Democracy* 7: 3–13.
- Huntington, Samuel P. 1993. *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. 1. Aufl. Norman: University of Oklahoma Press.
- Jagers, Keith, und T. R. Gurr. 1995. Tracking Democracy's Third Wave with the Polity III Data. *Journal of Peace Research*.
- Kagan, Robert. 2008. *Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kailitz, Steffen. 2013. Classifying political regimes revisited: legitimation and durability. *Democratization* 20: 39–60. <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13510347.2013.738861> (Zugegriffen Januar 14, 2015).
- Kailitz, Steffen. 2009. Stand und Perspektiven der Autokratieforschung. *Zeitschrift für Politikwissenschaften* 19: 437–488. <http://www.nomos-elibrary.de/index.php?doi=10.5771/1430-6387-2009-3-437>.
- Kapstein, Ethan B, und Nathan Converse. 2008a. Codebook: Kapstein and Converse Dataset of Young Democracies, 1960-2004. <http://ethankapstein.com/data-sets/Codebook.doc> (Zugegriffen April 4, 2015).
- Kapstein, Ethan B, und Nathan Converse. 2008b. Why Democracies Fail. *Journal of Democracy* 19: 57–68. http://muse.jhu.edu/content/crossref/journals/journal_of_democracy/v019/19.4.kapstein.html (Zugegriffen Januar 18, 2015).
- Kästner, Antje. 2015. Autokratieförderung. In *Handbuch Transformationsforschung*. S. 493–498. <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-05348-2>.
- Kaufmann, Daniel, Aart Kraay, und Massimo Mastruzzi. 2011. The Worldwide Governance Indicators: Methodology and Analytical Issues. *Hague Journal on the Rule of Law* 3: 220–246.
- Kern, Thomas. 2007. Modernisierung und Demokratisierung das Erklärungspotenzial neuerer Differenzierungstheoretischer Ansätze. *Kolner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59: 30–58.
- King, Gary, und Langche Zeng. 2001. Logistic regression in rare events data. *International Organization* 55: 693–715. http://journals.cambridge.org/abstract_S0020818301441452

<http://pan.oxfordjournals.org/content/9/2/137.short>.

Köhler, Kevin, und Jana Warkotsch. 2010. Konzeptualisierungsstrategien, Regimetypologien und das Problem des Kontinuums. In *Autoritarismus Reloaded: Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, vol. 10. S. 61–79.

Kollmorgen, Raj. 2015. Modernisierungstheoretische Ansätze. In *Handbuch Transformationsforschung*, Hrsg. Raj Kollmorgen. S. 77–88. Wiesbaden: Kollmorgen, Raj Merkel, Wolfgang Wagener, Hans-jürgen <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-05348-2>.

Kollmorgen, Raj, und Wolfgang Merkel. 2015. Pluralismus und Kombinatorik transformationstheoretischer Ansätze. In *Handbuch Transformationsforschung*, Hrsg. Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel, und Hans-jürgen Wagener. S. 207–218. Wiesbaden <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-05348-2>.

Köllner, Patrick, und Steffen Kailitz. 2013. Comparing autocracies: theoretical issues and empirical analyses. *Democratization* 20: 1–12. <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13510347.2013.738859>.

Kopecky, Petr. 2008. Against the odds : deviant cases of democratization. 37–41. <http://dx.doi.org/10.1080/13510340802191045>.

Lauth, Hans-joachim. 2010. Regimetypen : Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie. In *Vegleichende Regierungslehre. Eine Einführung.*, Hrsg. Hans-joachim Lauth. S. 95–116. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lauth, Hans-joachim, und Christoph Wagner. 2006. Gegenstand, grundlegende Kategorien und Forschungsfragen der „Vergleichenden Regierungslehre“. In *Vegleichende Regierungslehre. Eine Einführung.*, „: „17–38.

Levitsky, Steven, und Lucan Way. 2015. The Myth of Democratic Recession. *Journal of Democracy* 26: 45–58. http://muse.jhu.edu/content/crossref/journals/journal_of_democracy/v026/26.1.levitsky.html (Zugegriffen Januar 12, 2015).

Liao, Tim Futing. 2006. Measuring and analyzing class inequality with the Gini index informed by model-based clustering. *Sociological Methodology* 36: 201–224.

Linz, Juan J. 1990. The Perils of Presidentialism. *Journal of Democracy* 1: 51–69. http://muse.jhu.edu/journals/journal_of_democracy/v001/1.1linz.pdf.

Linz, Juan J. 1978. Crisis, breakdown, and reequilibration. In *The breakdown of Democratic Regimes*, Hrsg. Juan J. Linz und Alfred Stepan. S. 3–124. Baltimore & London: The Johns Hopkins University Press.

Lipset, Seymour Martin. 1959. Some Social Requisites of Democracy. Economic Develop-

- ment and Political Legitimacy. *The American Political Science Association* 53: 69–105.
- Lipset, Seymour Martin. 1994. The Social Requisites of Democracy Recisited: 1993 Presidential Address. *American Sociological Review* 59: 1–22.
- Maeda, Ko. 2010. Two Modes of Democratic Breakdown: A Competing Risks Analysis of Democratic Durability. *The Journal of Politics* 72: 1129–1143. http://www.journals.cambridge.org/abstract_S0022381610000575 (Zugegriffen Januar 6, 2015).
- Mainwaring, Scott, Daniel Brinks, und Aníbal Pérez-Liñán. 2001. Classifying Political Regimes in Latin America, 1945–1999. *Studies in Comparative International Development* 36: 37–65.
- Markwardt, Gunther. 2008. *Wahlen und Konjunkturzyklen*. Wiesbaden: Gabler, GWV Fachverlag GmbH.
- Marshall, Monty G., Ted Robert Gurr, und Keith Jaggers. 2012. Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800–2012. Dataset Users' Manual. Hrsg. Center for Systemic Peace. <http://www.systemicpeace.org/inscr/p4manualv2012.pdf>.
- Mayerl, Jochen, und Dieter Urban. 2010. Binär-logistische Regressionsanalyse. Grundlagen und Anwendung für Sozialwissenschaftler. *Schriftenreihe des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart*. http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2011/6018/pdf/SISS_3_2010.pdf.
- Merkel, Wolfgang. 2010a. Are dictatorships returning? Revisiting the 'democratic roll-back' hypothesis. *Contemporary Politics* 16: 17–31. <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13569771003593839> (Zugegriffen Dezember 21, 2014).
- Merkel, Wolfgang. 2010b. Das Ende der Euphorie. *Internationale Politik* 18–23.
- Merkel, Wolfgang. 2010c. *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*.
- Merkel, Wolfgang, und Peter Thiery. 2010. Systemwechsel. In *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung.*, Hrsg. Hans-Joachim Lauth. S. 186–212. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Morlino, Leonardo. 2008. Democracy and Changes: How Research Tails Reality. *West European Politics* 31: 40–59.
- Munck, Gerardo L. 2014. What is democracy? A reconceptualization of the quality of democracy. *Democratization* 1–26. <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13510347.2014.918104>.
- Przeworski, Adam, und Fernando Limongi. 1997. Modernization: Theories and Facts.

World Politics 49: 155–183.

Puddington, Arch. 2008. Freedom in retreat: Is the tide turning? Findings of Freedom in the World 2008. *Journal of Democracy* 19: 61–73.

Schmidt, Manfred G. 2010. *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Lizenzausa. Bonn: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schmitter, Philippe C. 2015. Crisis and Transition, But Not Decline. *Journal of Democracy* 26: 32–44. http://muse.jhu.edu/content/crossref/journals/journal_of_democracy/v026/26.1.schmitter.html (Zugegriffen Januar 13, 2015).

Schumpeter, Joseph A. 1950. *Capitalism, Socialism, and Democracy*. New York: Harper & Brothers Publishers.

Shirah, Ryan. 2012. Authoritarian Backsliding in New Democracies. *APSA 2012 Annual Meeting Paper*. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2104552.

Sing, Ming. 2010. Explaining Democratic Survival Globally (1946–2002). *The Journal of Politics* 72: 438.

Stoltzfus, Jill C. 2011. Logistic regression: A brief primer. *Academic Emergency Medicine* 18: 1099–1104.

Svolik, Milan. 2008. Authoritarian Reversals and Democratic Consolidation. *American Political Science Review* 102: 153–168. http://www.journals.cambridge.org/abstract_S0003055408080143 (Zugegriffen Dezember 6, 2014).

Svolik, Milan W. 2012. Politics of Authoritarian Rule.

Tabachnick, Barbara G, und Linda S Fidell. 2007. *Using Multivariate Statistics*. Pearson <http://www.er.uqam.ca/nobel/r16424/PSY7102/Document3.pdf>.

Timm, Christian. 2010. Jenseits von Demokratiehoffnung und Autoritarismus- verdacht: Eine herrschaftssoziologische Analyse post- transformatorischer Regime. In *Autoritarismus Reloaded: Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Hrsg. Rolf Frankenberger und Holger Albrecht. S. 93–119. Baden Baden: Nomos.

Ulfelder, Jay, und Michael Lustik. 2007. Modelling Transitions To and From Democracy. *Democratization* 14: 351–387. <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13510340701303196> (Zugegriffen Januar 18, 2015).

Vanhanen, Tatu. 1984. *The Emergence of Democracy. A Comparative Study of 119 States, 1850-1979*. Hrsg. Leif Nordberg. Helsinki: Commentationes Scientiarum Socialium.

Vreeland, J R. 2003. A continuous Schumpeterian conception of democracy. *Annual Meeting of the American Political Science Association*.

8.2 Statistische Daten

Cheibub, José Antonio, Jennifer Gandhi, und James Raymond Vreeland. 2010. Democracy and Dictatorship Revisited. Dataset. <https://uofi.box.com/shared/static/d27425539c-9d662a7041.xls> (Zugegriffen Juni 7, 2015).

Freedom House. 2015a. Individual country status overview, FIW 1973-2015. [https://freedomhouse.org/sites/default/files/Individual Country Ratings and Status%2C 1973-2015 %28FINAL%29.xls](https://freedomhouse.org/sites/default/files/Individual%20Country%20Ratings%20and%20Status%201973-2015%20FINAL%29.xls) (Zugegriffen Juni 1, 2015).

Freedom House. 2015b. List of Electoral Democracies. FIW 1989-2015. [https://freedomhouse.org/sites/default/files/List of Electoral Democracies%2C FIW 1989-2015.xls](https://freedomhouse.org/sites/default/files/List%20of%20Electoral%20Democracies%20FIW%201989-2015.xls) (Zugegriffen Juni 7, 2015).

S. Fischer Verlag. 2014. Der neue Fischer-Weltalmanach : Zahlen, Daten, Fakten. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch Verlag.

Statistical Bureau Republic of China (Taiwan). 2015. Key Figures for Calculating Composite Gender Equality Index. <http://eng.stat.gov.tw/ct.asp?xItem=25280&ctNode=6032&mp=5> (Zugegriffen Juni 7, 2015).

UNDP. 1995. Human Development Report 1995. New York: Oxford University Press.

UNDP. 2002. Human Development Report. Bosnia And Herzegovina. http://hdr.undp.org/sites/default/files/bosnia_and_herzegovina_2002_en.pdf (Zugegriffen Juni 7, 2015).

UNDP. 2013. Income Gini coefficient. <http://hdr.undp.org/sites/default/files/67106.xls> (Zugegriffen Juni 7, 2015).

UNDP. 2014. Table 2: Human Development Index trends, 1980-2013. http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr14_statisticaltables.xls (Zugegriffen Juni 7, 2015).

World Bank. 2013. All the Ginis Dataset. http://siteresources.worldbank.org/INTRES/Resources/469232-1107449512766/allginis_2013.xls (Zugegriffen Juni 7, 2015).

World Bank. 2014a. GDP per capita (current US\$). <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD> (Zugegriffen Juni 7, 2015).

World Bank. 2014b. The Worldwide Governance Indicators (WGI). <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#home> (Zugegriffen Juni 7, 2015).

World Bank. 2015. World Development Indicators. <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators> (Zugegriffen Juni 7, 2015).

1997

Nr. 1
Klaus Segbers: Transformationen in Osteuropa. Handreichungen aus politikwissenschaftlicher Sicht (2. Auflage) (vergriffen, nur noch online erhältlich)

Nr. 2
Christoph Zürcher: Krieg und Frieden in Tschetschenien: Ursachen, Symbole, Interessen (vergriffen, nur noch online erhältlich)

Nr. 3
Simone Schwanitz: Transformationsforschung. Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz

Nr. 4
Holger Schulze: Neo-Institutionalismus. Ein analytisches Instrumentarium zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse

Nr. 5
Stefanie Harter: Wirtschaftliche Transformation in Russland. Ein Netzwerkansatz

Nr. 6
Dietmar Müller: Regionalisierung des postsowjetischen Raumes

Nr. 7
Elke Fein; Sven Matzke: Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa

Nr. 8
Gunnar Walzholz: Nationalismus in der Sowjetunion. Entstehungsbedingungen und Bedeutung nationaler Eliten

Nr. 9
Lars Jochimsen: Russifizierung von Windows 95 (incl. Programme auf 2 Disketten)

Nr. 10
Elke Siehl: Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa – Die institutionenökonomische Perspektive

Nr. 11
Klaus Segbers: Transformations in Russia. A neoinstitutional interpretation

Nr. 12
Sergej Medvedev: Democracy, Federalism and Representation – Russian elections in retrospect

Nr. 13
Claudia Schmedt: Die Rolle des Dritten Sektors in Russland. Eine empirische Analyse

Nr. 14

Gesa Walcher: Funktionsbestimmungen des Dritten Sektors. Theoretische Erklärungsansätze

1998

Nr. 15
Klaus Segbers: Sowjeterbe und Globalisierung. Triebkräfte des nachsowjetischen Wandels

Nr. 16
Christoph Zürcher: Aus der Ostmoderne in die Postmoderne. Zum Wandel in der früheren Sowjetunion

Nr. 17
Gerd Herzog: Schwäche als Stärke? Bargaining Power im RGW

Nr. 18
Klaus Segbers (Hg.): Transformationstheorien konkret. Wandel in der Ukraine, Belarus und Russland

Nr. 19
Klaus Segbers (Hg.): Ost-West-Kompetenz als Ressource für Berlin? 1999

Nr. 20
Peter Born: Sektorale Akteure und Finanz-Industrie-Gruppen in Russland

Nr. 21
Graham Stack: Neoinstitutionalist Perspectives on Regionalisation in Russia

Nr. 22
Alexandra Goujon: Nationalism in the Soviet and Post-Soviet Space. The Cases of Belarus and Ukraine

Nr. 23
Klaus Segbers; Simon Raiser; Bjorn Warkalla (Hg.): After Kosovo. A Political Science Symposium – Perspectives from Southern Italy

Nr. 24
Klaus Segbers (Hg.): Außenpolitikberatung in Deutschland

Nr. 25
Simon Raiser: Politische Gestaltung jenseits des Nationalstaats 2000

Nr. 26
Christopher Hoffmann: Vom administrativen Markt zur virtuellen Ökonomie. Russlands scheinbare Transformation

Nr. 27
Klaus Segbers; Friedrich Brieger (Hg.): e-scapes – Dissolving con-

cepts in the wonderland of polisci

Nr. 28
Alexandra Quiring: Organisierte Kriminalität. Die informelle Institutionalisierung von Eigentumsrechten in Russland

Nr. 29
Wenke Crudopf: Russland. Stereotypen in der deutschen Medienberichterstattung

Nr. 30
Ansgar Baums: Normative Demokratie Modelle und Globalisierung.

2001

Nr. 31
Jürgen Bruchhaus: Runet 2000. Die politische Regulierung des russischen Internet.

Nr. 32
Katja Patzwaldt: Die russische Lebensfähigkeit – Mythos oder rationales Verhalten?

Nr. 33
Klaus Segbers; Kerstin Imbusch (Hg.): Designing Human Beings? – Politikwissenschaftliche Annäherungen an eine neue Leitwissenschaft („Life Science“)

Nr. 34
Thomas Alboth: Russifizierung von Windows 2000 (CD Rom)

Nr. 35
Klaus Segbers; Conny Beyer (Hg.): Global Risk. Eine Bestandsaufnahme.

Nr. 36
Susanne Nies (Hg.): Political Correctness in der (inter)nationalen Politik: Genese und Verbreitung eines Konzepts. 2002

Nr. 37
Lars Banzhaf: Außenbeziehungen russischer Regionen: Regimes am Beispiel von sechs russischen Regionen.

Nr. 38
Andrei EShastitko, Vitali L. Tambovtsev: Soft Budget Constraints: Political Artefact or Economic Phenomenon?

Nr. 39
Kathrin Hartmann: Die Konstruktion von Männerbildern in sowjetischen und postsowjetischen Film.

- Nr. 40**
Klaus Segbers, Dirk Lullies (Hg.): Designing Human Beings. Die politische Dimension der Biotechnologie
- Nr. 41**
Klaus Segbers, Katja Mielke (Hg.): Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa
- Nr. 42**
Sebastian Eckardt: Russia's Market. Distorting Federalism
- Nr. 43**
Bela Tomka: Social Security in Hungary in a comparative perspective
- Nr. 44**
Simon Raiser, Björn Warkalla (Hg.): Die Globalisierungskritiker. Anatomie einer heterogenen Bewegung
- Nr. 45**
Henriette Litta, Sebastian Litta: Arbeits- oder Kanzleramt: Berufsvorstellungen von Studierenden des Otto-Suhr-Instituts 2002
- 2003**
- Nr. 46**
Onno Hoffmeister: The Cost of Living and Real Income Differentials in Russia's Provinces Evidence from the Russia Longitudinal Monitoring Survey
- Nr. 47**
Klaus Segbers: Alternative Futures: Anarchy, Gated Communities, or Global Learning
- Nr. 48**
Simon Raiser, Krister Volkman (Hg.): Die neue Welt der Städte: Metropolen in Zeiten der Globalisierung
- 2005**
- Nr. 49.1**
Yanina Pashkouskaya: Die „Geburt“ der freien Ukraine? Über die innen- und außenpolitische Hintergründe der friedlichen „Revolution in Orange“
- Nr. 49.2**
Claire Lauzanne: Demokratisierungsprozess in Belarus?
- Nr. 49.3**
Juliane Kückholz: Die Rosenrevolution in Georgien Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufte Putsch?
- Nr. 51**
Mareike Göhler-Robus: Sozialkapital als Analysekonzept für Osteuropa? Eine vergleichende Untersuchung von Anwendungen des Konzeptes auf postsozialistische Gesellschaften
- Nr. 52**
Anne Wetzell: Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung
- Nr. 53**
Simon Raiser, Krister Volkman (eds.): Emerging Patterns of the Global City Region: Spatial Changes in Johannesburg, Mumbai/Bombay, Shanghai and São Paulo
- Nr. 54**
Simon Raiser, Krister Volkman (eds.): Bringing the Citizens in – Civil Society in Globalizing Cities of the South
- Nr. 55**
Andrea Friemann, Christoph Lenke, Axel Primavesi und Miriam Schröder: Zeit und Politik. Beiträge zu einer komplizierten Beziehung
- Nr. 56**
Segbers, Dyllick-Brenzinger, Hoffmann, Mauersberger: Global Politics: How to Use and Apply Theories of International Relations
- Nr. 57**
Felix Kuntzsch: Die Gewalteskalation des Konflikts um Berg-Karabach – „Tragödie“ oder „Ressource“?
- Nr. 58**
Susanne Schaller: Der Einfluss von Korruption auf die Einschätzung des politischen Regimes am Beispiel Estlands und Litauens
- 2006**
- Nr. 59**
Kristina Klinkforth: NATO in U.S. Policymaking and Debate – An Analysis 'Drawing the Map' of the U.S. Think Tank Debate on NATO since 9/11
- 2007**
- Nr. 60**
Annie Verderosa: After the Split: Slovakia, Czech Republic and the Path to Democratic Consolidation
- Nr. 61**
Annie Verderosa: Transitions from Postcommunism: Second Transitions, Second Chances?
- 2008**
- Nr. 62**
Adam Busuleanu: Internationale Wahlüberwachung in Wahlprozessen: Die Fallbeispiele Ukraine und Belarus
- Nr. 63**
Annette Damert: Party Systems in Eastern Europe – What Determines the Chances of Newcomers?
- Nr. 64**
Gunnar Federspiel: Warum es Bürgerkriegsparteien so schwer fällt, Frieden zu schließen: die Beilegung gewaltsamer innerstaatlicher Konflikte in Osteuropa
- Nr. 65**
Arlett Stojanović: Beyond the call of duty – Is there a difference in motivation of staff in profit and nonprofit organizations in Bosnia and Herzegovina?
- Nr. 66**
Franziska Smolnik: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument – Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien
- Nr. 67**
Inna Melnykova, Rainer Schweickert: Who you gonna call? – Oligarchic Clans as a Bottom-up Force of Neighborhood Europeanization in Ukraine
- 2009**
- Nr. 68**
Inna Melnykova und Rainer Schweickert: NATO als ein potentieller Katalysator der institutionellen Konvergenz – der Fall Ukraine
- Nr. 69**
Margret Thieme: Regionale Kooperation um Wasser in den Entwicklungsländern – ein Ding der Unmöglichkeit? Syrdarja und Mekong im Vergleich
- 2010**
- Nr. 70**
Julia Binder: „Taxation without Representation“ – Politische Integration von Zuwanderern in Migrationsgesellschaften

- Nr. 71**
Sofia Klokotova: Die EU in Bewegung – Migration aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in die Bundesrepublik Deutschland
- Nr. 72**
Franziska Weller: Securing Peace – The Role for Guarantees in Post Conflict Situations
- 2011**
- Nr. 73**
Luise Rex: Regimes Ltd. – Die Effektivität internationaler Umweltregime im Vergleich
- Nr. 74**
Lena Strunk: Extrakonstitutionelle Regierungswechsel in postsowjetischen Staaten
- 2012**
- Nr. 75**
Julia Simon: Political Protest during Economic Crises: Protest against the Crisis or the Crisis of Protests?
- 2013**
- Nr. 76**
Olena Ponomarenko: Transparenting Transparency: Transparenz in den Energiesektoren postsowjetischer Staaten an den Beispielen Aserbaidschan und Ukraine
- Nr. 77**
Laura Wolfs: Democracy?! Ballots, Bullets and the Challenge of Forging Peace.
- 2015**
- Nr. 78**
Olessia Seminina: Existiert das osteuropäische Syndrom wirklich? Eine Untersuchung der Gründe für unterschiedliche Grade der Regeleinhaltung unter den neuen Mitgliedsstaaten der EU.
- Nr. 79**
Olga Seidensal: Too hot! Too late? Klimaschutz als globale Herausforderung der internationalen Gemeinschaft
Eine vergleichende Analyse der nationalen Klimaschutzperformance osteuropäischer Staaten
- Nr. 80**
Kyle Simmons: Transition, Stagnation or Regression? Democratization in the Post-Soviet Space
- 2016**
- Nr. 81**
Kristin Eichhorn: Determinanten von Reautokratisierungen. Eine statistische Analyse von 1996 – 2013.